



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft:

Positionspapier des Deutschen Städtetags

Die deutschen Städte stehen ein für das Motto der deutschen Ratspräsidentschaft „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ Sie fordern die Bundesregierung auf, dieses Motto mit Leben zu füllen. Im Rahmen einer Präsidiumssitzung beschloss der Deutsche Städtetag deshalb ein Zehn-Punkte-Papier mit Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, das nun veröffentlicht wurde.

1. Die Corona-Krise mit Blick auf die Zukunft gemeinsam bewältigen:

Bisher berücksichtigt das Aufbauprogramm der EU-Kommission die Bedürfnisse der lokalen Ebene explizit nur im Rahmen der REACT EU-Initiative. Dies stellt lediglich eine kurzfristige Lösung für besonders betroffene Kommunen dar. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass Städte und kommunale Unternehmen weitere Liquiditätshilfen und Kreditprogramme aus den Aufbauprogrammen tatsächlich in Anspruch nehmen können. Der Deutsche Städtetag ersucht die Bundesregierung, sich für einen direkten Zugang von Kommunen zu europäischen Fördermitteln einzusetzen.

2. Den mehrjährigen Finanzrahmen zügig beschließen:

Die Mitgliedstaaten müssen durch ihre nationalen Beiträge dafür Sorge tragen, dass der EU-Haushalt ausreichend ausgestattet ist, um die vielfältigen und ambitionierten politischen Ziele vor Ort in konkreten Projekten umzusetzen. Die Bundesregierung sollte sich als Vorsitz im Rat dafür einsetzen, dass die Direktinvestitionen in europäische Städte verstärkt werden. Der Klima- und der damit einhergehende Strukturwandel müssen vor Ort gemeistert werden. Zugleich muss die Verschärfung sozialer und territorialer Ungleichheiten in Europa verhindert werden.

3. Die EU-Strukturpolitik nachhaltig und langfristig ausgestalten:

Die Einrichtung eines Fonds für einen gerechten Übergang hin zu einer klimaneutralen

Wirtschaft (Just Transition Fund, JTF) wird als sinnvoll bewertet. Der JTF bedarf einer eigenständigen Finanzierung. Dazu muss der EU-Haushalt durch die Beiträge der Mitgliedsstaaten ausreichend ausgestattet sein. Die Finanzierung darf nicht zu Lasten der Regional- und Strukturpolitik der EU-Förderperiode ab 2021 gehen. Insbesondere wird der in den Vorschlägen enthaltene verpflichtende Einsatz von Mitteln aus der EU-Strukturpolitik zur Ko-Finanzierung abgelehnt. Das vorgeschlagene Aufbauprogramm Next Generation EU darf nicht die Finanzierung der zukünftigen EU-Kohäsionspolitik und nationaler Förderprogramme, wie das gesamtdeutsche Fördersystem für strukturschwache Kommunen, in Frage stellen, sondern muss zusätzlich finanziert werden, um Wirkung zu entfalten. Die nun ermöglichte größere Flexibilität beim Einsatz der EU-Strukturfonds sollte konsequent auch langfristig beibehalten werden und somit den konkreten Erfordernissen der Städte schneller anpassbar sein.

4. Die EU digital unabhängig aufstellen:

Digitale Souveränität ist ein notwendiger Baustein eines

(Fortsetzung auf Seite 4)

Forderung des Deutschen Landkreistags:

Planungssicherheit für Kommunen!

Der Deutsche Landkreistag begrüßt die vorübergehende Senkung der Umsatzsteuer im Rahmen des Konjunkturpakets und zeigt sich sehr zufrieden damit, dass der Bund die Städte, Landkreise und Gemeinden von den damit verbundenen Steuerausfällen freihält. Gleiches gilt für die Einbußen, die mit dem Kinderbonus verbunden sind.

Nach Ansicht des Verbandspräsidenten Landrat Reinhard Sager „trägt der Bund damit einem dringenden Bedürfnis der kommunalen Ebene Rechnung, in der Pandemie nicht mit weiteren Kosten belastet zu werden, und sichert gerade in der aktuellen Zeit deren Handlungs- und Investitionsfähigkeit. Dafür sind wir dankbar.“

Dabei handle es sich nicht nur um Maßnahmen von beiläufigem Interesse, erläuterte Sager: „Für die kommunalen Mindersteuern und dem Kinderbonus erhalten die Kommunen insgesamt 911 Mio. Euro. Im Regierungsentwurf war eine diesbezügliche Kompensation durch den Bund noch nicht vorgesehen. Umso erleichterter sind



Von links: Albert Füracker, Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirkstags und Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern. Bild: Bayerischer Bezirkstag

Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags in Erlangen:

Wie viel Sozialstaat können wir uns leisten?

„Wie viel Sozialstaat können und wollen wir uns leisten? Mit dieser zentralen Frage befasste sich die Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags in Erlangen, die coronabedingt in verkleinerter Form und nahezu ohne externe Gäste stattfand. Der Hausherr, Bürgermeister Jörg Volleth, begrüßte die Gäste in der Hugenottenstadt, allen voran den Präsidenten des Bayerischen Bezirkstags Franz Löffler sowie die Minister Albert Füracker und Joachim Herrmann.“

Dass die Corona-Pandemie nicht nur die Wirtschaft und die Bevölkerung, sondern auch den Sozialstaat vor große Herausforderungen stellt, ist kein Geheimnis. Bezirkstagspräsident Franz Löffler verwies deshalb auf den wichtigen gesellschaftlichen Beitrag, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesundheits-, Behinderten- und Pflegeeinrichtungen für das Gemeinwesen geleistet hätten. Gerade in den vergangenen Mona-

ten sei dies mehr als jemals zuvor deutlich geworden.

Rückläufige Steuereinnahmen und steigende Ausgaben

Doch ein Sozialstaat und eine funktionierende soziale Infrastruktur kosten Geld. Und das in Zeiten rückläufiger Steuereinnahmen und steigender Ausgaben bei den Sozialleistungen. Unabhängig von der Corona- (Fortsetzung auf Seite 4)

wir, dass dafür nun Sorge getragen worden ist.“

Handlungsfähig in der Krise

Der DLT-Chef zeigte sich zuversichtlich, dass es den Kommunen gelingen werde, auch in der Krise handlungsfähig zu bleiben und mit ihren Investitionen einen Beitrag zur raschen wirtschaftlichen Erholung leisten zu können. „Was wir bislang an Gesprächsbereitschaft des Bundesgesetzgebers in Richtung der kommunalen Haushalte wahrgenommen haben, ist äußerst positiv. Das wollen wir deutlich zum Ausdruck bringen und anerkennen, dass die Politik die Bedeutung der kommunalen Handlungsfähigkeit gerade in der jetzigen schwierigen Zeit er-

KPV-Positionspapier zu Konjunkturpaketen:

Schnell und effektiv umsetzen!

Die Auswirkungen der Corona-Krise gefährden die Finanzlage der Kommunen und die langfristige Investitionsfähigkeit vor Ort. Die kommunalen Spitzenverbände in Bayern rechnen mit den größten Steuerausfällen seit dem Zweiten Weltkrieg. Gleichzeitig sind die kommunalen Einnahmen vielerorts massiv zurückgegangen. Die KPV der CSU fordert deshalb in einem aktuellen Positionspapier eine schnelle, effektive und gerechte Umsetzung der Konjunktur- und Krisenpakete von Bund und Land zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in Bayern (vgl. Seite 3).

Laut KPV-Landesvorsitzendem Landrat Stefan Rößle ist der hohe Lebensstandard auch ein Verdienst der bayerischen Kommunalpolitik. „Diese Lebensqualität vor Ort ist nun durch die Folgen der Corona-Krise gefährdet. Dies müssen wir zusammen mit Bund und Ländern verhindern und gestärkt aus der Krise gehen.“

Gewerbesteuerausgleich gerecht und zeitnah umsetzen

Um die Kommunen in und nach der Corona-Krise zukunftsfähig zu stärken, gilt es aus Sicht der KPV, zunächst den Gewerbesteuer ausgleich gerecht und zeitnah umzusetzen. Für Bayern wird heuer mit deutlich über 2 Milliarden Euro an Gewerbesteuer ausfällen durch die Corona-Krise gerechnet. Die fehlenden Gewerbe- und Einkommenssteuereinnahmen führten teilweise zu gewaltigen, finanziellen Defiziten. Zugleich erwarteten die Bürgerinnen und Bürger gerade in Krisenzeiten arbeitsfähige Kommunen.

Die KPV begrüßt den „Kommunalen Solidarpakt 2020“ des Bundes, der die Corona-bedingten Gewerbesteuer ausfälle in Bayern mit 1,1 Mrd. Euro kompensieren soll. Der Freistaat erhöht diese Summe um weitere 1,3 Mrd. Euro. So erhalten die Städte und Gemeinden in Bayern rund 2,4 Mrd. Euro als Ersatz für ihre fehlenden Gewerbesteuer einnahmen.

Die KPV setzt sich dafür ein, dass der Solidarpakt zeitnah umgesetzt und möglichst gerecht verteilt wird. Wichtig sei, dass der Gewerbesteuer ausgleich umlagefähig ist, so dass Landkreise und Bezirke finanziell mitbeteiligt werden. „Wir empfehlen einen 1:1 Gewerbesteuer ausgleich für die Kommunen, der sich aber maximal am

umlagefähigen Nivellierungsbetrag orientiert. Sollten dabei nicht die gesamten 2,4 Mrd. Euro zur Auszahlung kommen, sollen die restlichen Mittel über die Schlüsselzuweisungen oder ggf. auch über die Einkommenssteuerbeteiligung an die Kommunen ausbezahlt werden.“

Digitalisierung an Schulen

Auf der Agenda steht zudem die Unterstützung für die Digitalisierung an Schulen. Die KPV begrüßt den angekündigten Schulgipfel von Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Lehrkräfte müssten ausreichend geschult und qualifiziert werden. Neben den Investitionen in eine moderne digitale Ausstattung benötigten die Kommunen dringend Unterstützung bei Pflege und Instandhaltung der Hard- und Software. Für die dafür notwendigen Personalkosten würden dringend eine Unterstützung durch

(Fortsetzung auf Seite 4)



It's the economy, stupid“, zitiert die Vorzimmerperle den ehemaligen US-Präsidenten Clinton und berichtet über ihren Bürgermeister, der alles daran setzt, dass die Wirtschaft in seinem Städtchen durch die Corona-Krise möglichst wenig Schaden nimmt. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Gesetzesänderung: Mehr Handlungsspielraum für Kommunen 2	
Landtag: Wir meistern die Krise gemeinsam	2
Kinderbibliothekspreis des Bayernwerks	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Konjunkturpakete schnell, effektiv und gerecht umsetzen! . . .	3
Gemeinsam gegen Hasskriminalität	3
Dr. Gerd Müller: Bayern zeigt internationale Solidarität	3
Kommunale Energiethemen	5 - 10
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV	10 - 11
Kommunalfahrzeuge • Grünanlagen	12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen.	14 - 16

Mehr Handlungsspielraum für Kommunen:

Landtag ändert Gesetz

Eine Gesetzesänderung, die den Kommunen mehr Spielräume bei ihrer Haushaltsplanung einräumt, beschloss der Landtag mit breiter parlamentarischer Mehrheit. So sollen Städte und Gemeinden trotz der Corona-Pandemie handlungsfähig bleiben. Konkret erleichtert die am 1. August in Kraft tretende Regelung den Kommunen den Zugang zu Krediten. Zudem erhalten sie die Möglichkeit, ihre Haushaltsaufstellung zu beschleunigen.

„Gepaart mit finanziellen Unterstützungen des Freistaats stellen wir sicher, dass die Kommunen trotz akuter finanzieller Herausforderungen kurzfristig handlungsfähig bleiben“, sagte Bayerns Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann. „Mittel- und langfristig bleibt es freilich das Ziel, wieder zu soliden Kommunal финанzen, einem Markenzeichen des Freistaats Bayern, zurückzukehren.“ Die Gesetzesänderung, die am 1. August in Kraft tritt, beruht auf Anregungen des Innenministeriums, die wiederum auf Wünsche der Kommunalen Spitzenverbände zurückgehen. Sie erleichtert den Kommunen zum Beispiel den Zugang zu Krediten und Kassenkrediten. Die Haushaltsaufstellung kann beschleunigt und Genehmigungspflichten können ausgesetzt werden. Die zur Umsetzung erforderliche Verordnung soll noch in der ersten Augusthälfte ergehen.

Leistungsfähigkeit sicherstellen

Die Gesetzesänderung bezieht sich auf das Bayerische Sicherheitsüberprüfungsgesetz und weitere Rechtsvorschriften. Durch die weltweite Corona-Pandemie fehlen den Kommunen erhebliche Steuereinnahmen – insbesondere Einnahmen durch die Gewerbesteuer und Einkommensteuer. Gleichzeitig steigen die Ausgaben zur Katastrophenbewältigung und bei den Sozialleistungen. Die Gesetzesänderung hat zum Ziel, den Kommunen zeitlich begrenzte kommunalwirtschaftliche Handlungsspielräume einzuräumen. Dadurch soll aber weder die materielle Finanzausstattung der Kommunen verbessert, noch spätere Schuldentilgung in Aussicht gestellt werden. Die Eröffnung kommunalwirtschaftlicher Spielräume in den Jahren 2020 und 2021 darf auch nicht dazu führen, dass in diesen Jahren beliebige Projekte vorgezogen werden, die sonst im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft und unter Sicherstellung der dau-

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ralf Reichwein
63911 Klingenberg
am 20.7.

Landrat Josef Laumer
94315 Straubing
am 27.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Sturm
86833 Ettringen
am 22.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ulrich Proske
85560 Ebersberg
am 20.7.

Bürgermeister Martin Lackner
84549 Engelsberg
am 22.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Pöhner
96197 Wonsees
am 29.7.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage. □

ernden Leistungsfähigkeit nicht finanzierbar wären. Im Fokus steht die mittel- und langfristige Sicherstellung bzw. Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Kommunen. So ermöglicht die Ausgestaltung als Verordnungsermächtigung kurzfristige und flexible Reaktionen auf die jeweiligen Problemstellungen.

Keine Gefährdung der Handlungsfähigkeit

Der jeweilige dritte Teil in der Gesetzesänderung von Gemeindeordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung beinhaltet die gemeinde-, landkreis- und bezirkswirtschaftlichen Vorschriften, bestehend aus den Bestimmungen zu Haushaltswirtschaft (z. B. Haushaltsausgleich), Kreditwirtschaft (z. B. Bindung von Kreditaufnahmen an Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen und Umschuldung), Vermögenswirtschaft (z. B. Bildung von Rücklagen), gemeindliche Unternehmen (z. B. Grad der Bindung an kommunalwirtschaftliche Bestimmungen), Kassen- und Rechnungswesen (z. B. Pflicht doppisch buchender Kommunen zur Erstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses) und Prüfungswesen (insbesondere örtliche und überörtliche Prüfung). Gegenwärtig zeichnet sich vor allem ab, dass viele Kommunen infolge von Einnahmehinbrüchen und Ausgabensteigerungen ihre (kamerale) Verwaltungshaushalte nicht mehr ausgleichen können bzw. ihre (doppische) laufende Verwaltungstätigkeit defizitär wird. Gleichzeitig besteht ein Bedürfnis zur Schonung (kameraler) Rücklagen und (doppischer) Liquiditätsreserven, um die in den nächsten Jahren befürchteten erheblichen Steuerrückzahlungen abfangen zu können, ohne erneut die eigene Handlungsfähigkeit zu gefährden.

Regeln der Verordnungsermächtigung

Die Verordnungsermächtigung soll als temporäre Abweichung insbesondere folgende Regelungen ermöglichen:

- die Zulassung der Bekanntmachung einer nicht genehmigungspflichtigen Haushaltssatzung/Nachtragshaushaltssatzung vor Vorlage an die Rechtsaufsichtsbehörde
- mehr zeitlicher Spielraum in Fällen, in denen sonst unverzüglich eine Nachtragshaushaltssatzung vorzulegen wäre
- die generelle Zulässigkeit von Kreditaufnahmen trotz vorhandener Rücklagen/Liquiditätsreserven und die Zulassung der Aufnahme von Krediten zur Finanzierung anderer Ausgaben, Aufwendungen und Auszahlungen als für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen und zur Umschuldung
- den Verzicht auf die Genehmigungspflicht für Kreditaufnahmen, für Verpflichtungsermächtigungen zugunsten 2021 und im Gegenzug hierzu zu erfüllender Anforderungen
- die Verlängerung der Geltungsdauer von Kreditermächtigungen auf den gesamten Finanzplanungszeitraum
- die Aussetzung des absoluten Nachrangs der Aufnahme von Kassenkrediten
- die Aussetzung der Höchstbetragsregelung für Kassenkredite sowie eine Aussetzungsmöglichkeit für die Aufstellung, Vorla-

ge und Feststellung von konsolidierten Jahresabschlüssen.

Befristung bis 2032

Der Ermächtigungszeitraum für kommunalwirtschaftliche Erleichterungen ist mit Blick auf die prognostizierte Entwicklung der Steuereinnahmen (starker Einbruch 2020, Erholung 2021) auf die Haushaltsjahre 2020 und 2021 beschränkt. Es liegt jedoch in der Natur kommunalwirtschaftlicher Sachverhalte, dass Entscheidungen in einem Haushaltsjahr Auswirkungen auf spätere Haushaltsjahre – über die Jahre 2020 und 2021 hinaus – haben können. Beispielsweise führt eine erhöhte Kreditaufnahme in der Folgezeit zu höheren Tilgungslasten. Die durch Rechtsverordnung zugelassenen Abweichungen dürfen solche Auswirkungen haben, beschränken diese allerdings auf den Zeitraum bis Ende 2032. Nach derzeitiger Einschätzung sei es ausreichend, die gesetzliche Ermächtigung für gemeinde-, landkreis- und bezirkswirtschaftliche Erleichterungen im Zuge der Corona-Pandemie von 2020 zeitlich befristet zuzulassen. Die zeitlich befristete Gültigkeit des Gesetzes soll sich jedoch über den konkreten Ermächtigungszeitraum (Haushaltsjahre 2020 und 2021) hinaus auch auf das Kalenderjahr 2022 erstrecken, da erst im Kalenderjahr 2022 die Rechnungslegung für das Haushaltsjahr 2021 stattfindet.

„Ein wichtiges Signal“

Joachim Hanisch, stellvertretender Vorsitzender und kommunalpolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, wies darauf hin, dass die Partei bereits im Juni mit einem Dringlichkeitsantrag gefordert hatte, die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die rund 2.000 Kommunen im Freistaat sehr genau zu beobachten. „Genau dieser Forderung ist mit der Verabschiedung der entsprechenden Gesetzesänderung im Landtag Rechnung getragen worden. Das ist ein wichtiges Signal an alle kommunalen Mandatsträger, dass wir mit

Bayernwerk vergibt Kinderbibliothekspreis und Lesezeichen:

Lesen fördern und Zeichen setzen

75.000 Euro für Leseförderung – 55 Büchereien in Bayern geehrt

Regensburg. Mit Förderungen in Höhe von 75.000 Euro unterstützt das Bayernwerk auch in diesem Jahr die Arbeit bayerischer Bibliotheken. Das Unternehmen zeichnet damit konkret das Engagement für Leseförderung im Kinder- und Jugendbereich aus.

Den mit jeweils 5.000 Euro dotierten Kinderbibliothekspreis 2020 erhielt die Bibliothek Markt Höchberg (Landkreis Würzburg), die Gemeindebücherei Pettendorf (Landkreis Regensburg), die Stadtbibliothek Teublitz (Landkreis Schwandorf) und die Stadtbücherei Altötting (Kreishauptstadt). Einen Sonderpreis gab es für die Bücherei Stegaarach (Landkreis Bamberg). Sie war 2008 schon einmal mit dem Kinderbibliothekspreis ausgezeichnet worden und hat seither nicht nur ihre Räumlichkeiten verschönert, sondern auch ihr Angebot kontinuierlich ausgeweitet. Darüber hinaus haben insgesamt 50 bayerische Kommunen eines der begehrten, mit jeweils 1.000 Euro dotierten Lesezeichen erhalten.

Medienkompetenz aufbauen

Da die traditionelle Preisverleihung im großen Rahmen wegen der Ausnahmesituation durch das aktuelle Infektionsgeschehen nicht möglich ist, besucht das Bayernwerk die fünf Preisträger vor Ort. Die Preisverleihung findet jeweils im kleinen Rahmen statt. Bernd Sibler, Bayerischer Staatsminister

ihren Sorgen und Nöten auch in Krisenzeiten nicht alleine lassen. Außerdem markiert die Gesetzesänderung den Startschuss für umfangreiche finanzielle Erleichterungen, die sicherstellen werden, dass unsere Kommunen schadlos durch die Corona-Krise kommen. Zusammen mit den staatlichen Unterstützungsleistungen stellen wir so sicher, dass die Kommunen nicht unverschuldet in finanzielle Schieflagen geraten und weiterhin ihre kommunalen Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen können.“ red

Der Bayerische Landtag vor der Sommerpause:

„Wir meistern die Krise gemeinsam!“

Die vergangenen Wochen hatten es in sich – Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Ministerpräsident Dr. Markus Söder sowie Ludwig Hartmann als Vertreter der Oppositionsfraktionen blicken vor der Sommerpause auf die Corona-Zeit zurück und zogen in ihren Schlussworten eine erste Bilanz hinsichtlich der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Krise.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner stellte am Beginn ihrer Rede die historische Dimension der Krise dar: „Hinter uns liegt ein Halbjahr, wie es in der Geschichte unseres Parlamentes, unseres Freistaats ohne Beispiel ist. Das Coronavirus hat uns auf eine harte Probe gestellt.“ Aigner hob die erfolgreiche parlamentarische Arbeit während der vergangenen Monate hervor: „Wir im Landtag haben sowohl im Plenum als auch in den Ausschüssen politische Antworten auf die Krise gegeben. Die Zusammenarbeit zwischen Staatsregierung und Parlament funktioniert!“ Die Landtagspräsidentin ging auf den Stellenwert von Vertrauen in einer Demokratie ein, sie verwies auf das Versagen von Staaten, in denen Populismus und Ignoranz regieren, und betonte: „Wir haben den Weg aus der Krise gewiesen zu einem friedlichen Miteinander – ein friedliches Miteinander, das Leben rettet und den unbedingten Anspruch hat, der Würde eines jeden Menschenlebens gerecht zu werden. Es ist meine feste Überzeugung: Das schafft Vertrauen!“

Freiheit mit Vorsicht genießen

Aigner appellierte aber auch

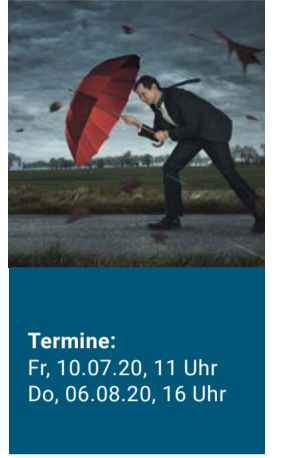
Webinar
Kommunikation in der Kommune: Bürgerdialog und Akzeptanz in der neuen Wahlperiode



- Kostenlose Teilnahme
- Dauer ca. 45 Minuten

Einfach registrieren unter:
buergerdialog@engel-zimmermann.de

ENGEL & ZIMMERMANN AG
UNTERNEHMENSBERATUNG FÜR KOMMUNIKATION



Termine:
Fr, 10.07.20, 11 Uhr
Do, 06.08.20, 16 Uhr

an die Bürger – soweit mit Blick auf die Sicherheit zu vertreten und zu verantworten – nach draußen zu gehen und kulturelle Veranstaltungen zu besuchen, um die von der Krise besonders getroffenen Kulturschaffenden zu unterstützen. Besorgt zeigte sich die Landtagspräsidentin über die Folgen der pandemiebedingten Isolation vieler Bürgerinnen und Bürger: „Es fehlt der Austausch, die persönliche Begegnung, das Argument des Anderen. Wenn ich mich zuhause viel in den sozialen Netzwerken bewege, dann führen mich Algorithmen zu Gleichgesinnten.“ Es entstehe dadurch ein Zerbild. „Wenn ich aber im Büro Kollegen begegne, wenn ich in der Gaststätte ins Gespräch komme, wenn ich Freunde unterwegs treffe, dann höre ich andere Meinungen. Ich kann eintreten in eine ernsthafte Debatte. Das ist ungeheuer wertvoll.“

„Warnschuss für Europa“

Als Vertreter der Opposition sprach Ludwig Hartmann, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, und ging in seinen Schlussworten auf die Folgen der Pandemie ein: „Corona war ein Warnschuss für Europa. Politik braucht nicht nur

Umsicht, sondern auch die Weitsicht, ein gemeinsames Europa zu denken!“ Er appellierte an das Plenum diese Weitsicht im weiteren Verlauf der Corona-Pandemie beim Umgang mit den europäischen Nachbarn zu zeigen.

„Wir haben viele gerettet“

Ministerpräsident Dr. Markus Söder erläuterte drei Varianten, die im Umgang mit dem Corona-Virus weltweit gepflegt wurden. Erstens: Ignoranz und Verharmlosung, was die entsprechenden Länder in dramatischen Situationen geführt habe. Zweitens: Wissen um die Gefahr und in diesem Bewusstsein eine „Durchseuchung“ der Bevölkerung anstreben. „Das Ergebnis ist dort keine Herdenimmunität, fünfmal so viele Todesfälle umgerechnet auf Deutschland und 100.000 Einwohner und der wirtschaftliche Schaden ähnlich wie bei uns“, sagte Söder. Der von Deutschland gewählte Weg sei bei allen denkbaren Varianten die nachhaltigste und vertretbarste, und der Ministerpräsident ergänzte: „Ich glaube schon, dass wir damit viele Leben gerettet haben.“

Kein Leichtsin im Landtag

Söder warnte vor zu schnellen Lockerungen und verwies in diesem Zusammenhang auf die negativen Auswirkungen in den Ländern, die zu früh Pubs und Ähnliches geöffnet hätten. „Für Leichtsin und Leichtfertigkeit und Naivität ist in einem Bayerischen Landtag kein Platz.“ Der Ministerpräsident dankte ausdrücklich den Oppositionsfraktionen für die guten Ideen, die er bei der Bewältigung der Herausforderungen gerne aufgegriffen habe und er betonte die gute Zusammenarbeit von Exekutive und Legislative in dieser Zeit. Und der Ministerpräsident appellierte am Ende seiner Ausführungen an die Bevölkerung: „Vernunft und Lebensfreude müssen in diesem Jahr zusammen organisierbar sein.“ red

Bayernweite Leseförderung

Das Bayernwerk setzt sich seit vielen Jahren mit zahlreichen Aktionen für die Leseförderung bei Kindern und Jugendlichen im Freistaat ein: Neben dem Kinderbibliothekspreis unterstützt der kommunale Versorger Büchereien und Bibliotheken mit dem so genannten Lesezeichen. Jährlich kommen beim Lesezeichen 50 Einrichtungen in den Genuss von 1.000 Euro. Bereits 700 Lesezeichen wurden so an Büchereien und Bibliotheken vergeben. Außerdem unterstützt das Energieunternehmen den Paul Maar-Preis „Korbinian“ der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur. Mit dem nach einer für den Preis entworfenen Bärenfigur „Korbinian“ benannten Paul Maar-Preis wird jährlich ein Nachwuchsautor oder eine -autorin ausgezeichnet. □

dem katholischen Medienhaus Sankt Michaelsbund gemeinsam den Kinderbibliothekspreis. Die Auswahl der Preisträger erfolgt durch eine Fachjury.

Förderung von Nachwuchsautorinnen

Zusammen mit dem Schriftsteller und Sams-Erfinder Paul Maar verleiht die Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendliteratur seit 2009 einen Preis an Nachwuchsschriftstellerinnen und -schriftsteller. Seit 2017 wird dieser durch das Bayernwerk unterstützt. Der Paul Maar-Preis „Korbinian“ wird dieses Jahr im November im Schelfenhaus in Volkach vergeben. Der Preis ist mit 2.500 Euro dotiert, die Summe stiften Bayernwerk und Paul Maar gemeinsam. In diesem Jahr sind fünf Frauen mit ihren Erstlingswerken nominiert: Anne Becker, „Die beste Bahn meines Lebens“ (Beltz & Gelberg), Ayşe Bosse, „Pembo – Halb und halb macht doppelt glücklich!“ Mit Illustrationen von Ceylan Beyoglu (Carlson), Verena Hochleitner, „Die 3 Räuberinnen“ (Tyrolia), Stepha Quitterer, „Weltverbessern für Anfänger“ (Gerstenberg) und Dita Zipfel, „Wie der Wahnsinn mir die Welt erklärte“. Mit Illustrationen von Rán Flyngren (Hanser).

Auswahl durch Fachjury

Seit 2007 verleiht das Bayernwerk in Kooperation mit der Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen der Bayerischen Staatsbibliothek und

Schutzkonzept für Kommunalpolitiker:

Gemeinsam gegen Hasskriminalität

Mit Online-Meldeverfahren, festen Ansprechpartnern und nachdrücklicher Strafverfolgung will Bayerns Justiz effektiver gegen Hetze im Netz und Gewalt gegen Kommunalpolitiker vorgehen. Auch die Polizei hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket entwickelt, das auch Betreuung anbietet. Das Konzept soll deutlich machen: Wer Kommunalpolitiker mit Worten oder Taten angreift, muss mit Konsequenzen rechnen. SPD und Grüne geht das Konzept nicht weit genug. Sie fordern eine zentrale Anlaufstelle, stärkere Demokratiebildung und eine virtuelle Polizeiwache.

Die Zahl der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger in Bayern steigt seit Jahren. Waren es knapp 200 Fälle im Jahr 2017, wurden im vergangenen Jahr laut Innenministerium 272 angezeigt. Bis Ende Mai dieses Jahres gab es bereits 158 gemeldete einschlägige Straftaten. „Die Staatsregierung unternimmt alles in ihrer Macht Stehende, um Angriffe auf Amts- und Mandatsträger konsequent zu bekämpfen und Betroffene bestmöglich zu unterstützen“, sagte Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung des Schutzkonzeptes. Es soll eine klare Botschaft im Kampf gegen Hass und Hetze darstellen. „Immer wieder schlagen auch Amts- und Mandatsträger Beleidigungen und Bedrohungen entgegen, in Einzelfällen wird aus Worten Gewalt“, erklärte Justizminister Georg Eisenreich. Gerade auf der kommunalen Ebene sind immer mehr Bürgerinnen und Bürger nicht mehr bereit, für politische Ämter zu kandidieren. „Das nehmen wir als Bayerische Staatsregierung nicht hin. Angriffe auf Kommunalpolitikerinnen und -politiker sind auch Angriffe auf unsere Demokratie. Wir stehen unseren Kommunalpolitikern zur Seite.“

Straftaten zur Anzeige bringen

Dazu arbeiten Polizei und Justiz sehr eng und engagiert zusammen. Der Innenminister appellierte an alle Betroffenen, bei entsprechenden Vorfällen un-

bedingt schnellstmöglich die Polizei einzubinden. „Nur dann können wir eingreifen, Opfer schützen und Täter verfolgen.“ In den vergangenen Monaten haben die Mitarbeiter des Innen- und Justizministeriums Maßnahmen erarbeitet, die sich ergänzen und miteinander vernetzt sind. Ziel ist, gemeinsam konsequent gegen Hass und Hetze vorzugehen.

Maßnahmen der Justiz

Bayerns Justizminister hat die Kommunalen Spitzenverbände Anfang des Jahres zu einem Runden Tisch in das Justizministerium eingeladen, bei dem Maßnahmen zum Schutz von Kommunalpolitikern erörtert wurden. Das gemeinsame Schutzkonzept der Staatsregierung sieht im Bereich der Justiz vor:

1. Online-Meldeverfahren für Online-Straftaten:

Bislang mussten Kommunalpolitiker Anzeigen schriftlich formulieren und Datenträger beifügen. Künftig können sie Straftaten oder Prüfbitten online an die Justiz melden. Geprüft werden sie von Bayerns Hate-Speech-Beauftragtem, Oberstaatsanwalt Klaus Dieter Hartleb. Minister Eisenreich: „Mit einem Online-Verfahren wollen wir Mandatsträgern künftig erleichtern, Strafanzeige zu stellen.“

2. Feste Ansprechpartner

Insbesondere für „analog“ begangene Straftaten gibt es bei allen 22 bayerischen Staatsanwaltschaften feste Ansprech-

partner, an die sich Kommunalpolitiker wenden können.

3. Nachdrückliche Strafverfolgung:

Verweisungen auf den Privatklageweg kommen in aller Regel nicht in Betracht, die Staatsanwälte übernehmen!

4. Modernisierung:

Eisenreich macht sich zudem für eine umfassende Modernisierung des 150 Jahre alten Beleidigungsstrafrechts stark: Beleidigungen, üble Nachrede und Verleumdung sollen in schwerwiegenden Fällen härter bestraft werden können. Auch die Arbeit der Strafverfolger muss nach dem Willen des Justizministers erleichtert werden: „Wir können die Urheber von Straftaten nur effektiv verfolgen und bestrafen, wenn wir sie identifizieren können. Auskunftersuchen unserer Behörden müssen daher von den Betreibern sozialer Netzwerke ohne Wenn und Aber beantwortet werden.“

Maßnahmen der Polizei

Laut Innenminister Herrmann hat die Bayerische Polizei ein umfangreiches Maßnahmenpaket mit folgenden Kernpunkten entwickelt:

1. Betreuung durch Experten:

Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger werden von besonders geschulten Experten des Polizeilichen Staatsschutzes bearbeitet. Miteingebunden sind Cybercrime-Spezialisten zur Sicherung digitaler Spuren.

2. Strafbare Inhalte löschen:

Die Bayerische Polizei wird Plattformbetreiber systematisch auffordern, strafbare Inhalte zu löschen. Soweit eine fristgerechte Löschung nicht erfolgt, ist eine Meldung an das Bundesamt für Justiz vorgesehen, das über die Verhängung empfindlicher Bußgelder entscheiden wird.

3. Schutzmaßnahmen:

Bei einer konkreten Gefährdung prüft die Bayerische Polizei in einem jeden Einzelfall sehr sorgfältig notwendige Personen- und Objektschutzmaßnahmen.

4. Beratung:

Experten der Kriminalpolizei bieten individuelle Beratungen an, beispielsweise zu Schutzvorkehrungen für Wohnung und Büro.

5. Weiterführende Angebote:

Die „Beauftragten der Polizei für Kriminalitätsoffer“ stehen allen Betroffenen mit Rat und Tat zur Seite, beispielsweise bei der Vermittlung weiterführender Angebote wie einer psychologischen Unterstützung.

6. Infomaterial:

Darüber hinaus gibt es umfangreiches Infomaterial wie den Flyer „Hate Speech“, die Broschüre „Sicherheit von Amts- und Mandatsträgern“ sowie eine Handlungsempfehlung für Verantwortliche von behördlichen Social-Media-Kanälen.

Besonders wichtig ist dem Innenminister, dass die Sicherheitsbehörden auch im Internet Straftaten und Hetze wirksam bekämpfen können: „Insbesondere der Zugriff auf IP-Adressen ist unverzichtbar, um Täter aufzuspüren und Taten zu verhindern.“ Eine praxisgerechte Vorratsdatenspeicherung sei deshalb unverzichtbar.

SPD: „Keine neuen Ideen“

Namens der SPD-Landtagsfraktion vermisst deren kommunalpolitischer Sprecher Klaus Adelert neue Ideen. Er fordert eine zentrale Anlaufstelle für Betroffene und die wissenschaftliche Auarbeitung der Problematik. Seine Partei habe im Bundestag längst einen besseren strafrechtlichen Schutz der

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,



35 Mrd. Euro sind im aktuellen Konjunkturpaket direkt oder indirekt für unsere Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke enthalten. Der Bund und insbesondere die Bayerische Staatsregierung haben damit unsere Erwartungen weit übertroffen. Jetzt muss das beschlossene Paket schnell, effektiv und gerecht umgesetzt werden. Dafür hat die KPV sieben Handlungsempfehlungen erarbeitet, die die Umsetzung der Maßnahmen unterstützen und nachhaltig ergänzen sollen.

Wir rechnen in diesem Jahr in Bayern mit deutlich über 2 Milliarden Euro an Gewerbesteuerfällen durch die Coronakrise. Die fehlenden Gewerbe- und Einkommenssteuereinnahmen führen teilweise zu gewaltigen finanziellen Defiziten. Zugleich erwarten die Bürgerinnen und Bürger gerade in Krisenzeiten arbeitsfähige Kommunen.

Die KPV begrüßt den „Kommunalen Solidarpakt 2020“ des Bundes, der die coronabedingten Gewerbesteuerfälle der Kommunen in Bayern mit 1,1 Mrd. Euro kompensieren

Konjunkturpakete schnell, effektiv und gerecht umsetzen

soll. Der Freistaat Bayern erhöht diese Summe um weitere 1,3 Mrd. Euro. Damit erhalten die Städte und Gemeinden in Bayern rund 2,4 Mrd. Euro als Ersatz für ihre fehlenden Gewerbesteuererträge. Die KPV setzt sich dafür ein, dass der Solidarpakt zeitnah umgesetzt und möglichst gerecht verteilt wird. Wichtig ist, dass der Gewerbesteuerumlagefähig ist, so dass Landkreise und Bezirke finanziell mitbeteiligt werden. Wir empfehlen einen 1:1 Gewerbesteuerumlage für die Kommunen, der sich aber maximal an dem umlagefähigen Nullstellensatz orientiert. Sollten dabei nicht die gesamten 2,4 Mrd. Euro zur Auszahlung kommen, so sollen die restlichen Mittel über die Einkommenssteuerbetriebe und ggf. über die Schlüsselzuweisungen verteilt werden.

Weiterhin begrüßt die KPV die Ankündigung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder einen Schulpfad durchzuführen. Lehrkräfte müssen durch den Staat ausreichend geschult und qualifiziert werden. Neben den Investitionen in eine moderne digitale Ausstattung brauchen die Kommunen dringend Unterstützung bei Pflege und Instandhaltung der Hard- und Software. Für die dafür notwendigen Personalkosten fordern wir dringend eine Unterstützung durch den Freistaat Bayern. Die KPV setzt sich ebenso für eine zielgerichtete Förderung zum Ausbau und der Verbesserung der digitalen Angebote in den Kommunalverwaltungen ein.

Die Kommunen müssen auch nach der Coronakrise dauerhaft investitionsfähig und damit zukunftsfähig bleiben. Deswegen setzt sich die KPV für ein Investitionsbeschleunigungsgesetz ein, das bürokratische Hürden abbaut, Vergabeentscheidungen beschleunigt und kommunale Vergaben vereinfacht. Dies könnte unter anderem auch durch eine Aussetzung des EU-Schwellenwerts bei Vergaben oder eine Erhöhung der Wertgrenzen bei freihändigen Vergaben umgesetzt werden.

Eine Förderung der ländlichen Räume und

die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern sind klare Ziele der KPV, der CSU und der Bayerischen Staatsregierung. Die Coronakrise hat gezeigt, dass klein- und mittelständische Wirtschaftsstrukturen in der Fläche besonders betroffen sind. Gleichzeitig sind in Krisensituationen regionale Wirtschaftskreisläufe (z.B. aufgrund von Mobilitätseinschränkungen) zur Daseinsvorsorge enorm wichtig. Deshalb setzt sich die KPV dafür ein, dass die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur“ für ländliche Versorgungsstrukturen geöffnet wird, um die ländlichen bzw. regionalen Wirtschaftskreisläufe nachhaltig zu fördern.

Auch die regionalen Krankenhäuser und die lokale Gesundheitsversorgung müssen dauerhaft gesichert werden. In der Krise haben die kommunalen Krankenhäuser einmal mehr ihre systemrelevante Bedeutung für das Gesundheitssystem bewiesen. Die KPV fordert, die Finanzierung der Krankenhäuser langfristig sicherzustellen und zukunftsfähig durch Bund und Land zu fördern.

Die hervorragende Trinkwasserqualität und der gute Zustand unserer Gewässer sind ein maßgeblicher Standortfaktor für die Lebensqualität der Menschen in Bayern. Zahlreiche Kommunen sanieren seit Jahren mühevoll ihre Infrastruktur für die regionale Wasserver- und Abwasserentsorgung. Die plötzliche Aussetzung der Förderung trifft die bayerischen Kommunen mitten in der Coronakrise hart und unvorbereitet. Die Kommunen brauchen bei der Erneuerung der kommunalen Wasser- und Abwasserinfrastruktur eine klare Unterstützung des Landes und langfristige Planungssicherheit. Deshalb setzt sich die KPV dafür ein, die Förderung der RZWas, der Richtlinie für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben, mindestens wie im ursprünglich zugesagten Umfang zu garantieren. Das Leben in ländlichen Regionen muss für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar und dauerhaft attraktiv bleiben. Dies kann bei den anstehenden hohen Investitionskosten für den Erhalt der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur nur durch eine sichere Förderleistung gewährleistet werden.

Wir begrüßen die zeitweise Senkung der Mehrwertsteuer zur Unterstützung unserer Wirtschaft und Stärkung unserer Konjunktur. Die KPV regt eine veränderte Aufteilung der Umsatzsteuer an, so dass auch den Landkreisen und Bezirken eine direkte Einnahmequelle zugute kommt. Das Umlageverfahren stößt an seine Grenzen und hat zahlreiche Nachteile offenbart. Deshalb sollten die Landkreise und Bezirke eine eigene und direkte Steuereinnahmequelle über die Umsatzsteuer erhalten. So könnten Kreis- und Bezirksumlagesätze gesenkt und Nachteile aus dem zeitlichen Bezug der Steuerkraftberechnung abgewendet werden. Die KPV setzt sich für eine gerechte und nachhaltige Unterstützung aller kommunalpolitischen Ebenen ein.

Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft wird durch die finanziellen Auswirkungen der Coronakrise dauerhaft auf die Probe gestellt. Der Bund, die Bayerische Staatsregierung und die Kommunen arbeiten weiterhin eng und zielorientiert zusammen, um die kommunale Finanzkraft, die Wirtschaft und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger im ganzen Land weiterhin zu sichern.

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund und unterstützen Sie unsere KPV im Sinne unserer kommunalen Familie.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Entwicklungshilfeminister Dr. Gerd Müller:

Bayern zeigt internationale Solidarität

Freistaat Bayern entscheidet sich für „Grünen Knopf“

Der Freistaat Bayern und seine Unternehmen sollen künftig nur noch Textilien beschaffen, die nachhaltig hergestellt und mit Siegel wie dem Grünen Knopf ausgezeichnet sind.

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller freut sich über den vom Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags beschlossenen Antrag: „Der Freistaat Bayern zeigt in der Corona-Krise internationale Solidarität. Ich freue mich sehr, dass Bayern vorangeht und bei der Textilbeschaffung auf Nachhaltigkeit setzt. Nur so kommt unsere Solidarität auch bei den Menschen an, die sie am dringendsten benötigen – die Näherinnen und die Färber in den Produktionsländern unserer Textilien.“



© Ute Grabowsky/photothek.net

Der Grüne Knopf steht für hohe soziale und ökologische Mindeststandards. Er macht Verantwortung sichtbar – für Verbraucher und auch für die Beschaffungsstellen. Ich wünsche mir, dass viele bayerische Kommunen, öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser und auch Unternehmen diesem Beispiel folgen.“

Viele Unternehmen, setzen bereits auf den Grünen Knopf. So bietet das traditionsreiche Bamberger Unternehmen Greiff Mode mit dem Grünen Knopf zertifizierte Berufskleidung an. Das größte Universitätsklinikum Norddeutschlands, das Klinikum Schleswig-Holstein in Lübeck, bezieht zertifizierte Bettwäsche. Auch die Hotelkette Dorint hat angekündigt, ihre Textilien auf den Grünen Knopf umzustellen. Der Grüne Knopf ist das staatliche Siegel für nachhaltige Textilien.

46 anspruchsvolle Sozial- und Umweltkriterien müssen eingehalten werden – von A wie Abwassergrenzwerte bis Z wie Zwangsarbeitsverbot. Das Besondere: Neben dem einzelnen T-Shirt oder Textilien wird immer auch das gesamte Unternehmen überprüft. Einzelne Vorzeige-Produkte reichen nicht aus. Das gesamte Unternehmen muss nachhaltig handeln. Seit der Einführung des Siegels 2019 haben bereits 40 Unternehmen die Prüfungen durchlaufen und bieten Produkte mit dem Grünen Knopf an.

Weitere Informationen unter: www.gruener-knopf.de

Kommunalpolitiker durchgesetzt.

Grüne: „Zu wenig Einfluss“

Die Grünen kritisieren, dass die Einflussbereiche von Polizei und Justiz sind zu eng begrenzt seien, um dem Phänomen Hasskriminalität allumfassend begegnen zu können. Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecherin der Landtags-Grünen, sieht in dem Maßnahmenpaket „einen ersten guten Anfang, aber noch nicht die große Lösung“. Sie forderte neben den angekündigten repressiven Maßnahmen auch verstärkte Anstrengungen bei der Demokratiebildung, spezielle Maßnahmen zum Schutz politisch

engagierter Frauen vor oft sexualisierter Gewalt und eine Aufklärungs- und Informationskampagne über den gesellschaftlichen Wert kommunalpolitischen Engagements.

Trend zur Verrohung

Der kommunalpolitische Sprecher der Grünen, Johannes Becher, sieht in den aktuell vorgestellten Zahlen von Straftaten gegen kommunale Amts- und Mandatsträger „einen erschreckenden Trend zur gesellschaftlichen Verrohung, der aus dem anonymen Internet jetzt auch ins kommunale Lebensumfeld überschwappt“. Aus seiner Sicht sind die polizeilich bekannten Fälle jedoch nur die Spitze des

Eisbergs. Er forderte deshalb eine Dunkelfeldstudie als Grundlage für weitere Maßnahmen im Kampf gegen Hass und Hetze.

Virtuelle Polizeiwache

Die für Kommunalpolitiker neu geschaffene Möglichkeit, online Anzeige bei Hasskriminalität zu erstatten, wollen die Grünen auf alle Bürgerinnen und Bürger ausdehnen durch die Einrichtung einer virtuellen Polizeiwache. „Wer per Tastatur und Mausclick droht und beleidigt, muss auch per Tastatur und Mausclick belangt werden können. Wir brauchen endlich Waffengleichheit zwischen den Betroffenen und den Tätern und Täterinnen“, sagte Schulze. red

Positionspapier des Deutschen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

selbstbestimmten Europas und muss durch geeignete Maßnahmen gesichert und weiterentwickelt werden. Es braucht eine konsistente europäische Datenstrategie, die mit der nationalen Datenstrategie der Bundesrepublik eng verzahnt ist. Die praktischen Erfahrungen der Städte müssen hier einfließen.

5. Kommunales Engagement zum Klimaschutz durch den EU Green Deal flankieren:

Der EU Green Deal ist ein wichtiger Impuls, um bis 2050 die Klimaneutralität in Europa zu erreichen. Die geplanten Projekte und Maßnahmen sollten das kommunale Engagement im Klimaschutz sowie bei der Verkehrs- und Energiewende unterstützen. Die Städte erwarten, dass der EU Green Deal mit zusätzlichen Mitteln aus dem EU-Haushalt finanziert wird. Die Finanzierung des EU Green Deals darf nicht zu Lasten der Förderung strukturschwacher Regionen in ganz Europa gehen.

6. Kommunale Investitionen beim Konzept der nachhaltigen Finanzen berücksichtigen:

Die Liquidität der Kommunen ist notwendige Bedingung, wenn es darum geht, auf nationaler und europäischer Ebene die Krise nachhaltig zu bewältigen. Der Deutsche Städtetag be-

grüßt Pläne für eine europäische oder internationale Mindestbesteuerung. Diese müssen aber auf dem Gebiet der Unternehmensbesteuerung weiterhin eine regionale Steuerautonomie zulassen. Zudem muss die verfassungsrechtlich festgeschriebene Gewerbesteuer auch europäisch oder international dauerhaft abgesichert werden. Wir unterstützen den Ansatz, Nachhaltigkeit verstärkt zu einem wichtigen Thema an den Finanzmärkten zu entwickeln. Es geht darum, finanzielle Risiken aus der Corona-Pandemie, aus Klimawandel, Umweltdegeneration und sozialen Spannungen zu bewältigen. Transparenz und Langfristdenken sind zu stärken.

7. Der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems mit neuem Schwung zum Erfolg verhelfen:

Dreh- und Angelpunkt ist ein solidarischer, verlässlicher und dauerhafter Verteilungsmechanismus für Asylsuchende. Schnelle Asylentscheidungen und deren effektive Umsetzung sind ein wichtiger Faktor, um die Situation in den Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen zu entschärfen. Vorprüfungen von Asylanträgen in den Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen unter Wahrung der Rechtsstaatlichkeit könnten dabei zu einer Verfahrensbeschleunigung beitragen.

gestärkt werden. Gestärkt werden muss zudem das Grundprinzip, dass Asylsuchende in nur einem Mitgliedstaat einen Antrag stellen können. Flankierend müssen mehr alternative Schutzwege bspw. über Wiederansiedlungsprogramme geschaffen, Fluchtursachen bekämpft und Lebensbedingungen in den Herkunftsstaaten stabilisiert werden, um irregulärer Migration zu begegnen.

8. Das Gemeinwohl als Leitgedanken in der neuen Leipzig Charta verankern:

Die Leipzig-Charta ist seit 2007 die zentrale Grundlage der Stadtentwicklungspolitik in Deutschland. Die Fortschreibung der Leipzig-Charta wird erheblichen Einfluss auf die Stadtentwicklungspolitik in Deutschland und Europa haben. Entsprechend wichtig ist die Berücksichtigung der kommunalen Belange bei der Fortschreibung.

9. Impulse für die Gleichstellungspolitik auf EU-Ebene setzen:

Die Bundesregierung ist im Rahmen ihrer Ratspräsidentschaft aufgefordert, wichtige Impulse in Sachen Gleichstel-

lungspolitik für die EU-Agenda der kommenden Jahre zu setzen. Bei der Gleichstellung im Erwerbsleben muss es darum gehen, die Lohnlücke wirksam zu reduzieren. Es müssen europaweite Standards implementiert werden, die gewährleisten, dass die Pflege und Erziehung von Angehörigen sowie Aufgaben der Haushaltsführung gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werden. Die Bundesregierung muss sich im Kampf gegen Gewalt an Frauen außerdem dafür einsetzen, dass die in der Istanbul-Konvention niedergelegten Verpflichtungen in ganz Europa zum Schutzstandard werden.

10. Die Erfahrungen der Städte für die Konferenz zur Zukunft Europas nutzen:

Die deutschen Städte sind aktiv im Bürgerdialog und zuvorderst in der Europaarbeit unterwegs – sei es über Städtepartnerschaften, Bildungs- und Jugendarbeit oder die Durchführung von EU-geförderten Projekten. Der Deutsche Städtetag fordert die Bundesregierung daher dazu auf, die Beteiligung der kommunalen Ebene über ihre Spitzenverbände bei der Zusammensetzung der Konferenz sicherzustellen. **DK**

Planungssicherheit ...

(Fortsetzung von Seite 1)

vollumfänglich und nicht erst nach Verkündung im Bundesgesetzblatt im laufenden Jahr greifen soll. Das sei ein wesentlicher Punkt, da die Umsetzung von der diesbezüglichen Grundgesetzänderung abhängt.

Ebenso sprach sich Sager hinsichtlich der hälftigen Kompensation der Gewerbesteuerausfälle durch den Bund für eine belastbare Grundlage aus: „Die Sonder-Steuerschätzung im September sollte einbezogen werden, um die zu erwartenden Steuerausfälle so genau wie möglich beziffern zu können.“

Für die Erhöhung des KdU-Bundesanteils muss aus seiner Sicht das Grundgesetz geändert werden, damit Landkreise und kreisfreie Städte diese kommunale Aufgabe auch künftig eigenverantwortlich wahrnehmen können und es nicht zur Bundesauftragsverwaltung kommt. Aktuell greift das Umschlagen in Bundesauftragsverwaltung bei 50 %, die Bundesbeteiligung an den SGB II-Wohnkosten liegt bislang unter diesem Prozentsatz. „Deshalb ist es aus Sicht der Landkreise von fundamentaler Bedeutung, diese Grenze im Grundgesetz auf 75 % heraufzusetzen. Dass dies nun gelingt, ist gar nicht hoch genug einzuschätzen“, so der DLT-Präsident. Damit zeige die

Koalition, dass sie verstanden habe und dafür Sorge trage, dass zusätzliche Bundesmittel bei den Landkreisen und kreisfreien Städten ankämen, die kommunale Selbstverwaltung aber nicht beeinträchtigt werde.

Politische Zusagen müssen rechtlich halten

„Wir gehen außerdem davon aus, dass die politischen Zusagen auch rechtlich halten, wonach die Landkreise und kreisfreien Städte die erhöhte Bundesbeteiligung auch vollumfänglich bereits für das laufende Jahr erhalten sollen. Das ist von der Gesetzgebung her allerdings anspruchsvoll. Wir brauchen deshalb schnell Rechtssicherheit, die Planungssicherheit verschafft“, betonte Sager. Die Kommunen würden sich auf die getroffenen Verabredungen verlassen.

Mit Blick auf die Umsetzung des Konjunkturpakets in Bezug auf die hälftige Kompensation der Gewerbesteuerausfälle durch den Bund regte er an, die Steuerausfälle auf der Grundlage der Ergebnisse der Sonder-Steuerschätzung im September zu berechnen. Auf diesem Wege würde man ein realitätsnäheres Abbild der für 2020 zu erwartenden Gewerbesteuerausfälle erhalten. **DK**

Schnell und effektiv ...

(Fortsetzung von Seite 1)

den Freistaat Bayern gefordert. Ebenso setzt sich die KPV dafür ein, den Ausbau und die Verbesserung der digitalen Angebote in den Kommunalverwaltungen zielgerichtet zu fördern.

Zukunftsfähig bleiben

Da Kommunen auch nach der Corona-Krise dauerhaft investitionsfähig und damit zukunftsfähig bleiben müssen, setzt sich die KPV für ein Investitionsbeschleunigungsgesetz ein, das bürokratische Hürden abbaut, Vergabeentscheidungen beschleunigt und kommunale Vergaben vereinfacht. Dies könnte unter anderem auch durch eine Aussetzung des EU-Schwellenwerts bei Vergaben oder eine Erhöhung der Wertgrenzen bei freihändigen Vergaben umgesetzt werden.

Förderung der ländlichen Räume

Klare Ziele der KPV, der CSU und der Staatsregierung sind die Förderung der ländlichen Räume und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Die Corona-Krise habe gezeigt, dass klein- und mittelständische Wirtschaftsstrukturen in der Fläche besonders betroffen sind.

Gleichzeitig seien in Krisensituationen regionale Wirtschaftskreisläufe (z.B. aufgrund von Mobilitätsbeschränkungen) zur Daseinsvorsorge enorm wichtig. Deshalb setzt sich die KPV dafür ein, die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur“ für ländliche Versorgungsstrukturen zu öffnen, um die ländlichen bzw. regionalen Wirtschaftskreisläufe nachhaltig zu fördern.

Ein Kernanliegen ist auch die dauerhafte Sicherung regionaler Krankenhäuser und der lokalen Gesundheitsversorgung. Schließlich hätten die kommunalen Krankenhäuser in der Krise einmal mehr ihre systemrelevante Bedeutung für das Gesundheitssystem bewiesen. Die KPV ruft dazu auf, die Finanzierung der Krankenhäuser langfristig sicherzustellen und zukunftsfähig durch Bund und Land zu fördern.

„Wasserqualität dauerhaft erhalten – RZWas verlängern“ lautet eine weitere Forderung. Die hervorragende Wasserqualität sei ein maßgeblicher Standortfaktor für die Lebensqualität der Menschen in Bayern. Zahlreiche Kommunen sanierten seit Jahren mühevoll Ihre Infrastruktur für die regionale Wasserversorgung. Die plötzliche Aussetzung der Förderung treffe die bayerischen Kommunen mitten in der Corona-Krise hart und unvorbereitet. Bei der Erneuerung der kommunalen Wasserinfrastruktur benötigten die Kommunen eine klare Unterstützung des Landes und eine langfristige Planungssicherheit.

Wasserqualität ist ein maßgeblicher Standortfaktor

So setzt sich die KPV dafür ein, die Förderung der RZWas, der Richtlinie für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben, wie ursprünglich zugesagt bis 2021 zu garantieren. Das Leben in ländlichen Regionen müsse für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar und dauerhaft attraktiv bleiben. Dies könne bei den anstehenden hohen Investitionskosten für den Erhalt der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur nur durch eine sichere Förderungsleistung gewährleistet werden.

Begrüßt wird darüber hinaus die zeitweise Senkung der Mehrwertsteuer zur Unterstützung der Wirtschaft und Stärkung der Konjunktur. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU regt eine veränderte Aufteilung der Umsatzsteuer an, so dass auch den Landkreisen und Bezirken eine direkte Einnahmequelle zugutekommt.

Das Umlageverfahren stoße an seine Grenzen und habe zahlreiche Nachteile offenbart. Deshalb sollten Landkreise und Bezirke eine eigene und direkte Steuereinnahmequelle über die Umsatzsteuer erhalten. So könnten Kreis- und Bezirksumlagesätze gesenkt und Nachteile aus dem zeitlichen Bezug der Steuerkraftberechnung abgewendet werden. „Die KPV setzt sich für eine gerechte und nachhaltige Unterstützung aller kommunalpolitischen Ebenen ein“, heißt es abschließend. **DK**

Wieviel Sozialstaat ...

(Fortsetzung von Seite 1)

na-Pandemie kämpfen die bayerischen Bezirke laut Löffler durch Gesetzesänderungen im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung sowie der Hilfe zur Pflege ohnehin mit zunehmenden Kosten, die auch in den kommenden Jahren noch weiter ansteigen werden. „Da es sich hierbei aber überwiegend um Rechtsansprüche der Leistungsberechtigten handelt, ist nahezu kein Einsparpotenzial vorhanden“, betonte der Verbandspräsident.

Die bayerischen Bezirke, die weitestgehend über Umlagen finanziert werden, sind auf solide Verwaltungshaushalte von Gemeinden, Städten und Landkreisen angewiesen. Durch die Corona Pandemie müssen die Kommunen jedoch, wie die Ergebnisse der Steuerschätzung

Mitte Mai gezeigt haben, mit einem drastischen Einbruch der Steuereinnahmen rechnen. Deshalb begrüßt der Bayerische Bezirkstag als Spitzenverband der bayerischen Bezirke das Konjunkturpaket des Bundes sowie die Verdoppelung der Bundeshilfen durch den Freistaat Bayern. Dennoch betonte Franz Löffler eindringlich: „Wir brauchen die finanzielle Unterstützung vom Freistaat und die gerechte Verteilung auf die Kommunen, um die Defizite in den Verwaltungshaushalten so gering wie möglich zu halten und um unsere Aufgaben in der sozialen Daseinsvorsorge auch weiterhin zuverlässig erledigen zu können.“ Auch weitere Maßnahmen zur Ankerbelagerung der Wirtschaft seien wichtig. „Wir erhoffen uns daher durchschlagende Ergebnisse von den laufenden

Umweltminister Thorsten Glauber:

Guter Tag für die Kommunen

Erfolgsprojekt RZWas wird über 2021 hinaus fortgesetzt. Der Freistaat wird Bayerns Kommunen bei der Sanierung von Trink- und Abwasseranlagen auch künftig tatkräftig unterstützen. Um für die Gemeinschaftsaufgabe der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung frühzeitig Planungssicherheit zu bekommen, hat sich Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber für eine Fortführung der sogenannten Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben – kurz RZWas – eingesetzt. Der Bayerische Landtag hat die Weiterführung des Programms über das Jahr 2021 hinaus für mindestens vier weitere Jahre beschlossen.

Dazu betonte Glauber in München: „Heute ist ein guter Tag für bayerische Kommunen. Ich freue mich, dass der Bayerische Landtag die Fortsetzung des Erfolgsprojekts beschlossen hat. Jetzt haben wir eine klare Festlegung für die Zukunft. Die RZWas wird auch in Zukunft wichtige Impulse für nachhaltige Investitionen in die kommunale Infrastruktur liefern. Die Sicherstellung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung vor Ort hat oberste Priorität – gerade in Zeiten des Klimawandels. Das Umweltministerium ist dabei ein verlässlicher Partner. Mir ist wichtig, dass das jährliche Finanzvolumen der RZWas mindestens im bisherigen Umfang beibehalten wird. Dafür werde ich mich einsetzen.“

Im Rahmen der Fortsetzung sind nun die Details der zukünftigen Förderung festzulegen. Dabei sollen Rahmenbedingungen gelten, die die Finanzierung auf langfristige Sicht sicherstellen, indem insbesondere die Bedürftigkeit in den Kommunen in den Vordergrund gerückt sowie das Finanzvolumen einzelner Projekte gedeckelt wird. Gleichzeitig sollen Module eingefügt werden, die baupreisbremsend wirken werden. Angesichts der klaren Zukunftsfestlegung können die Wasserwirtschaftsämter nun die vorliegenden Förderanträge weiterbearbeiten. **DK**



Bild: Bild: stmuw

Gesprächen zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Bayerischen Finanzministerium“, appellierte Löffler direkt an den Finanzminister.

Umlagezahler entlasten

Neben der finanziellen Unterstützung für die Gemeinden, Städte und Landkreise durch das Konjunkturpaket ist es aus Sicht des Bayerischen Bezirkstags zudem wichtig, dass gerade die Bezirke eine deutlich spürbare Aufstockung der Leistungen aus dem Bayerischen Finanzausgleich erhalten, um so den Anstieg der Umlagesätze zumindest teilweise begrenzen zu können und damit die Umlagezahler unmittelbar zu entlasten.

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker, der als Festredner gewonnen werden konnte, ergänzte: „Wir haben alle gemeinsam bereits einiges geschafft, auch wenn die Pandemie noch nicht vorbei ist. Dabei haben gerade auch die Bezirke Großes geleistet, beispielsweise im Bereich der Einrichtungen und Dienste in der Eingliederungshilfe.“

Sozialpolitik ist immer auch Finanzpolitik

„Sozialpolitik ist immer auch Finanzpolitik. Wir wollen gemeinsam mit der kommunalen Familie durch diese schwierige Krisenzeit kommen: Mit rund 2 Milliarden Euro Landesmitteln verdoppelt der Freistaat die Unterstützungen im Konjunkturpaket des Bundes – dies bedeutet insgesamt rund 4 Milliarden Euro für unsere Kommunen. Damit gibt der Staat auch ein klares Signal an die Bezirke, die über die Bezirksumlagen profitieren werden“, stellte Füracker fest.

Bewährung in der Krise

Lobende Worte für die Bayerische Verwaltung fand indes Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann: „Unsere Mitarbeiter leisten auf allen staatlichen und kommunalen Ebenen jeden Tag Außerordentliches. Auch während der Hochzeiten der Corona-Krise hat jeder Einzelne seinen Anteil dazu

beigetragen, dass der öffentliche Dienst handlungs- und leistungsfähig bleibt.“ Damit konnte den Menschen Herrmann zufolge das insbesondere in der Krise so wichtige Gefühl von Sicherheit gegeben werden. „Auch die Struktur unserer Krankenhäuser hat sich in der Corona-Krise einmal mehr bewährt“, fügte Herrmann hinzu.

Seiner Ansicht nach wird es weiterhin eine große Aufgabe für alle sein, dem Infektionsschutz auch in den kommenden Monaten Rechnung zu tragen. Auch die bezirklichen Gesundheitsunternehmen mit ihren mehr als 40 Fachkliniken für Psychiatrie und Neurologie hätten in den vergangenen Wochen intensiv daran mitgearbeitet, die Corona-Pandemie zu bewältigen.

Nachdrücklich begrüßte Herrmann den Antrag von CSU und FW im Landtag zur Schaffung kommunalwirtschaftlicher Erleichterungen anlässlich der Corona-Pandemie. Die inzwischen vom Bayerischen Landtag verabschiedete Gesetzesänderung sieht vor, für 2020 und 2021 Abweichungen von kommunalwirtschaftlichen Bestimmungen zuzulassen. Damit erhalten die Kommunen größere Spielräume für ihre Nachtragshaushalte und für die Haushaltsplanung.

Die am 1. August in Kraft tretende Gesetzesänderung erleichtert den Kommunen zum Beispiel den Zugang zu Krediten und Kassenkrediten. Die Haushaltsaufstellung kann beschleunigt, Genehmigungspflichten können ausgesetzt werden. Die zur Umsetzung erforderliche Verordnung soll noch in der ersten Augusthälfte ergehen. „Gepaart mit finanziellen Unterstützungen des Freistaats stellen wir sicher, dass die Kommunen trotz akuter finanzieller Herausforderungen kurzfristig handlungsfähig bleiben“, erklärte Herrmann. Mittel- und langfristig bleibe es freilich das Ziel, wieder zu soliden Kommunalfinanzen, einem Markenzeichen des Freistaats Bayern, zurückzukehren. Die Gesetzesänderung beruht auf Anregungen des Innenministeriums, die wiederum auf Wünsche der kommunalen Spitzenverbände zurückgehen. **DK**

Energieminister Hubert Aiwanger:

Volle Kraft voraus für Energieträger der Zukunft

Bayern setzt auf Wasserstoff als Treibstoff der Zukunft. Wie Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger bei der Vorstellung der bayerischen Wasserstoffstrategie betonte, soll „Made in Bavaria“ zum Wasserstoff-Gütesiegel werden. „Mit unseren hervorragenden Forschern und den innovativen Tech-Unternehmen werden wir eine Wasserstoffwirtschaft entwickeln, die den Hightech-Standort Bayern stärkt, Arbeitsplätze schafft und nicht zuletzt auch den Transformationsprozess der bayerischen Fahrzeug- und Zulieferindustrie unterstützt.“

Wasserstoff (H₂) und bayerische Innovationskraft sollen im Verbund Wohlstand sichern und zugleich den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger vorantreiben. Angestrebt werde dabei eine Arbeitsteilung zwischen dem Technologie- und den grünen Wasserstoff produzierenden Regionen, die grünen Wasserstoff produzieren. „Wir wollen die weltweit führenden Wasserstofftechnologien entwickeln. Unsere künftigen Partner nutzen dann unsere Innovationen dank nahezu unbegrenzt verfügbarer erneuerbarer Energien wie Sonne und Wind für die Erzeugung, den Transport sowie die Verwendung von grünem Wasserstoff“, erläuterte Aiwanger.

Bayerische Wasserstoffstrategie

Grüner Wasserstoff sei der Energieträger der Zukunft. Aiwanger: „Um unsere Klimaziele zu erreichen, brauchen wir die Energie- und Mobilitätswende. Wasserstoff kommt dabei eine besondere Rolle zu, weil er sich auf viele verschiedene Arten emissionsfrei nutzen lässt. Dadurch trägt H₂ dazu bei, Industrie, Verkehr und Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien umzustellen.“

Im vergangenen Jahr hat Bayern bereits wichtige Weichen gestellt. Im September 2019 gründete die Staatsregierung das Zentrum Wasserstoff. Bayern (H₂.B) und rief das Bayerische Wasserstoffbündnis mit mittlerweile über 30 Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden ins Leben. Aiwanger: „Damit verfügt der Freistaat über ein schlagkräftiges Netzwerk unter Führung der renommierten Professoren Veronika Grimm und Peter Wasserscheid, das stetig wächst und die Wasserstoffwirtschaft vorantreibt.“

Gleichzeitig legt Bayern mit einer Reihe von neuen Forschungsprojekten die Basis für Wasserstoffinnovationen, zum Beispiel für leistungsfähigere Brennstoffzellen für schwere Fahrzeuge oder zur Herstellung von Wasserstoff aus Rest- und Abfallstoffen. Aufbauend auf Bayerns Hightech-Stärken gliedert sich die strategische Ausrichtung in drei Säulen:

1. Innovation und Technologieführerschaft wird angestrebt, um weltweite Marktpotentiale zu erschließen und auszubauen. Kern ist eine Forschungsoffensive „H₂ Hightech Bayern“, mit der die Wasserstoffforschung durch eine Neuausrichtung und Bündelung der bayernweit vorhandenen Kompetenzen gestärkt wird.

2. Industrielle Skalierung und Wirtschaftlichkeit soll beschleunigt werden. Mit Entwicklungs-, Test- und Anwendereinrichtungen werden innovative bayerische Unternehmen und Forschungsorganisationen die industrielle Entwicklung vorantreiben. Bayerns schlagkräftige Zulieferindustrie bietet hierfür beste Voraussetzungen.

3. Ziel ist es, Wasserstoffanwendungen in Verkehr und Industrie sowie den Ausbau der H₂-Infrastruktur beschleunigt voranzutreiben. Als Basis sollen

in den nächsten Jahren bayernweit 100 H₂-Tankstellen errichtet werden. Dafür hat das Wirtschaftsministerium im Rahmen der Hightech-Agenda ein Förderprogramm in Höhe von 50 Millionen Euro aufgelegt. Gefördert wird die Errichtung öffentlicher und betrieblicher H₂-Tankstellen für Brennstoffzellen-Busse und Lkw/Nutzfahrzeuge.

Zur Marktaktivierung wird die Staatsregierung zudem kombiniert Elektrolyseanlagen und Brennstoffzellenfahrzeuge wie Busse und Nutzfahrzeuge/Lkw fördern. Damit sollen vor allem neue Wertschöpfungsmöglichkeiten für Tankstellen-Standorte in der breiten Fläche geschaffen werden: an kommunalen Betriebshöfen, bei Stadtwerken, für Fuhrpark- und Omnibusunternehmen. Zudem soll 2021 die weltweit erste LOHC-Tankstelle in Erlangen den Betrieb aufnehmen.

Noch in diesem Jahr wird erstmals innovative bayerische Brennstoffzellen-Technologie in einem umgebauten Lkw-Prototypen auf Bayerns Straßen fahren.

Das H₂.B in Nürnberg wird auf Basis der Strategie eine „Wasserstoff Roadmap Bayern“ für die Zeit bis 2025 erarbeiten. Mit diesem konkreten Fahrplan entwickeln die Experten die Ziele und Maßnahmen der Bayerischen Wasserstoffstrategie durch Monitoring und Begutachtung der Marktentwicklung unterstützend fort.

Aiwanger zufolge setzt die Bayerische Wasserstoffstrategie schlüssig auf der Innovationskraft und der technologischen Stärke des Freistaats auf. „Wir werden alle sinnvollen Hightech-Initiativen bündeln und fördern. Bayern wird damit zu einem weltweit führenden Wasserstoff-Land. Das nützt den Menschen und der Umwelt, weil es Arbeitsplätze schafft und den Ausstieg aus der fossilen Energienutzung beschleunigt. Ich hoffe, dass auch die Bundesregierung zeitnah Entscheidungen trifft, um die Wasserstoffwirtschaft in Deutschland und darüber hinaus gezielt voranzubringen.“

Photovoltaik

„Volle Kraft voraus“ heißt es auch für die Sonnenenergie. „Besser in letzter Minute als zu spät“, kommentierte Aiwanger die Abschaffung des 52-Gigawatt-Deckels durch den Bundestag. Nach der Sommerpause hätte die Gefahr bestanden, dass die Besitzer von neuen Photovoltaik-Anlagen bis zu einer Größe von 750 Kilowatt Leistung keine Einspeisevergütung mehr erhalten hätten, weil die Marke von 52 Gigawatt erreicht gewesen wäre. „Das hätte einen Einbruch des Photovoltaik-Marktes gerade auch für kleinere Anlagen, wie sie typischerweise in Einfamilienhäusern installiert werden, zur Folge gehabt und wäre ein fatales Signal für die politischen Anstrengungen für die Energiewende gewesen“, erklärte der Minister.

In Bayern hat sich die Stromerzeugung aus allen Photovoltaik-Anlagen in den vergangenen zehn Jahren von 2,6 TWh im Jahr 2009 auf über 11,25

TWh vervielfacht. „Und das Potenzial dieser klimafreundlichen Energieerzeugung ist noch lange nicht erschöpft“, bemerkt Aiwanger. So verabschiedete die Bayerische Staatsregierung auf seine Initiative hin erst kürzlich die Anhebung der Höchstzahl von Photovoltaik-Freiflächenanlagen, die auf Ackerflächen errichtet werden dürfen, von 70 auf 200 neue Projekte im Jahr. Auch die Dach-PV wird in Bayern massiv angetrieben. Sehr erfolgreich ist das bayerische PV-Speicherprogramm: Über 15.000 Antragssteller sicherten sich bereits einen staatlichen Zuschuss zu ihrer PV-Anlage samt Speicher.

Batterieforschung

Weiter gestärkt wird zudem Bayerns Kompetenz in der Batterieforschung: In allen vier neuen Kompetenzclustern des nationalen Dachkonzepts „Forschungsfabrik Batterie“ ist der Freistaat mit Universitäten und Forschungseinrichtungen ver-

treten. Es sind die Cluster Intelligente Batteriezellproduktion, Batterienutzungskonzepte und Analytik/Qualitätssicherung sowie Recycling/Grüne Batterie. Den bayerischen Forschungseinrichtungen stehen insgesamt 17 Millionen Euro vom Bundesforschungsministerium (BMBF) zur Verfügung. „Damit würdigt der Bund unsere jahrelange und weltweit renommierte Expertise auf dem Gebiet der Batterieforschung“, teilte Aiwanger mit.

Hightech Agenda Bayern

Im Rahmen der Hightech Agenda Bayern investiert der Freistaat an den Standorten Bayreuth, München, Augsburg und Würzburg selbst in ein „Bayerisches Batterienetzwerk“. Das Bayerische Batteriezentrum der Universität Bayreuth bündelt interdisziplinäre Forschung und Entwicklung für Batteriespeicher. In München forschen die Technische Universität (TUM) und BMW im Bereich Materialanalytik und Festkörpertechnologie. Das Fraunhofer Institut IGC/iwb forscht in Augsburg an Produktions- und Automatisierungstechnik und das Fraunhofer Institut ISC in Würzburg an neuen Materialien, Herstellungsprozessen und Recycling. **DK**

Ausbau der privaten Ladeinfrastruktur:

Rahmenbedingungen verbessern!

Elektromobilität ist ein entscheidender Baustein für die klimafreundliche Mobilität der Zukunft. In einem gemeinsamen Schreiben appellieren der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), der Verband der Automobilindustrie (VDA) und der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) daher an die Politik, die Rahmenbedingungen für den Ausbau privater Ladeinfrastruktur zu verbessern. Mit einem Anteil von rund 85 Prozent der Ladevorgänge ist die private Ladeinfrastruktur ein zentraler Hebel für den Markthochlauf der Elektromobilität.

In dem Schreiben sprechen sich die Verbände für eine stärkere staatliche Förderung der Installation und Errichtung privater Ladeinfrastruktur aus. Insbesondere in Wohnanlagen sind Impulse nötig, um die erhebliche Erstinvestitionsschwelle abzusenken. Das Konjunkturpaket sieht hierfür Mittel für den Ausbau einer modernen und sicheren Ladeinfrastruktur vor, unter anderem mit einer Förderung von privaten und gewerblichen Ladeeinrichtungen in Höhe von einer halben Milliarde Euro.

Wichtige Rahmenbedingungen für die Errichtung von Lademöglichkeiten sollten durch die Umsetzung des Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetzes und des Wohnungseigentumsmodernisierungsgesetzes geschaffen werden. Die Verbände fordern einen zügigen Abschluss der Verfahren. Bei der Umsetzung solle auf den er-

förderlichen Hochlauf, Praktikabilität und die Belange aller Marktteilnehmer geachtet und die Auswirkungen auf die Wohnkosten berücksichtigt werden.

Laden am Wohnort

Um organisatorische und prozessuale Schwierigkeiten beim Laden in Mehrfamilienhäusern zu identifizieren und zu lösen, schlagen BDEW, VDA und GdW eine gemeinschaftliche Initiative zum Laden am Wohnort vor, mit der Ver-

sorger, Netzbetreiber, Immobilienunternehmen und Automobilhersteller an ausgewählten Standorten den bedarfsbezogenen Aufbau von Ladeinfrastruktur vorantreiben. Ziel ist es, vielfältigere Lösungen des privaten Ladens in urbanen Wohnsituationen zur Unterstützung des Markthochlaufs der Elektromobilität zu entwickeln. **□**

LEW
Lechwerke

**Ladehemmung vermeiden?
Mit LEW geht das**

Mit dem LEW eLoad-Manager einfach und unbegrenzt am eigenen Stellplatz in Tiefgaragen Strom tanken. Infos unter lew.de/eload oder unter 0800 572 572 9

Bayernwerk Netz GmbH:

Praktische Ideen für intelligente Ladesteuerung von Elektroautos

Mit der Zusage einer zusätzlichen Förderung in Höhe von rund sechs Millionen Euro will die Bayernwerk Netz GmbH zusammen mit den Konsortialpartnern aus Automobilindustrie, Energiewirtschaft und Wissenschaft im laufenden Forschungsprojekt „Bidirektionales Lademanagement – BDL“ ab sofort die Anwendung sogenannter intelligenter Messsysteme (iMSys) testen. Mit der Erweiterung des vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt getragenen und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderten Projekts sollen zusätzliche technische Lösungen praktisch erprobt werden, um Elektromobilität, Ladeinfrastruktur und Stromnetzstabilität wirtschaftlich und kundenfreundlich aufeinander abzustimmen. Ein Ziel des kombinierten Einsatzes moderner Smart Meter und rückspesefähiger Elektroautos unter Realbedingungen im Alltag ist eine möglichst umfassende Nutzung von regenerativ erzeugter Energie.

„Durch die Projekterweiterung mit den intelligenten Messsystemen können wir im BDL-Forschungsprojekt zwei vollständig voneinander getrennte Datenerfassungs- und Kontrollstrukturen aufbauen. Auf diese Weise können wir die beiden Konzepte bestmöglich miteinander vergleichen und zukünftig Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung des iMSys geben“, erklärt Wolfgang Duschl, Projektleiter bei der Bayernwerk Netz GmbH. Intelligente Messsysteme bestehen aus einem neuen digitalen Stromzähler und einem Kommunikationsmodul, dem Smart Meter Gateway. Sie erfassen viertelstündlich den Energieverbrauch der Kunden und übermitteln diesen sicher und verschlüsselt.

Praxisrelevanz bestimmen

Im eigenen Netzgebiet wird das Bayernwerk bis 2032 sukzessive bei mehr als 600.000 Kunden ein intelligentes Messsystem einbauen. „Die umfassende Projektarchitektur mit Datenerfassung, Weiterleitung, Datenverarbeitung, Entscheidungsfindung und Steuerung erlaubt es uns, den Einsatz rückspesefähiger Elektrofahrzeuge sehr realitätsnah abzubilden. Dabei soll vor allem die Praxisrelevanz unterschiedlichster Anwendungsfälle bestimmt, abgestimmte Tarifanwendungsfälle weiterentwickelt und deren technische Machbarkeit sowie die dafür notwendigen regulatorischen Änderungen aufgezeigt werden. Dies erlaubt es uns, die Interoperabilität des iMSys zielgerichtet voranzutreiben, stets unter Einbe-

ziehung der Mobilitätsbedürfnisse der Kunden“, sagt Wolfgang Duschl.

Die FfE leistet durch die wissenschaftliche Begleitung der Umsetzungen und Pilotierungen einen wichtigen Beitrag zu Integration der Elektromobilität in das Energiesystem. „Wir setzen hier auf den Erfahrungen aus dem SINTEG-Projekt C/sells auf, wo wir mit dem Altdorfer Flexmarkt (ALF) gemeinsam mit Bayernwerk dezentrale Flexibilität zur Behebung von Netzengpässen über iMSys erschlossen haben und übertragen diese nun auf die Elektromobilität. Der Fokus in BDL liegt auf einer standardisierten Erschließung der Flexibilität der Elektrofahrzeuge zur Ermöglichung unterschiedlicher Anwendungsfälle“, sagt Mathias Müller, Projektleiter an der FfE.

Entwicklung einer Wallbox

Der Projektpartner KOSTAL Industrie Elektrik GmbH entwickelt eine DC Wallbox, mit der das rückspesefähige Elektrofahrzeug bidirektional an das Stromversorgungsnetz angeschlossen werden kann. Neben einer lokalen Steuerung des Energieflusses ermöglicht eine EEBUS-Kommunikation zwischen der Wallbox und dem Smart Meter eine aktive Nutzung der Fahrzeug-Batterie für die Stabilisierung des Netzbetriebs und für den Energiemarkt. Die Kommunikation zum Elektrofahrzeug wickelt die Wallbox über den bidirektionalen Ladekommunikationsstandard ISO15118-20 ab. Ein übergeordnetes Backend-System erreicht die Wallbox mit dem Protokoll OCPP 2.0.1. Die Erarbeitung der technischen Lö-

sungen erfolgt in enger Zusammenarbeit mit Gremien für Normung und Standardisierung. „Die Ergebnisse fließen in die Weiterentwicklung der Standards für Sicherheit, Netzintegration und Kommunikation ein. Technische Lösungen und weiterentwickelte Standards sind dabei grundsätzlich für eine Übertragung in ähnliche Anwendungen wie zum Beispiel PV-Systeme mit stationärem Speicher geeignet“, erläutert Dr. Armin von Preetzmann, Projektleiter bei KOSTAL Industrie Elektrik GmbH.

Aus der Praxisrelevanz des Projekts heraus werden aktiv praxisnahe Inputs sowohl in die Normung als auch in den aktuellen Roadmap Prozess des BMWi/BSI erfolgen; insbesondere werden in dem Projekt Einsatz und Weiterentwicklung des EEBUS als Standard zwischen Smart Meter Gateway, Energiemanagement und den Geräten in der Kundenanlage erfolgen. „Nur mit solchen interoperablen und standardisierten Ansätzen kann es zu einem flächendeckenden Rollout der Elektromobilität kommen“, sagt Peter Kellendonk, Vorstand Initiative EEBUS e.V.

E-Autos als mobile Energiespeicher

Die Fähigkeit zum bidirektionalen Laden ermöglicht es Elektrofahrzeugen, beim Anschluss an eine dafür ausgelegte Ladestation oder Wallbox nicht nur elektrische Energie für die Hochvolt-Batterie aufzunehmen, sondern auch in umgekehrter Richtung in das Stromnetz zurückzuspeisen. Die Batterien der E-Fahrzeuge werden so zu mobilen Energiespeichern, die bei Bedarf auch Strom abgeben können.

Rückspesefähige E-Fahrzeuge können netzdienlich eingesetzt werden, indem sie die Aufnahme von Energie aus erneuerbaren Quellen ins öffentliche Stromnetz optimieren und es gleichzeitig stabil halten. Dafür ist neben entsprechenden nutzerfreundlichen technologischen Lösungen ein intelligentes Zusammenspiel von Fahrzeugen, Ladeinfrastruktur und Stromnetzen notwendig. □



V.l.: Stefan Rößle, Landrat Donau-Ries, Herbert Schein, Vorstandsvorsitzender Varta AG, Peter Altmaier, Deutscher Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Roland Weigert, Bayerischer Wirtschaftsstaatssekretär, Ulrich Lange, MdB, Dr. Michael Tojner, Aufsichtsratsvorsitzender Varta AG. Bild: Steffen Höhn

„Eine große Chance für unsere Region“

VARTA Konzern erhält IPCEI-Fördergelder für die Weiterentwicklung seiner innovativen Lithium-Ionen Technologie – Größere Batterieformate im Fokus

Die VARTA AG, weltweiter Markt- und Innovationsführer bei kleinen Lithium-Ionen Batterien, treibt die Weiterentwicklung ihrer Technologie mithilfe von IPCEI Fördergeldern voran („Important Project of Common European Interest“; einem wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse): Neben der Entwicklung der neuesten Generation kleinformatiger Lithium-Ionen Zellen mit noch höheren Energiedichten soll der Schwerpunkt des Förderprogramms auf der Übertragung der innovativen VARTA Technologie auf größere Formate liegen. Diese Batteriezellen könnten in Zukunft in VARTA Energiespeichern, Robotern aber auch in Bereichen der Mobilität eingesetzt werden.

Auf einer Pilotlinie sollen diese neuen Batterieformate optimiert und in eine Massener-

produktion überführt werden. Zudem investiert VARTA weiterhin in Forschungs- und Ent-

wicklungsaktivitäten für Batterieformen in Sonderformaten, die zunehmend beispielsweise für IOT-Anwendungen nachgefragt werden. Das Bundeswirtschaftsministerium (BWI) und die Länder Bayern und Baden-Württemberg unterstützen die Batterieindustrie in Deutschland und Europa im Rahmen eines IPCEI. Für das Vorhaben stellen Bund und Länder der VARTA AG Fördermittel von bis zu 300 Mio. Euro bis Ende 2024 zur Verfügung. Davon sind 101,5 Mio. Euro für den Firmensitz in Nördlingen vorgesehen.

Klimaschonend heizen mit Grundwasser? Machen Sie den Check!

Erdwärme-Nutzung ist gut fürs Klima und rechnet sich. Mit dem neuen „Standortcheck Oberflächennahe Geothermie“ im Energie-Atlas Bayern kann jetzt eine Erstprüfung für die Nutzung von Grundwasserwärmepumpen an einem beliebigen Standort in Bayern vorgenommen werden. Bisher war dies nur für Erdwärmesonden und -kollektoren möglich.

Erdwärme gehört zu den Energiequellen, deren Einsatz den Ausstoß von Treibhausgasen deutlich reduzieren kann. Wer einen Neubau oder Heizungsaustausch plant, sollte deshalb auch die Nutzung oberflächennaher Geothermie (d.h. Erdwärme aus bis zu 400 Metern Tiefe) in Erwägung ziehen. Diese kann mittels verschiedener Techniken genutzt werden, z. B. Erdwärmesonden, Erdwärmekollektoren oder Grundwasserwärmepumpen.

Das Ergebnis ist ein übersichtliches PDF-Dokument mit einer unverbindlichen Erstbewertung. Zudem finden sich hier zahlreiche relevante geologische, wasserrechtliche und hydrogeologische Informationen und Tipps zum weiteren Vorgehen. □

Wettbewerbsfähigkeit erhalten, Wohlstand sichern

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier dazu: „Ich freue mich, dass ich Varta AG als erstes Unternehmen in Deutschland einen Bescheid über die Förderung der Batteriezellfertigung aushändigen kann. Der Aufbau einer innovativen und nachhaltigen Batteriezellproduktion in Deutschland hat für uns hohe Priorität. Sie ist erforderlich, um im Zuge der Energie- und Verkehrswende wettbewerbsfähig zu bleiben, neue Arbeitsplätze zu schaffen und Wohlstand zu sichern. Heute machen wir einen großen Schritt zu einer eigenen Großserie bei Batteriezellen für automobile und industrielle Anwendungen.“ Stefan Rößle, Landrat Donau-Ries, sprach von einer „großen Chance für unsere Region“.

Hochprofitable Massenfertigung

Herbert Schein, Vorstandsvorsitzender der VARTA AG, sagt: „Wir haben unsere Lithium-Ionen Technologie in Deutschland in eine hochprofitable Massenfertigung überführt. Mit dem IPCEI werden wir die Lithium-Ionen Technologie bei VARTA weiter ausbauen und die Entwicklung der neuesten Generationen nochmals beschleunigen und neue Produkte auf den Markt bringen. Ich freue mich, dass die Politik dieses Projekt unterstützt und damit die Batterieindustrie stärkt.“

Rund 1.000 neue Stellen in Ellwangen und Nördlingen

Der VARTA Konzern investiert weiterhin in den Ausbau seiner Lithium-Ionen Massenproduktion und wird bis Ende nächsten Jahres rund 1.000 neue Stellen in Ellwangen und Nördlingen schaffen. Damit stärkt VARTA die Batterieindustrie insbesondere in Baden-Württemberg und Bayern und unterstreicht seine Bedeutung als Arbeitgeber in der Region. □

Bundesverband Geothermie:

Geplante Bohrungen im Landkreis Traunstein

Wie der Bundesverband Geothermie berichtet, hat der Pallinger Gemeinderat „eine Stellungnahme der Gemeinde als Träger öffentlicher Belange“ zur geplanten Geothermieanlage bei Allerding (Landkreis Traunstein) einstimmig beschlossen. Rund 14 Megawatt elektrische Leistung oder 100 Megawatt thermischer Leistung soll das nördlich von Pallinger geplante Heizkraftwerk nach Fertigstellung erzeugen können. Das ist der Strombedarf von 30.000 Haushalten und der Wärmebedarf von 10.000 Haushalten bzw. aller denkbaren Kombinationen aus beiden Energieformen.

Laut Gregor Gruber, Geschäftsführer der Projektgesellschaft Erdwärme Chiemgau, ist der besondere Vorteil einer kombinierten Wärme- und Stromerzeugung, dass bei geringem Wärmebedarf im Sommer die Stromerzeugung erhöht werden könne und so die wertvolle Energie aus dem Erdinneren nicht ungenutzt bleibe. Im Gegensatz zu allen anderen regenerativen Energieträgern sei die Geothermie grundlastfähig, d.h. sie stehe jeden Tag und rund um die Uhr in gleicher Intensität zur Verfügung, erklärte Gruber.

Im August soll mit dem Bohrplatzbau bei Allerding begonnen werden, im Oktober ist der Start von voraussichtlich vier Bohrungen geplant, im 2. Quartal 2021

der Beginn des Anlagenbaus und im 1. Quartal 2022 die Inbetriebnahme der Anlage. Gruber zufolge werden entsprechend der sehr strengen Vorgaben der zuständigen Behörden sowohl für den Grundwasserschutz als auch für die Überwachung etwaiger seismischer Ereignisse umfangreiche Vorkehrungen getroffen.

Bürgermeister Franz Ostermeier erwähnte die steuerlichen Auswirkungen des Projekts für die Gemeinde, die während der Betriebsphase derzeit im hohen sechsstelligen Bereich geschätzt werden, sofern die erhofften Kapazitäten erreicht werden können. Hinzu kämen positive Effekte für die regionale Wirtschaft in der Bauphase.

Breiten Raum nahm die Frage nach einer möglichen Versorgung Pallings und weiterer Gemeinden durch geothermische Fernwärme ein. Projektträger Gruber versicherte, dass auf eigene Kosten eine Wärmeleitung bis ins Ortsgebiet Pallinger gebaut würde, sofern die Gemeinde es wünsche. Die weitere Verteilung der Wärme könne durch die Gemeinde erfolgen. Laut einer vom Projektträger beauftragten Studie einer Planungsgesellschaft für Fernwärmematten ist auch eine Anbindung der Stadt Trostberg mit ihrem hohen Wärmebedarf technisch möglich; diese ist auch vom Projektträger gewünscht.

Bürger- und umweltverträgliches Projekt

Entscheidend für alle diese Überlegungen sei jedoch das Vorliegen der Leistungsdaten der ersten Bohrung, erst dann könne mit Kommunen und etwaigen privaten Abnehmern über eine konkrete Ausgestaltung gesprochen werden, hob

Gruber hervor. Er verwies darauf, dass das Geothermieprojekt „sowohl im Interesse der Gemeinde als auch in unserem Interesse bürger- und umweltverträglich durchgeführt wird“.

Wie der Bundesverband Geothermie weiter mitteilt, ermöglicht hierzulande ein neues Verfahren Lithiumabbau mit Geothermie. In tiefen Gesteinslagen unter dem Oberrheingraben liegt ein mineralischer Schatz verborgen: Gelöst in salzigen Thermalwasserreservoirs befinden sich beträchtliche Mengen des Elements Lithium. „Nach unseren Kenntnissen können es bis zu 200 Milligramm pro Liter sein“, weiß der Geowissenschaftler Dr. Jens Grimmer vom Institut für Angewandte Geowissenschaften (AGW) des KIT: „Wenn wir dieses Potenzial konsequent nutzen, dann könnten wir in Deutschland einen erheblichen Teil unseres Bedarfs decken.“

Aktuell ist Deutschland ein Nettoimporteur des begehrten Rohstoffs, der vor allem für die Produktion von Batteriezellen für Elektrofahrzeuge benötigt wird und somit für das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung von großer Bedeutung ist. Importiert wird aus den typischen Förderländern Chile, Argentinien und Australien, die

mehr als 80 Prozent der weltweiten Produktion auf sich vereinen.

Was eine Nutzung der heimischen Reserven bislang verhinderte, war das Fehlen eines geeigneten Verfahrens, um diese Ressource kostengünstig, umweltschonend und nachhaltig zu erschließen. Gemeinsam mit seiner Forscherkollegin Dr. Florencia Saravia von der Forschungsstelle des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW) am Engler-Bunte-Institut (EBI) des KIT hat Grimmer ein solches Verfahren entwickelt und dieses wurde nun vom KIT zum Patent angemeldet. „Dabei werden in einem ersten Schritt die Lithiumionen aus dem Thermalwasser herausgefilitert und in einem zweiten Schritt weiter konzentriert, bis Lithium als Salz ausgefällt werden kann“, stellte Grimmer fest.

Gemeinsam mit Partnern aus der Industrie sind die beiden Wissenschaftler nun dabei, eine Testanlage zur Lithium-Gewinnung zu entwickeln. Wenn die Versuche erfolgreich sind, ist der Bau einer Großanlage geplant. Möglich wäre dann eine Produktion von mehreren hundert Tonnen Lithiumhydroxid pro Jahr pro Geothermie-Anlage. DK

Verbleibendes CO2-Budget soll oberste Messlatte sein

Bayerische Wasserkraftverbände VWB und LVBW unterstützen Stellungnahme der LEE Bayern zum Entwurf des Bayerischen Klimaschutzgesetzes

Nur noch 0,67 Milliarden Tonnen CO₂-Ausstoß: So viel stehen dem Bundesland Bayern ab 2020 zur Verfügung, wenn die Erderwärmung auf maximal 1,5 °C begrenzt werden soll. Diese Zahl basiert auf dem im Mai 2020 veröffentlichten Umweltgutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung. In ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Bayerischen Klimaschutzgesetzes appelliert die Landesvertretung Bayern des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (LEE Bayern) an die Staatsregierung, dieses CO₂-Budget als Messlatte für die Klimaschutzmaßnahmen im Freistaat zu nehmen und darauf basierend verbindliche und konkrete Maßnahmen und Vorgaben im Klimaschutzgesetz zu definieren.

Die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. und der Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG unterstützen die Stellungnahme, die zur Diskussion des Entwurfs des Klimaschutzgesetzes in den Ausschüssen in der zweiten Juni-Hälfte eingereicht wurde. Die Wasserkraft-Verbände hatten bereits in ihrer Stellungnahme von Januar die Notwendigkeit von mehr Verbindlichkeit im Klimaschutzgesetz sowie Priorisierung der CO₂-Reduktion und Erzeugung von regenerativer Energie betont.

Hürden beseitigen

Die Landesverbände der regenerativen Sparten Wasserkraft, Solar-, Bio- und Windenergie sowie Geothermie, die in der LEE Bayern organisiert sind, fordern ein klares Bekenntnis zum 1,5 Grad Klimaschutz-Ziel, verbindliche Steuerungsmaßnahmen und eine transparente Überprüfung der Umsetzung. Die bisher vorgelegten Maßnahmen und Ziele seien nicht ausreichend für signifikanten Klimaschutz, so die LEE Bayern. Zudem sei die Entbürokratisierung und Erleichterung von Genehmigungsverfahren nötig. Hürden beim Ausbau der erneuerbaren Energien wie der Rückbau von Wehren an Wasserkraftstandorten sowie die 10-H-Regelung für Windenergieanlagen müssten beseitigt werden.

Zudem soll der Staat eine größere Vorbildfunktion übernehmen, Kommunen bei der Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen finanziell unterstützen und Klimaschutz als gesamtge-

sellschaftliche Aufgabe kommunizieren. Der Freistaat Bayern solle seine Vorbildfunktion auch dahingehend ausüben, dass staatliche Grundstücke, vor allem Wald- und Gewässergrundstücke, nicht nur der Zielerreichung einer klimaneutralen Verwaltung zur Verfügung stehen, sondern diese vorrangig zur Produktion von erneuerbarer Energie genutzt werden können.

Mit Bezug auf die Wasserkraft im Freistaat haben die Wasserkraftverbände VWB und LVBW in ihrer Stellungnahme von Januar zudem gefordert, dass die Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), an denen derzeit gearbeitet wird, zügig mit den Klimazielen der Bundesregierung und der Bayerischen Staatsregierung abgestimmt werden. Außerdem sollten Machbarkeitsstudien und ökologische Gutachten förderfähig sein. Weiterhin fehle in dem Maßnahmenpaket der bayerischen Staatsregierung das im April 2012 angekündigte Förderprogramm für ökologische Verbesserungen an Wasserkraftanlagen.

Die Wasserkraft ist die älteste Erneuerbare Energien-Art in Bayern. Sie ist grund-, mittel- und spitzenlastfähig sowie speicherfähig. Sie liefert konstant und zuverlässig CO₂-frei Strom und trägt zur Stabilität und Flexibilität der regionalen Netze bei. Rund 4.000 Wasserkraftwerke sind in Bayern in Betrieb. In den vergangenen Jahren trugen die Anlagen durchschnittlich zwischen 13 und 15 Prozent zur Bruttostromerzeugung im Freistaat bei. □

Rednitzhembach baut LED-Straßenbeleuchtung weiter aus

Rednitzhembach setzt beim Ausbau der Straßenbeleuchtung neue Maßstäbe: Die Stadt hat die N-ERGIE Aktiengesellschaft damit beauftragt, im Bereich „Zwischen den Brücken“ und im „Schaftnacher Weg“ 70 Lampen auf Leuchtdioden, sogenannte LED, umzustellen. Gleichzeitig führt der Energieversorger im gesamten Gemeindegebiet Wartungs- und Reinigungsarbeiten der Lampen durch.

Die eingesetzte LED-Technik verbessert auch die Verkehrssicherheit: Durch eine Lichtbündelung wird das Licht gezielt auf die Straßen und Wege gelenkt. So reduziert sich das Streulicht, was die Anwohner entlastet, weil die Leuchte weniger Licht auf der Rückseite erzeugt. Zudem kommt warm-weißes Licht zum Einsatz, das besonders insektenfreundlich ist.

Gewinn für die Umwelt

Rednitzhembach hat bereits 2005 in einem ersten Schritt hin zur umweltfreundlichen Straßenbeleuchtung alle Leuchten auf Gelblicht umgestellt. 2016 folgte dann der Umstieg auf LED Retrofit Leuchtmittel. Inzwischen erhellten bereits rund 1.000 Laternen mit LED-Leuchtmitteln die Gemeinde. „Für die Gemein-

de Rednitzhembach ist die Umstellung nicht nur optisch ein Gewinn: Pro Jahr und Leuchte spart die Stadt durchschnittlich rund 273 Kilowattstunden (kWh). Das sind insgesamt 273.000 kWh und rund 68.000 Euro pro Jahr“, rechnet Rainer Gründel, Betreuer für N-ERGIE Kommunale Kunden, vor. „Gleichzeitig ist die Umstellung ein Gewinn für den Klimaschutz: Die bedeutet eine CO₂-Einsparung in Höhe von rund 112 Tonnen pro Jahr.“

Langjährige Partnerschaft

Für rund 250 Kommunen ist die N-ERGIE Ansprechpartner, wenn es um die Straßenbeleuchtung geht. Als regionaler Stromversorger wartet sie insgesamt 89.000 Leuchten und ist für ein Straßenbeleuchtungsnetz von ca. 4.100 km Länge verantwortlich. □



V.l.: Uwe Sommer (schwaben netz), Helmut Kaumeier (erdgas schwaben) und Bürgermeisterin Manuela Heckl. Bild: CH

Gasleitungs- und Glasfaserausbau in Rohrenfels:

Aus Wunsch wird Wirklichkeit

Nur ca. 200 Meter trennen Rohrenfels noch von der Gasautobahn Langenmoosen – Donauwörth. Ein direkter Anschluss war bis vor kurzem technisch nicht so ohne weiteres möglich. Nachdem die Leitung aber ertüchtigt wurde, konnte der langegehegte Traum des früheren Bürgermeisters Wigbert Kramer endlich Wirklichkeit werden. Rohrenfels und Wagenhofen werden von Erdgas Schwaben an das Gasnetz angeschlossen. Gleichzeitig werden Leerrohre für den Glasfaserausbau verlegt.

Manuela Heckl, Kramers Nachfolgerin im Bürgermeisteramt, freut sich, diesen Spatenstich ausführen zu dürfen, denn dies ist ein „gutes und großes Projekt für die Gemeinde“. Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkundenmanagement bei Erdgas Schwaben, betont, dass sich die „Bürgerinnen und Bürger bewusst für Gas als Energieträger der Zukunft entschieden“. Denn das Gasnetz kann theoretisch Wasserstoff aufnehmen. Wenn der Ausbau abgeschlossen ist, sparen sich die Rohrenfelser ein Drittel der Heizkosten und sie senken den eigenen CO₂-Ausstoß um die Hälfte.

Gas ist „Blackout-sicher“

„Der Vorteil von Gas gegenüber anderen Energieträgern ist“, so Kaumeier, „dass durch die vorhandenen Leitungen keine Lagerhaltung notwendig ist“. Gas sei zudem 'Blackout-sicher', da man mittels Brennstoffzelle auch Strom erzeugen könne. Dieses Argument wer-

de zum Tragen kommen, wenn die Energieversorgung durch den Wegfall der Atomkraftwerke und aufgrund der dezentralen Erzeugung instabiler werden wird.

Netze werden „Wasserstoff-ready“ gemacht

Uwe Sommer, Prokurist bei Schwaben netz, einer 100-prozentigen Erdgas Schwaben-Tochter, berichtet, dass die Netze schon jetzt „Wasserstoff-ready“ gemacht werden, d.h. die Beimischung von Wasserstoff ins Gasnetz wird erprobt: „In Bayerisch Schwaben sind 6.500 Kilometer Netz vorhanden. Das begünstigt die Ablösung von fossilem Erdgas durch das ‚grüne Gas‘ Wasserstoff.“

Für die Rohrenfelser war dieser Ausblick in die Zukunft ein wichtiges Argument, einen eigenen Gasanschluss zu beantragen. Im Oktober 2019 wurde die erste Infoveranstaltung durchgeführt. Seither haben 65 % der Bürger, das sind 240

DIVE Turbinen GmbH & Co. KG:

Neues Kraftwerk mit Horizontalrechen in Betrieb

Kurz vor dem internationalen Lockdown ist in Frankreich wieder ein neues DIVE-Kraftwerk in Betrieb gegangen. Das Kraftwerk Touille am Fluss Salat verfügt über eine Leistung von 600 kW bei sieben Metern Fallhöhe. Der Laufraddurchmesser der DIVE-Turbine beträgt 1.450 Millimeter.

Um das Kraftwerk fischdurchgängig zu gestalten, wurde auch ein neuer Horizontalrechen eingebaut. Dieser wurde ebenfalls

von der DIVE Turbinen GmbH & Co. KG konstruiert.

Die DIVE Turbinen GmbH & Co. KG ist ein Turbinenhersteller mit Sitz in Amorbach in Unterfranken. Die in Betrieb genommene Turbine in Touille ist bereits die 41. DIVE-Turbine am Netz. Seit 2006 kommen DIVE-Turbinen weltweit zum Einsatz. Die Besonderheit der DIVE-Turbine ist, dass sie fischfreundlich ist und daher die Durchgängigkeit der Fließgewässer gewährleisten kann. Dies ist wichtig, um den ökologischen Zustand der Gewässer aufrechtzuerhalten oder zu verbessern. Beim Einsatz einer DIVE-Turbine besteht keine Gefahr für durchschwimmende Fische und andere Lebewesen wie beispielsweise Mikroorganismen.

Fischfreundliche Turbine

Die DIVE-Turbine ist eine doppelt geregelte Turbine mit variabler Drehzahl und wird inklusive der gesamten Kraftwerkssteuerung geliefert. Die Regelung über die Drehzahl erfordert es, den Strom mit Umrichtern aufzubereiten. Durch die Umrichtertechnik ist es möglich, neben der Stromgewinnung auch Netzdienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Bei der Umstellung der Stromversorgung auf Erneuerbare Energien rücken diese Netzdienstleistungen zum Ausgleich von Netzschwankungen immer weiter in den Fokus, da sie für die Stabilität des Stromnetzes ausschlaggebend sind.

Die DIVE-Turbine im Kraftwerk Touille ist bereits die 13. DIVE-Turbine in Frankreich. Weitere Turbinen für die Region befinden sich in der Fertigung. □

Energie für heute und morgen

Mein ÖkoGas – 100% CO₂-neutral

Echt fair für Ihre Zukunft

erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

Bundestag verabschiedet Gebäudeenergiegesetz

Der Bundestag hat das Gebäudeenergiegesetz (GEG) inklusive der Regelungen zu Windenergieabständen sowie zur Aufhebung des PV-Ausbaudeckels beschlossen. Wie Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier betonte, „geht es bei der Energiewende weiter voran“. Die Entscheidungen des Bundestages leisteten hierfür einen wichtigen Beitrag. Das GEG wird im Herbst in Kraft treten.

Konkret gilt für Neubauten künftig ein einheitliches Anforderungssystem, in dem Energieeffizienz und Erneuerbare Energien integriert sind. Zudem ist Strom aus erneuerbaren Energien künftig als anteilige Nutzung erneuerbarer Energien anrechenbar. Auch ist ein Mindestdeckungsanteil von 15 Prozent des Wärme- und Kältebedarfs erforderlich.

Ab 2026 wird ein Verbot von Neuinstallationen von Öl- und Kohlekesseln eingeführt. Ferner wird die Ausstellungsberechtigung für Energieausweise für Neubauten und Bestandsgebäude sowie für Wohn- und Nichtwohngebäude vereinheitlicht. Demnach dürfen Absolventen einer gewerblichen Ausbildung im Baubereich (Techniker/Handwerksmeister) künftig Energieausweise für Nichtwohngebäude ausstellen. Darüber hinaus müssen beim Verkauf oder bei umfangreichen Änderungen an

bestehenden Ein- und Zweifamilienhäusern obligatorische Energieberatungen durchgeführt werden.

„Was lange währt, wird endlich gut“, kommentierte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing den Beschluss. Denn damit neige sich nicht nur das über mehrere Jahre dauernde Gesetzgebungsverfahren zur Gebäudeenergie einem positiven Ende zu, sondern es würden endlich auch lange strittige Fragen des Ausbaus der Erneuerbaren Energien gelöst.

Gerade für die zuletzt in den Gesetzentwurf aufgenommene Aufhebung des 52-GW-PV-Deckels sei es allerhöchste Eisenbahn. Mit dem Bundestagsbeschluss werde nun auch die Debatte um bundesweite pauschale Abstandsregelungen für die Windenergie beendet. Damit würden zwei Bremsklötze für den EE-Ausbau entfernt, die in der Vergangenheit für erhebli-

che Verunsicherung in der Branche gesorgt haben. Jetzt komme es zum einen darauf an, dass die Länder mit der Regelung verantwortungsvoll umgehen und dass wir den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien zügig voranbringen.

VKU: Neue Potenziale bei der lokalen Umsetzung der Energiewende

Das Gebäudeenergiegesetz selbst enthält Regelungen, die kommunalen Unternehmen neue Möglichkeiten bei der Wärme-wende einräumen. So wird etwa im Gesetz erstmalig die Grundlage geschaffen, um Anforderungen an eine effiziente und nachhaltige Wärmeversorgung von Gebäuden in Form von Quartierslösungen zu erfüllen. Damit wird Liebing zufolge der Blick vom Einzelgebäude auf das Quartier gerichtet. Durch diesen ganzheitlichen Ansatz können neue Potenziale bei der lokalen Umsetzung der Energiewende gehoben werden. Gut sei auch, dass der Gesetzentwurf eine vernünftige Regelung zu den sogenannten Primärenergiefaktoren ent-

hält. Frühere Entwürfe sahen eine Vorschrift vor, die für den aktuell erforderlichen Ausbau der Wärmenetze äußerst problematisch gewesen wäre. „Hiervon ist die Politik richtigerweise abgerückt“, meinte Liebing.

Aus VKU-Sicht ist auch die Einführung einer anlassbezogenen, verpflichtenden Energieberatung ein richtiger Ansatz. Nur wer über den energetischen Zustand seines Hauses Bescheid weiß, könne eine sachgerechte Entscheidung über die unterschiedlichen Sanierungsansätze treffen. Ob der Ansatz, dass eine Energieberatung nur dann obligatorisch ist, wenn auch vor Ort ein kostenfreies Angebot dafür vorhanden ist, der Sache über, bleibe abzuwarten. Aus Sicht des VKU muss zeitnah evaluiert werden, inwieweit die Regelung ausreichend Anreize bietet, die ambitionierten Dekarbonierungsziele der Bundesregierung im Gebäudebereich voranzubringen.

„Es ist gut, dass das GEG nun endlich verabschiedet wurde. Im Zusammenspiel mit BEHG und der Neuordnung der Förderlandschaft setzt es die zukünftigen Leitplanken für den Wärmemarkt und ist eine wichtige Grundlage für das Erreichen der Klimaziele im Gebäudesektor“, stellte Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, fest.

Besonders erfreulich sei, dass mit dem nun möglichen Einsatz von Biomethan in Brennkesseln die Anrechenbarkeit erneuerbarer Gase im Gebäudebereich verbessert wurde. Auch im Hinblick auf Wärme aus KWK-Anlagen beinhalte das Gesetz praxisingerechte Regelungen.

Eine Chance sei jedoch vertan worden, indem der Einsatz von grünem Wasserstoff im Rahmen der Innovationsklausel nur verhalten berücksichtigt wurde. Der BDEW hatte hierfür eine umfangreichere Erweiterung der Innovationsklausel vorgeschlagen, die erste Bewertungsgrundlagen für Wasserstoff auf Basis Erneuerbarer Energien im Wärmemarkt vorsah. Anstatt der Umsetzung dieses innovativen Modellsatzes wird das Vorhaben vorerst verschoben.

Erfreulich sei, dass gemeinsam mit dem GEG laut Andreae auch die Aufhebung des Förderdeckels für die Photovoltaik gesetzlich festgeschrieben wurde. Diese sei schon lange überfällig gewesen. Für eine bessere Anrechenbarkeit von PV-Strom für Neubauten seien Vorschläge des BDEW umgesetzt worden, die mit neuen Kappungsgrenzen einen stärkeren Anreiz für den Einsatz dieser Technologien setzen.

BWP: Vertane Chance

Das Gebäudeenergiegesetz bleibt weit hinter seinem Potenzial zurück, hob Martin Sabel vom Bundesverband Wärmepumpe (BWP) hervor. So mache das GEG nun den aktuellen Effizienzhaus (EFH)-70-Standard zum europäisch geforderten Niedrigstenergiegebäude, obwohl Bauen auf einem EFH-55-Niveau spätestens durch die zwischenzeitlich beschlossene CO₂-Bepreisung längst wirtschaftlich ist.

„Das GEG ist leider eine vertane Chance. Wir brauchen höhere Anforderungen an Effizienz und Erneuerbare Energien, angesichts des entscheidenden Beitrags, den der Gebäudesektor zur Erreichung der Klimaziele leisten muss. Die Heizungsbranche steht bereit, ihren Beitrag zu leisten“, unterstrich Sabel. Wärmepumpen seien aktuell das bei Neubauten am häufigsten gewählte Heizsystem. Das neue Gebäudeenergiegesetz hätte auf diesem Erfolg weiter aufbauen müssen, auch um die Potenziale der Technologie noch besser zu nutzen. **DK**



Mit mehr als 10 Prozent Plus im Vergleich zum Vorjahr gab es den höchsten Zuwachs bei den Photovoltaik-Anlagen: Sie speisten in diesem Jahr bereits mehr als 320 Millionen kWh Strom ins LVN-Netz ein, so viel wie in keinem anderen ersten Quartal. Bild: LEW / Rainer Funck

Photovoltaik und Biomasse mit neuen Höchstwerten

LEW Verteilnetz verzeichnet Rekorderneuerung aus erneuerbaren Energien im ersten Quartal 2020

Pünktlich zum Tag der erneuerbaren Energien vermeldete LEW Verteilnetz (LVN) einen neuen Rekordwert bei der Einspeisung von Grünstrom: In den ersten drei Monaten des Jahres erzeugten alle rund 78.000 ans LVN-Netz angeschlossenen Anlagen vorläufigen Zahlen zufolge rund 1,3 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom – mehr als je zuvor zwischen Januar und März. Rein rechnerisch deckt die regenerativ erzeugte Strommenge den durchschnittlichen Bedarf von rund 2 Millionen Haushalten im selben Zeitraum.

Zur Einordnung: Im Regierungsbezirk Bayerisch-Schwaben gibt es rund 915.000 Haushalte. Das Netzgebiet von LVN umfasst weite Teile Bayerisch-Schwabens sowie Teile Oberbayerns.

Mit mehr als 10 Prozent Plus im Vergleich zum Vorjahr gab es den höchsten Zuwachs bei den rund 77.000 Photovoltaik-Anlagen in der Region: Sie speisten in diesem Jahr bereits mehr als 320 Millionen kWh Strom ins LVN-Netz ein, so viel wie in keinem anderen ersten Quartal.

Starke Wasserkraft

Neben den vielen Sonnenstunden ist auch der weitere Zubau an Anlagen ein Grund für dieses Allzeithoch. Einen Rekordwert lieferten auch die etwa 570 Biomasse-Anlagen in der Region, die in diesem Jahr schon etwa 330 Millionen kWh ins LVN-Netz einspeisten. Die in der Region traditionell sehr starke Wasserkraft leistet einen weiteren wichtigen Beitrag. Die Wasserkraftanlagen produzierten bislang rund 520 Millionen kWh – kein Rekordergebnis, aber ein Wert, der über dem des 1. Quartals 2019 liegt.

Insgesamt kommen die regenerativen, dezentralen Anlagen im LVN-Netz – also Photovoltaik-, Biomasse-, Wasserkraft- und Windkraft-Anlagen – auf eine installierte Leistung von rund 2.700 Megawatt. Das entspricht der Leistung mehrerer großer Gaskraftwerke.

Rekordwerte auch bei regionalem Stromüberschuss

An 28 Tagen zwischen Januar und März wurde mehr Strom aus erneuerbaren Energien in das LVN-Netz eingespeist, als in der Region gebraucht wurde. Der überschüssige Strom wird dann ins vorgelagerte Übertragungsnetz gespeist. Das bedeutet aber auch: An diesen 28 Tagen floss zumindest zeitweise ausschließlich regional erzeugter Strom durchs LVN-Netz – ein neuer Rekordwert für den Zeitraum. Insgesamt wurden 2020 bislang mehr als 42 Millionen kWh ins Übertragungsnetz zu-

rückgespeist, so viel wie nie zuvor im gleichen Zeitraum.

Zuverlässige Stromversorgung

„Bei den erneuerbaren Energien zählt unsere Region zu den Vorreitern. Das regionale Stromnetz, in das die Anlagen einspeisen, ist Rückgrat unserer dezentral und regenerativ ausgerichteten Energieversorgung“, erklärt LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher. „Unsere Arbeiten im Stromnetz führen wir kontinuierlich weiter – unter Einhaltung entsprechender Sicherheitsvorkehrungen. Mit einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für eine zuverlässige Stromversorgung in der Region.“

Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen laufen weiter

Im Schnitt sind auch jetzt im gesamten LVN-Netz täglich bis zu 450 Mitarbeiter von Partnerfirmen und von LVN im Einsatz. Aufgeteilt auf rund 100 Teams arbeiten sie monatlich rund 1.000 kleine und größere Bauprojekte ab. „Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen stärken die Leistungsfähigkeit des regionalen Verteilnetzes, zahlen auf die Versorgungssicherheit ein und machen das Stromnetz fit für die Energiezukunft“, so Litpher.

Weiterer Ausbau nötig

Um die klimapolitischen Ziele zu erreichen, ist ein weiterer Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien notwendig. So kann dezentral erzeugter Strom aus erneuerbaren Energien bilanziell und perspektivisch den Bedarf an elektrischer Energie in Bayern decken. Dafür muss die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien allerdings mit einer größeren Dynamik ausgebaut werden als zurzeit. Das hatte zuletzt eine gemeinsame Studie von LVN mit den Netzbetreibern Bayernwerk Netz GmbH und Main-Donau Netzgesellschaft sowie der Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V. ergeben. **□**

Energieeffizienznetzwerk Niederbayern startet

Neun Städte und Gemeinden sowie drei Landkreise haben an der Hochschule Landshut das kommunale „Energieeffizienznetzwerk Niederbayern“ gegründet. Teilnehmer sind die Städte Landshut, Dingolfing und Pfarrkirchen, die Verwaltungsgemeinschaft Ergoldsbach, die Gemeinden Loiching und Tiefenbach, die Märkte Wallersdorf, Pfeffenhausen und Essenbach sowie die Landkreise Landshut, Dingolfing und Rottal-Inn.

Die Kommunen schlossen sich zusammen, um einen breiten Erfahrungsaustausch zu Fragen der Energieeinsparung und des Klimaschutzes anzustoßen. Die Mitglieder des Netzwerks versprechen sich von ihrer Teilnahme aber auch, mehr Transparenz über den Energieverbrauch der eigenen kommunalen Liegenschaften zu erhalten, Potenziale zu identifizieren, Ziele zu definieren und wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs umzusetzen. Insgesamt werden so künftig der Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen der teilnehmenden Kommunen gesenkt.

Forschungspartner ist das Institut für Systemische Energieberatung (ISE) mit Sitz an der Hochschule Landshut, das das Projekt „Energieeffizienznetzwerk Nie-

derbayern“ initiiert und im Herbst 2019 einen Förderantrag beim Projektträger Jülich gestellt hatte. Das Bundesumweltministerium unterstützt im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative die Kommunen während der dreijährigen Netzwerkphase und beteiligt sich mit einer Förderung von 60 Prozent an den Kosten der Netzwerkarbeit und der energetischen Beratung.

Individuelle Maßnahmen

Zu Beginn der Netzwerkarbeit steht dabei eine Analyse des Energieverbrauchs ausgewählter kommunaler Liegenschaften und die Identifikation von Einsparpotenzialen durch die energetischen Berater des ISE. Auf dieser Basis werden individuelle Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs entwi-

ckelt und anschließend ein gemeinsames Netzwerkziel definiert. Dabei können die Kommunen ihre individuellen Schwerpunkte selbst festlegen. Bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Maßnahmen unterstützt das ISE durch kontinuierliche und neutrale energetische Beratung.

Prof. Dr. Petra Denk, Leiterin des ISE, freut sich über das große Interesse der Kommunen und Landkreise: „Dadurch, dass alle teilnehmenden Kommunen und Landkreise in der Region liegen, kann eine intensive Vernetzung stattfinden, die auch über die Zeit der geförderten Netzwerkphase hinaus besteht und von der alle nachhaltig profitieren können.“

Laut Hochschulpräsident Prof. Dr. Fritz Pörnbacher „verstehen wir uns als wichtiger Partner der gesamten Region in den Bereichen Bildung und Weiterbildung sowie Forschung und Entwicklung“. Das kommunale Energieeffizienznetzwerk sei ein gutes Beispiel, wie Transfer von Know-how der Hochschule in die Region und in die Gesellschaft gelinge. **DK**



Intrakommuna

Ihr digitales Netz für Verwaltung, Bürger, Unternehmen und Verbände:

- Sicherer Messenger
- Austausch- und Wissensplattform
- Interaktion und Dialog
- Direkt, schnell und präzise

Überzeugen Sie sich selbst:

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

GDK mbH | Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
08171 9307-0, info@gdk-mbh.de, www.gdk-mbh.de

Ein Unternehmen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und United Grid UG

www.gdk-mbh.de



Regionale Windkümmerer:

Konkrete Unterstützung für Kommunen bei Windprojekten

Interview mit Staatsminister Hubert Aiwanger

Herr Minister, Sie rufen aktuell Kommunen dazu auf, verstärkt Windenergieprojekte in Angriff zu nehmen. Warum liegt Ihnen das so am Herzen?

Aiwanger: Ich kenne unheimlich viele Kommunen, in denen die Themen Klimaschutz und Energiewende ganz weit oben auf der Tagesordnung stehen. Da gibt es viel Engagement und kreative Ansätze. Beim Ausbau der Photovoltaik zum Beispiel machen wir dezentralen Riesenschritt. Der Solarenergieausbau muss aber von einem noch stärkeren Ausbau der Windenergie flankiert werden. Dazu haben wir AUFWIND, die Bayerische Windenergieoffensive, ins Leben gerufen und werden Hemmnisse beim Ausbau der Windenergie systematisch abbauen.

Sie bieten den Kommunen im Rahmen von AUFWIND jetzt auch ganz konkret Unterstützung bei Windprojekten an.

Aiwanger: Ja, die Staatsregierung wird in jedem Regierungsbezirk einen regionalen Wind-

kümmerer installieren, der Kommunen bei allen Schritten hin zu ihrem Windrad begleitet. Der Bau einer Windenergiean-



Staatsminister Hubert Aiwanger. Bild: StMWI

lage stößt vor Ort ja nicht immer gleich auf Gegenliebe. Die Windkümmerer klären auf, bie-

ten neutrale Informationen und helfen so, die Akzeptanz bei dem Menschen zu erhöhen.

Wer genau sind denn die Windkümmerer?

Aiwanger: Das werden Experten sein, die Erfahrung haben in der Zusammenarbeit mit Kommunen und sich beim Thema Erneuerbare Energien und insbesondere Windenergie gut auskennen. Wir sind gerade noch dran, diese Experten als Dienstleister in unserem Auftrag zu gewinnen. Die Windkümmerer können die Kommunen dann auch ganz gezielt zum Beispiel bei der grundlegenden Anfangsphase oder sogar bei der Bauleitplanung für eine Windenergieanlage unterstützen und bei Konflikten vor Ort moderieren.

Haben Sie schon Rückmeldungen von interessierten Kommunen?

Aiwanger: Einige Kommunen haben sich bereits mit vielversprechenden Projekten beworben. Insgesamt können gut 35 Gemeinden betreut werden,

Grüne und SPD fordern Investitionsschutz

Der Landtag hat mit Mehrheit für eine Änderung der Bauordnung gestimmt, die einen Weiterbau von rund 20 Windrädern in Bayern verhindert. Bereits fertiggebaute Windräder, die aber nicht der 10-H-Regelung entsprechen, können dagegen stehen bleiben. Der Entscheidung war eine heftige Debatte vorausgegangen: SPD und Grüne werfen der Regierungsfraktion vor, Schäden in Millionenhöhe zu verursachen und forderten Investitionsschutz für die Betreiber geplanter Anlagen.

Die Staatsregierung hatte in der Vergangenheit zugesichert, Rechtssicherheit für alle Anlagen herzustellen, die vor Inkrafttreten der 10-H-Regelung genehmigt wurden. Der Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags hat jedoch bei seiner Sitzung Mitte Juni mehrheitlich abgelehnt, dass im Bau befindliche Windkraftanlagen fertiggestellt und ans Netz gehen können, wenn sie technisch verändert werden.

Mit dieser Entscheidung torpediere die Regierungsfraktion die Fertigstellung von geplanten Windrädern, kritisierte die wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Annette Karl. „Die Windenergie ist ein grundlegender Baustein zum Ausbau der erneuerbaren Energien und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Deutschland.

In den letzten drei Jahren sind in der Windkraftbranche 20.000 Arbeitsplätze weggefallen. Davon sind mehr Menschen betroffen, als in der gesamten Braunkohleindustrie in Deutschland und allen angeschlossenen Kraftwerken. Was passiert daraufhin in Bayern? Noch weniger Planungssicherheit und mögliche Schäden in Millionenhöhe für Anlagenbetreiber.“

„Verstörendes Signal“

Durch den Rückbau der geplanten Anlagen drohen Schäden in Millionenhöhe. Die Windkraftanlagen bei Wargolshausen und Wülfershausen im Landkreis Rhön-Grabfeld sind besonders betroffen. „Das Gesetz von CSU und Freien Wählern ist ungenügend. Es geht nur noch um

Anlagen, die bereits fertig gebaut sind. Das greift viel zu kurz und lässt all die Anlagenbetreiber im Stich, die sich natürlich auf die Zusagen der Staatsregierung verlassen haben“, sagte Karl.

Nach der Entscheidung im Landtag mahnte sie eine Planungs- und Rechtssicherheit für die Investoren an. Die Grünen schlossen sich der Kritik der SPD an. „CSU und Freie Wähler verletzen damit massiv den Investitionsschutz der betroffenen Bürgergenossenschaften, Kommunen und Unternehmen“, sagte der energiepolitische Sprecher der Landtags-Grünen, Martin Stümpfig. „Das ist sowohl energiepolitisch als auch wirtschaftspolitisch ein verstörendes Signal.“

Abschaffung der 10H-Regel

Aus Sicht des Grünen-Energieexperten führt an einer generellen Abschaffung der 10H-Regel kein Weg vorbei. „Die Windkraft ist das Rückgrat der Energiewende in Deutschland und letztlich auch die Basis für eine funktionierende heimische Wasserstoffwirtschaft. Nur wenn wir die Überflusressource Wind konsequent nutzen, steht am Ende auch ausreichend Strom zur Wasserstoffherstellung zur Verfügung“, betonte Stümpfig. Er forderte deshalb vom bekanntenen Wasserstoffan, FW-Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger „vollen Einsatz in der Koalition zur Beseitigung der 10H-Regel“.

In Kauf genommenes Risiko

Für die Freien Wähler räumte Rainer Ludwig ein, dass er sich auch eine andere Lösung hätte vorstellen können. Gleichzeitig verteidigte er den mit der CSU erzielten Kompromiss: Er stehe nach wie vor hinter der Windkraft, die aber bürgerverträglich sein müsse. Laut dem CSU-Politiker Alexander König verdienen die Investoren der noch nicht fertiggestellten Windräder keinen Vertrauensschutz. Die Investoren hätten das Risiko eines Scheiterns in Kauf genommen. red

Erste Bushaltestellen mit DFIS Light ausgestattet

Die VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg wird in den kommenden zwei Jahren 150 Bushaltestellen mit dynamischen Fahrgastinformationsanzeigern (DFIS) ausstatten. Für die Umsetzung dieser Maßnahme erhält die VAG Fördergelder vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Nun sind die ersten fünf Haltestellen mit den sogenannten DFIS Light ausgestattet: Zerzabelshof Mitte, Martha Maria Krankenhaus, Schoppershof, Koppenhof und Frühlingstraße. Insgesamt sollen 150 Bushaltestellen diese Anzeigen erhalten. Sie wurden anhand ihrer Einsteigerzahlen und ihrer Lage und Anbindung ausgewählt.

Kleiner und kostengünstiger

Anders als die herkömmlichen DFIS-Anzeiger, die aktuell an den Straßenbahnhaltestellen und 74 stark frequentierten reinen Bushaltestellen in Nürnberg verbaut

sind, wird DFIS Light direkt in die Haltestellenfahne integriert. Damit ist DFIS Light im Vergleich deutlich kleiner und aber auch kostengünstiger. Die DFIS Light Anzeiger verfügen dadurch zwar nur über ein zweizeiliges Display, doch gerade an weniger stark frequentierten Haltestellen, reichen diese zwei Zeilen aus, um die wichtigsten Informationen anzuzeigen. Denn genau wie bei den großen DFIS Anzeigern zeigt DFIS Light die nächsten Abfahrten in Echtzeit und kann im Störfall schnell informieren. Somit kann die VAG den steigenden Anforderungen an die Fahrgastinformation Rechnung tragen. □

bis zu fünf pro Regierungsbezirk. Wir haben noch Plätze frei. Die Bewerbung funktioniert ganz unkompliziert. Einfach auf der Homepage www.aufwind.bayern.de das Bewerbungsformular ausfüllen und an das Bayerische Wirtschaftsministerium schicken.

Welche Voraussetzungen müssen die Kommunen eigentlich erfüllen?

Aiwanger: Ganz einfach: Sie müssen Lust auf Windenergie haben. Wir unterstützen auch Kommunen, die zwar noch kein konkretes Projekt haben, aber den Willen, ihren Beitrag zur Energiewende zu leisten. Das ist wichtig, da die Kommunen den Windkümmerer natürlich tatkräftig unterstützen müssen.

Neben den Windkümmerern kümmert sich die AUFWIND Offensive um viele weitere Themen.

Aiwanger: Richtig. Den Ausbau der Windenergie müssen wir mit einem ganzen Maßnahmenbündel anschieben. Wir arbeiten intensiv an verschiedenen Stellschrauben, zum Teil müssen wir dazu auch immer wieder an die Bundesregierung herantreten. Ich will zum Beispiel einen Regionalisierungsbonus für Windenergieanlagen bei der EEG-Förderung. Zudem sollen Kommunen in Zukunft unkompliziert direkt finanziell von Windrädern auf ihrem Gebiet profitieren.

In Bayern haben wir Verbesserungen beim Windenergie-Erlass angestoßen. Da beschäftigen wir uns vor allem damit, die Anforderungen an den Artenschutz rechtssicherer zu gestalten. Ich bin zuversichtlich, dass all diese Bausteine dazu beitragen werden, dass in Bayern zeitnah wieder vermehrt Windenergieprojekte initiiert werden. □

Ja zu einer klimafreundlichen Energiezukunft

PV-Anlagen auf Dächern der städtischen Wohnungsbaugesellschaften in München

Mit dem Beschluss des Planungsausschusses werden die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG zusammen mit den SWM und anderen PV-Betreibern die ersten Projekte für Mieterstrom und M-Solar Sonnenbausteine oder alternative Bürgerinnen und Bürgerstromprodukte umsetzen. Geeignete Dachflächen der GWG und GEWOFAG werden an die SWM und andere PV-Betreiber für die Errichtung von Photovoltaikanlagen verpachtet. Im Vordergrund steht der finanzielle Mehrwert für die Bewohnerinnen und Bewohner der jeweiligen Gebäude.

Die M-Solar Sonnenbausteine oder andere Mieterinnen und Mieter sowie Bürgerinnen und Bürgersolarprodukte sollen vorrangig Mieterinnen und Mietern der jeweiligen Gebäude erworben werden. Konkrete Maßnahmen für die Nachrüstung der Bestandsgebäude mit dem Ziel der Zubauraten in Höhe von etwa 10 % p.a. werden schon dieses Jahr umgesetzt.

Positives Signal für den Energiestandort München

Aus Sicht des Fraktionsvorsitzenden der CSU-Fraktion, Stadtrat Manuel Pretzl, „ist die Entscheidung des Planungsausschusses ein äußerst positives Signal für den Energiestandort München. Die CSU-Stadtratsfraktion sieht die Kooperation der GWG und GEWOFAG mit den SWM und anderen PV-Betreibern als einen wichtigen und notwendigen Schritt in eine klimafreundliche Energiezukunft. Die Beteiligung der Mieterinnen und Mieter der jeweiligen Gebäude ist der richtige zukunftsorientierte Beitrag, um den An-

teil an Ökostrom im Energiemix für München und die Region nachhaltig zu erhöhen. München ist laut einer Studie die Stadt in Deutschland mit den meisten Sonnenstunden. Die Möglichkeiten für Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern müssen innovativ genutzt werden. Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein sind uns sehr wichtig. Wir wollen den Klimaschutz in München unideologisch und effizient voranbringen.“

„Ich freue mich über die Partnerschaft der GWG, GEWOFAG mit den SWM und anderen PV-Betreibern zum Ausbau von Photovoltaikanlagen“, betonte der umweltpolitische Sprecher der CSU-Fraktion, Stadtrat Sebastian Schall. „Es ist die richtige und richtungsweisende Nutzung der Sonne. Mit den M-Solar Sonnenbausteinen oder anderen Mieterinnen und Mietern sowie Bürgerinnen und Bürgersolarprodukten entscheiden wir uns impulsgebend für ein nachhaltiges München. Mit jedem installierten Sonnenbaustein erhöht sich der Anteil an Ökostrom im Energiemix für München und die Region.“ □

Leonie hat jetzt eine Tankstelle in ihrer Garage.

Wir machen Menschen e-mobil. Mit unseren Ladestationen wird Stromtanken einfach. Ob daheim oder für Kommunen: Wir bieten die passende Lösung und bauen so die E-Mobilität in Bayern immer weiter aus.

Energie, die Bayern weiterbringt. Bayernwerk.

Mehr unter bayernwerk.de

bayernwerk

Berliner Energietage 2020:

Digitaler Sommer der Energiewende

Die Berliner Energietage, mit Abstand größte Tagungsveranstaltung im Energie- und Klimabereich im deutschsprachigen Raum, fand heuer digital statt. Nach dem zwangsläufigen Verzicht auf die Durchführung der Energietage als Präsenzveranstaltung wurden diese nun in den digitalen Sommer der Energiewende umgestaltet. Das Ergebnis war ein umfassendes Programm, bestehend aus rund 50 Veranstaltungen – von Vortragsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen über Speakers Corner und interaktiven Workshops bis hin zu Virtual Reality-Events.

Diskutiert wurden aktuelle politische Weichenstellungen, technische Formate und vielfältige Praxisaspekte. Zu den renommierten Mitveranstaltern zählten verschiedene Bundesministerien, Akteure der Energie- und Wohnungswirtschaft und Wissenschaftseinrichtungen. Rund 300 Referentinnen und Referenten stellten ihre Expertise zur Verfügung und bildeten so das gesamte Kompetenz- und Meinungsspektrum

im Energie- und Klimaschutzbereich in Deutschland ab. Ergänzt wurde das Programm durch die Ausstellung Energie-Impulse, auf der sich fachkundige Aussteller mit innovativen Dienstleistungen präsentierten.

Energieeffizienz-Netzwerke

Ein Top-Thema auf den Berliner Energietagen waren erneut die Energieeffizienz-Netzwerke. Im

Fokus standen aktuelle Entwicklungen der Energieeffizienz-Netzwerke in Deutschland, ihre bisherigen Ergebnisse und ein kurzer Blick ins Ausland, sowie zukünftige Chancen und Herausforderungen bei der Netzwerkarbeit. Der Block „Klimaschutz-Netzwerke“ vertiefte die Integration erneuerbarer Energien und weitere Klimaschutzthemen in die Energieeffizienz-Netzwerke. Außerdem berichteten teilnehmende Unternehmen über Erfolge und Erfahrungen aus der Praxis. Den Abschluss bildete eine Diskussion zu neuen Formaten des Erfahrungsaustausches und der gegenseitigen Motivation in Netzwerken.

Ausbau grüner Fernwärme

Auf der gemeinsamen Veranstaltung „Chancen nutzen: Der Ausbau grüner Fernwärme als Impuls für Klimaschutz zu Wirtschaft“ des Bundesverbands Erneuerbare Energie e.V. (BEE) und des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) wurde gezeigt, dass grüne Wärmenetze einen wesentlichen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele im Wärmebereich leisten und wirtschaftlichen Aufschwung über verschiedene Branchen hinweg stimulieren können.

Als wissenschaftlicher Impulsgeber nahm Dr. Ulrike Lehr von der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung mbH zunächst einen Überblick über die gesamtwirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie vor. Dabei wurde u.a. das Ausmaß der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie quantifiziert und die Möglichkeit einer Green Recovery diskutiert. Konkret wurde es im Anschluss, als Transformationsvor-

haben der ESWE Versorgungs AG und der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH vorgestellt wurden.

Im Zentrum der Veranstaltung stand eine Podiumsdiskussion, an der MdB Klaus Mindrup, Thorsten Herdan, Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium, BEE-Geschäftsführer Wolfram Axthelm und Michael Wübbels, stellvertretender VKU-Hauptgeschäftsführer, teilnahmen.

„Die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie sowie auch die weiterhin bestehende Notwendigkeit, Treibhausgasemissionen drastisch zu senken, zeigt deutlich, dass Wirtschaftspolitik und Klimaschutz zunehmend zusammen gedacht werden muss“, stellte Mindrup fest. Nach Ansicht von Herdan erfüllen Wärmenetze diese Anforderung: „Die Bundesregierung hat frühzeitig erkannt, dass die Umstellung der Fernwärme auf Erneuerbare Energien und Abwärme wichtige konjunkturelle Impulse setzen kann. Nun gilt es, die politisch beschlossenen Maßnahmen beherzt umzusetzen und passende Rahmenbedingungen für die Umstellung zu schaffen.“

Neue Marktperspektiven

BEE-Geschäftsführer Wolfram Axthelm hob indes die industriellen und strukturpolitischen Stärken der großtechnischen Erneuerbaren Wärme hervor: „Der Zubau von Großwärmepumpen, großen Solarkollektoren, Tiefengeothermie-Anlagen und Holz- bzw. Biogasanlagen muss vervielfacht werden, damit die Emissionslast der Netze auch tatsächlich sinkt. Klar ist, dass sich dadurch neue Marktperspektiven z. B. für die Technologiehersteller und Anlagenbauer bieten. Damit werden wiederum hochqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen.“

„Wir müssen die Maßnahmen zur Stärkung unserer Wirtschaft mit einer nachhaltigen Modernisierung unserer Volkswirtschaft und unserer Infrastrukturen zusammenbringen. Dazu eignet sich besonders der Aus- und Umbau der Wärmenetze“, unterstrich VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing in seinem Grußwort. Die Stadtwerke werden in den kommenden Jahren in diesem Bereich Milliarden investieren, so Liebing. Dies stärke die lokale Wertschöpfung, den Klimaschutz vor Ort und die kommunalen Haushalte. Dazu brauche es jedoch die richtigen Investitionsanreize, etwa durch eine bessere KWK- und Wärmenetzförderung, einen angemessenen Kohleersatzbonus oder gute Rahmenbedingungen für den Einsatz von Wasserstoff in der Wärmerversorgung. **DK**

lag die Federführung des komplexen Projekts: „Die Kunst war es, ganz unterschiedliche Fragestellungen gemeinsam anzugehen. Unsere Verkehrsplanung hat mit diesem Projekt einen neuen Grad der Verzahnung mit externen Partnern erreicht, von den Synergien profitieren alle“, ordnet Baureferent Benjamin Schneider die Innovationen ein.

Umsetzung im Innenstadtbereich

In der Broschüre der Projektpartner Stadt, WVV, Siemens Mobility GmbH, VMZ Berlin und IVU Umwelt GmbH Freiburg klingt das Vorhaben noch immer wie Science Fiction, doch den ersten Schritt wird man nun gehen: „Das System wird zunächst im Bereich der Würzburger Innenstadt umgesetzt. Hier werden gegenwärtig die NO₂-Jahresmittelwerte an elf Straßenabschnitten überschritten. Von diesen Grenzwertüberschreitungen sind ca. 2.000 Einwohner direkt betroffen.“

Steigt die stündliche NO₂-Konzentration in den betroffenen Straßenabschnitten über den Schwellenwert von 60 µg/m³, wird durch die netzadaptive Ampel-Steuerung eine Drosselung der Verkehrsmenge an den Lichtsignalanlagen zur Reduzierung der Luftschadstoffbelastung eingeleitet. Ziel dabei ist es, die Belastungsspitzen zu reduzieren und damit den Jahresmittelwert für NO₂ von 40 µg/m³ dauerhaft einzuhalten. Der Schwellenwert wurde auf der Grundlage umfangreicher Mo-



V.l.: Josef Niedermaier (Landrat Bad Tölz-Wolfratshausen), Frank Gärtner (Geschäftsführer Firma Remondis), Martin Bachhuber (Mdl), Tobias Heinemann (Vorsitzender Geschäftsführung Transdev), Alexander Radwan (MdB), Bärbel Fuchs (Geschäftsführerin BEG), Olaf von Löwis (Landrat Miesbach), Ilse Aigner (Landtagspräsidentin), Kerstin Schreyer (Verkehrsministerin), Fabian Amini (Geschäftsführer Bayerische Oberlandbahn). Bild: STM/B

Neue Züge für die Bayerische Oberlandbahn

Erste Neufahrzeuge verkehren seit 14. Juni 2020
Ab Dezember 2020 zusätzliche Kapazitäten und mehr Verbindungen

Eine neue Fahrzeugflotte verbessert seit Mitte Juni 2020 den Zugverkehr im Bayerischen Oberland. Bayerns Verkehrsministerin Kerstin Schreyer hat am Bahnhof in Holzkirchen gemeinsam mit Landtagspräsidentin Ilse Aigner, den Geschäftsführern der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG), der Transdev sowie der Bayerischen Oberlandbahn GmbH offiziell das Startsignal für den Flottentausch gegeben.

„Die neuen, moderneren Fahrzeuge bringen einen echten Mehrwert“, betonte die Ministerin. „Weniger Zugaussfälle, mehr Pünktlichkeit, längere Züge und zusätzliche Verbindungen – das sind gute Nachrichten für alle Fahrgäste auf den Strecken von München nach Lenggries, Tegernsee und Bayrischzell.“ Landtagspräsidentin Ilse Aigner unterstrich: „Der Flottentausch ist ein wichtiger Schritt hin zu einer zeitgemäßen Mobilität im Oberland. Wir können damit die Zeit bis zur vollständigen Elektrifizierung der Strecken bestmöglich überbrücken.“

31 Neufahrzeuge

Zum kleinen Fahrplanwechsel am 14. Juni 2020 starteten die ersten neun Neufahrzeuge. Bis Ende August kommen weitere 16 hinzu. Zum großen Fahrplanwechsel am 13. Dezember 2020 soll schließlich die komplette Flotte mit insgesamt 31 Neufahrzeugen im Einsatz sein. Die neuen Züge vom Typ „LINT“, die künftig unter der Dachmarke BRB im Oberland verkehren, sind europaweit bereits seit Jahren im Einsatz und sehr zuverlässig sowie deutlich leiser als die bisherige Flotte. Trotz Dieselantriebs stoßen sie deutlich weniger Schadstoffe aus als bisher. Außerdem lassen sie sich beliebig miteinander koppeln, wodurch sie je nach Bedarf verlängert werden können.

Ausbau des Fahrplanangebots

Sechs zusätzliche, vom Freistaat finanzierte Züge ermöglichen es zudem, die Betriebsstabilität zu erhöhen sowie zusätzliche Kapazitäten und weitere Verbindungen bereitzustellen: „Ab Dezember 2020 bauen wir das Fahrplanangebot aus“, so Ministerin Schreyer. „Im Berufsverkehr an Werktagen wird der Halbstundentakt am frühen Vormittag und am Abend ausgeweitet.“ Bärbel Fuchs, Sprecherin der Geschäftsführung der BEG, die den Regional- und S-Bahn-Verkehr in Bayern im Auftrag des Freistaats plant, finanziert und kontrolliert, ergänzte: „Auch im Ausflugsver-

kehr am Wochenende wird es im gesamten Netz mehr Sitzplätze geben und auf den Strecken nach Tegernsee und Lenggries wird künftig ganztags weitestgehend ein Halbstundentakt gefahren. Mit der künftig einheitlichen und erweiterten Fahrzeugflotte können wir das Nahverkehrsangebot kontinuierlich weiterentwickeln.“

Tobias Heinemann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Transdev GmbH, betonte, dass der Austausch der Bestandsflotte auf Kosten des Unternehmens erfolgt: „Das ist eine bislang in Bayern einmalige Sache. Es ist uns ein besonderes Anliegen, damit unseren Anspruch als Qualitätsanbieter im Schienenpersonennahverkehr zu unterstreichen.“

Neues Mobilitätserebnis

Fabian Amini, Geschäftsführer der Bayerischen Oberlandbahn GmbH, verspricht zudem ein neues Mobilitätserebnis: „Ich freue mich natürlich vor allem für unsere Fahrgäste, für die wir nun endlich wieder mit attraktivem Fahrkomfort in unserer Heimatregion unterwegs sein können. Unsere neuen Züge bieten modernste Fahrgastinformationssysteme, Gratis-WLAN, Steckdosen in jeder Sitzgruppe und natürlich leistungsstarke Klimaanlage für angenehmes Reisen zu jeder Jahreszeit.“

Der Flottentausch ist Teil eines zukunftsorientierten Gesamtkonzepts und macht schnell spürbare Verbesserungen möglich. In den kommenden Jahren werden weitere Maßnahmen umgesetzt, um die Schieneninfrastruktur im Oberland Schritt für Schritt zu verbessern. Unter anderem wird teils veraltete Signal- und Stellwerkstechnik modernisiert und mehrere Bahnübergänge werden erneuert. Schließlich ist es das Ziel, das Oberlandnetz bis Ende dieses Jahrzehnts vollständig zu elektrifizieren und langfristig den 30-Minuten-Takt zu ermöglichen.

Weitere Informationen zum Flottentausch im Oberland auch unter www.mehr-zugfuers-oberland.de



Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Klimabürgermeister Martin Heilig, WVV-Vorstand Robert Konrad, Baureferent Benjamin Schneider, WVV-Geschäftsführer Thomas Schäfer, Annette Messerer (Fachabteilung Tiefbau) und Volker Griebmann (Siemens Mobility GmbH) starten den Mobilitätsmonitor am Würzburger Hauptbahnhof. Bild: Georg Wagenbrenner

Multimodaler Mobilitätsmonitor:

Smarte Anzeige mit Sauber-Mobil-Daten am Hauptbahnhof

Dieses Projekt bringt die Ziele von „Sauber Mobil“ und „Smart City“ intelligent zusammen. Am Hauptbahnhof Würzburg kann man künftig bequem im Vorbeigehen am neuen Mobilitätsmonitor übersichtlich aufbereitete Daten checken, die über aktuelle ÖPNV-Verbindungen, Baustellen, Staus oder Serviceangebote im Bereich der Mobilität informieren. Unweit der Zug-, Bus- und Straßenbahnterminals gibt es nun also einen Berater in Form einer Stele mit zwei großen Displays. Hier findet man gute Tipps für die Planung des weiteren Wegs in die Innenstadt, die Stadtteile sowie das Umland.

Wann fährt der nächste Bus? Wo finde ich ein Leihrad? Gibt es auf meiner Strecke Staus? Droht vielleicht Glatteis? Auf all diese Fragen gibt es Antworten und dennoch sind die beiden Menüs der smarten Anzeige in Litfaßsäulen-Größe nicht überfrachtet.

Mobilitätsangebote in Echtzeit

Bei einem Ortstermin am Hauptbahnhof dankte Oberbürgermeister Christian Schuchardt den Projektpartnern, die diese Innovation gemeinsam an den Start gebracht haben: „Im Smartphone-Zeitalter bietet dieses Display auf einen Blick ohne App-Aufruf am Smartphone Informationen zu Mobilitätsangeboten in Echtzeit. Direkt an der wichtigen Verkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof ist dieser Service augenfällig und damit goldrichtig platziert.“

Klimabürgermeister Martin Heilig würdigte den neuen Service: „Um eine nachhaltige Verkehrswende voranzutreiben, müssen die Menschen mitgenommen und über die Möglichkeiten informiert werden. Daher ist es besonders wichtig, aktuelle und zuverlässige Informationen zu Verkehrsgeschehen und Mobilitätsalternativen einer breiten Öff-

entlichkeit zur Verfügung zu stellen. Der Mobilitätsmonitor direkt am Hauptbahnhof ist hier ein wesentlicher Baustein.“

Beim Mobilitätsmonitor handelt es sich um ein Teilprojekt des Umweltorientierten Verkehrs- und Mobilitätsmanagements (UVM). Am Hauptbahnhof werden Daten speziell für Fußgänger aufbereitet. Der Ansatz UVM wird final aber noch viel mehr leisten. So sollen auch Verkehrstafeln, eine multimodale Routing-App oder ein Onlineportal entstehen. Sich über geeignete Routen oder das passende Fortbewegungsmittel zu informieren, wird immer bequemer ob nun zu Hause, auf der Arbeit oder von unterwegs.

Big-Data-Wissen

Es geht aber nicht nur darum, Live-Verkehrsdaten oder Messwerte der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Mit diesem Big-Data-Wissen wird man auch direkt an Verbesserungen der Lebensqualität arbeiten und lenkend in den Verkehr eingreifen. Beispielsweise um die NO₂-Belastung in besonders betroffenen Straßenzügen einzudämmen.

In der Fachabteilung Tiefbau

Digitale VDV-Jahrestagung 2020:

Energiewende mit Leben füllen

Zur ersten VDV-Jahrestagung im rein digitalen Gewand begrüßten Ulf Middelberg und Ronald Juhrs, Geschäftsführung der Leipziger Verkehrsbetriebe, die Konferenzteilnehmer. In der Messestadt Leipzig war geplant, über die Ausgestaltung der Verkehrswende zu sprechen, darüber, wie die hart erkämpften Bundes- und Landesmittel zum Erreichen der Klimaschutzziele investiert werden können. Auf der Agenda standen zahlreiche Fachthemen. Geplant ist nun, den persönlichen Austausch in Leipzig auf der Jahrestagung 2023 nachzuholen.

Immerhin standen im Rahmen einer Online-Presskonferenz VDV-Präsident Ingo Wortmann und VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff zu aktuellen Themen als Gesprächspartner bereit. Eine erste Zwischenbilanz zu den coronabedingten Folgen bei Bus und Bahn zog VDV-Präsident Ingo Wortmann. Nach seinen Ausführungen „hat uns diese Krise aus dem Nichts und mit voller Wucht getroffen. Der öffentliche Verkehr war bis März seit Jahren auf Rekordniveau unterwegs, egal ob bei den Fahrgastzahlen, bei den Einnahmen oder bei den Transportmengen der Güterbahnen. Die Corona-Pandemie hat dieses Wachstum von heute auf morgen ausgebremst. Wir werden alles daran setzen, damit das nicht dauerhaft so bleibt. Denn wir brauchen einen leistungsstarken und wirtschaftlich gesunden öffentlichen Verkehr in Deutschland, um die nach wie vor zentralen Ziele beim Klimaschutz und der Verkehrswende sowie mit Blick auf die Daseinsvorsorge zu erreichen. Wir müssen bald wieder zur Normalität zurückfinden.“

Vertrauen stärken

Die Branche, so Wortmann, wolle so schnell wie möglich wieder an die Erfolge und an das Wachstum in der Zeit vor Corona anknüpfen. Dazu hätten die Unternehmen bereits zahlreiche Maßnahmen in die Wege geleitet, um Kunden zurückzugewinnen und das Vertrauen in einen sicheren öffentlichen Personenverkehr zu stärken: „Wir haben unsere Hygienestandards und Reinigungsintervalle weiter erhöht. Wir informieren die Fahrgäste, dass es in Bussen und Bahnen, wenn man sich entsprechend der Vorgaben verhält, genauso sicher ist wie überall. Und wir fahren bereits seit Wochen wieder das komplette Angebot, obwohl wir durchschnittlich nur etwa die Hälfte der Normalnachfrage haben.“

„Das alles, da ist sich die Branche einig, ist notwendig, um Kundinnen und Kunden nachhaltig wieder für den ÖPNV zu gewinnen“, fuhr der Präsi-

dent fort. Während viele Abonnenten dem ÖPNV auch in dieser Zeit die Treue hielten, seien vor allem die Gelegenheitskunden und natürlich Touristen nicht mehr da bzw. auf andere Verkehrsmittel ausgewichen. Zusätzlich belasteten nach wie vor die hohen Fahrgeldverluste die weiteren Planungen der Verkehrsunternehmen.

Deutlich geringere Einnahmen

Bereits kurz nach dem Lockdown hatte der VDV in enger Abstimmung mit seinen Mitgliedsunternehmen und weiteren Verbänden der Branche ermittelt, wie sich die Einbrüche bei den Fahrgeldeinnahmen bis Jahresende auswirken würden. In zwei Szenarien, je nachdem wie lange und umfangreich die Ausgangsbeschränkungen andauerten, kamen dabei Verluste in Höhe von fünf bis sieben Milliarden Euro heraus.

„Der Lockdown dauerte zum Glück nicht so lange wie im zweiten Szenario angenommen. Aber dennoch werden wir bis Jahresende rund fünf Milliarden Euro an Fahrgeldeinnahmen verlieren. Denn wir sind auch während der Ausgangsbeschränkungen im Schnitt zu 80 % das reguläre Angebot gefahren. Und das bei damals im Schnitt nur rund 20 % des sonst üblichen Fahrgastaufkommens“, betonte Wortmann. Inzwischen sei man zwar wieder bei durchschnittlich 40 bis 50 % der Fahrgäste, „aber die Menschen kommen nur langsam zurück in die Busse und Bahnen. Das heißt, die Einnahmen sind weiterhin deutlich geringer als kalkuliert, während die Kosten für das volle Angebot unvermindert anfallen“, erklärte der VDV-Präsident.

ÖPNV-Rettungsschirm

Dieses umfangreiche Angebot trotz mangelnder Nachfrage sei auch mit Blick auf Abstände in den Fahrzeugen nötig und politisch gewünscht, aus Sicht des VDV und seiner Mitgliedsunternehmen aber dauerhaft nicht unternehmerisch finanzierbar.

„Wir werden aus wirtschaftlicher Notwendigkeit irgend-

wann Angebote einschränken müssen, wenn die angekündigten Gelder aus dem ÖPNV-Rettungsschirm nicht passgenau fließen. Es darf nicht passieren, dass wir Verkehre zurückfahren müssen, weil wir es uns nicht mehr leisten können, während ansonsten das gesamte Land wieder zum Alltag zurückkehrt und die Menschen wieder mobil werden“, machte Wortmann deutlich. Der VDV hatte daher den jüngsten Beschluss der Konferenz der Verkehrsminister zur finanziellen Beteiligung der Länder am ÖPNV-Rettungsschirm ausdrücklich begrüßt, aber zugleich auch eine schnelle Umsetzung und ausreichende Flankierung durch die Länder gefordert. Der Bund hatte bereits Anfang Juni seinerseits eine Beteiligung von 2,5 Milliarden Euro am Rettungsschirm beschlossen.

Auch der Schienengüterverkehr hat mit den Folgen der Corona-Pandemie zu kämpfen. Nach Berechnungen des VDV ist die coronabedingte Erlöseinbuße der Güterbahnen auf rund 900 Millionen Euro zu beziffern. Der Verband fordert auch hier schnelle Lösungen. Vor allem für die zahlreichen nichtbundes-eigenen Unternehmen, die im Schienengüterverkehr tätig sind, geht es zum Teil um existenzielle Fragen.

Leistungsfähiger Schienengüterverkehr

„Der Schienengüterverkehr hat gerade in der Krise, als die LKWs wegen der Grenzschließungen stillstanden, seine Leistungsfähigkeit für die Versorgung der Wirtschaft und der Bevölkerung bewiesen. Dennoch gab es durch den Auftragseinkbruch der Großkunden aus der Stahl- und Automobilindustrie auch wesentliche finanzielle Einbußen. Die Kosten konnten nicht in gleichem Maße reduziert werden und es gab sogar krisenbedingte Mehraufwendungen durch Abstellungen und Zwischenlagerungen oder Stornierungsentgelte. Diese Kosten müssen kurzfristig und unbürokratisch aufgefangen werden, damit der Schienengüterverkehr auch nach der Krise wieder wachsen kann. Mit Blick auf effiziente und klimafreundliche Transportketten brauchen wir in Deutschland vor allem eine starke Schiene“, unterstrich Wortmann.

Im Konjunkturpaket der Bundesregierung seien zwar einige Maßnahmen beschlossen wor-

den, die mittelbar auch die Güterbahnen entlasten, allerdings wurden bislang keine spezifischen Hilfen für den Verlustausgleich des Schienengüterverkehrs beschlossen. „Dazu werden wir weiter mit Bund und Ländern intensiv verhandeln. Ein Stabilitätsfonds wäre zum Beispiel ein mögliches Instrument, um die finanziellen Verluste während und nach der Krise abzumildern“, stellte Wortmann abschließend fest.

Gemeinsame Datenplattform

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Güterbahnen gegenüber der wachsenden intermodalen Konkurrenz zu stärken, soll eine gemeinsame Datenplattform – Rail Freight Data Hub – auf den Weg gebracht werden, teilte VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff mit. Der Güterverkehr auf der Schiene ist seinen Worten zufolge prädestiniert für mehr Standardisierung und Digitalisierung.

Gegenwärtig schöpfe die Branche ihr Potenzial nicht aus und der Stand der Technik sei heterogen: „Manche Unternehmen haben ihre Prozesse digitalisiert und maschinenlesbar gestaltet, andere arbeiten mit manuellen Verfahren. In anderen Wirtschaftsbereichen ist das Nachverfolgen von Sendungen und eine verlässliche Ankunftsprognose Standard. Unser Ziel ist es, die Dienstleistungsqualität zu erhöhen, Prozesse zu beschleunigen und die Fehlerquote zu minimieren.“

Die Plattform werde von Unternehmen getragen und soll branchenweit genutzt werden können. Der VDV sei nun mit den Mitgliedsunternehmen des Schienengüterverkehrs dabei, die Voraussetzungen zu schaffen, um in der nächsten Phase eine Gesellschaft zu gründen, die diese Aufgabe vorantreibt. **DK**

Masterplan Schienenverkehr für Deutschland

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, der Bahn-Beauftragte der Bundesregierung, Enak Ferlemann, sowie Vertreter der Bahnwirtschaft haben einen Schienepakt zur Stärkung des Bahnsektors unterzeichnet und einen Masterplan für den Schienenverkehr in Deutschland vorgestellt. Die Fahrgastzahlen sollen bis 2030 verdoppelt und der Anteil des Schienengüterverkehrs am Modal Split auf 25 Prozent erhöht werden.

Mit dem Schienepakt wird ein Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Zu Beginn der Legislaturperiode wurde hierfür das „Zukunftsbündnis Schiene“ gestartet. Der Schienepakt ist ein klares gemeinsames Bekenntnis der gesamten Branche zu einer dauerhaft starken Schiene. Fahrgäste, Eisenbahnunternehmen, Industrie, Beschäftigte und Umwelt sollen davon profitieren. Ziel ist es, den Bahnverkehr leistungsstärker, zuverlässiger und klimaschonender zu machen.

Deutschlandtakt

„Mit dem Masterplan Schienenverkehr wollen wir die Bahn pünktlicher machen“, betonte Bundesverkehrsminister Scheuer. Eines der Kernelemente, um die Schiene zuverlässiger und leistungsfähiger zu machen, ist die Einführung des Deutschlandtakts. Er soll eine optimale Anbindung von Städten und Regionen gewährleisten. Dabei ist laut Scheuer völlig klar, „dass wir nicht nur die Anschlüsse für den Personenverkehr optimieren, sondern den Güterverkehr in alle Überlegungen gleichberechtigt miteinbeziehen; vor allem auch den wachsenden Bedarf an Trassen, wenn die Transportmengen wieder steigen“.

Des Weiteren werden Kapazitäten ausgebaut, um die Bahn zuverlässiger zu machen. Die zuletzt

stetig gestiegenen Investitionsmittel sollen dauerhaft auf hohem Niveau gesichert werden. Zudem wird Scheuer zufolge die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene gestärkt, um sie flexibler zu machen. Denn nur so könne es gelingen, mehr Verkehr auf die Schiene zu verlagern.

Darüber hinaus sollen die Lärm- und Klimaemissionen gesenkt werden, um die Schiene nachhaltiger zu machen. „Damit erhöhen wir zugleich die Akzeptanz der Bürger, die an den Schienenstrecken wohnen“, unterstrich der Minister. Auch werden Digitalisierung und Forschung gefördert, um die Schiene innovativer zu machen. „Außerdem unterstützen wir die Suche nach Fachkräften, um die Bahn zukunftssicher zu machen“, hob Scheuer hervor.

Der Branchenverband VDV begrüßt die „Ergebnisse einer der größten Eisenbahninitiativen seit der Bahnreform“. Wie Präsident Ingo Wortmann darlegte, „gilt es nun, die zentralen Ergebnisse des Masterplans, allen voran den Deutschlandtakt, schnell und konsequent schrittweise umzusetzen. Denn die Eisenbahn wird zurecht als das Verkehrsmittel des 21. Jahrhunderts angesehen. Damit sie diese Aufgabe erfüllen kann, liegt aber noch viel Arbeit vor uns, die wir nun zügig bewältigen müssen.“ **DK**

Ganz Bayern in einer Stunde

TV BAYERN

LIVE

samstags 17:45 Uhr auf RTL

& sonntags auf allen 14 bayerischen Regional-TV-Sendern

www.tvbayernlive.de



Empfangbar im Kabel, über Magenta TV & via Satellit auf RTL Bayern

Internationaler Carsharing Award:

München ist zweiter Sieger

Die Stadt München hat beim Carsharing Award der International Carsharing Association, dem weltweiten Verband für Carsharing-Organisationen, den zweiten Platz erreicht. Nur Mailand konnte sich in dem Wettbewerb vor München platzieren.

Der von einer internationalen Jury vergebene Preis bewertet die Carsharing-Maßnahmen von 27 teilnehmenden Städten. Laut Kreisverwaltungsreferent Dr. Thomas Böhle beweist diese Auszeichnung, „dass wir auf dem richtigen Weg sind. Carsharing und Shared Mobility spielen in München eine große Rolle und sind ein wichtiges Element in Richtung Verkehrswende, weil Bürgerinnen und Bürger so auch ohne eigenes Auto in München unterwegs sein können.“

Carsharing wird in München schon seit 1992 angeboten und hat in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung und Beliebtheit gewonnen. Der Münchner Stadtrat fördert diese Angebote aktiv. So wurde mit

dem im Juli 2019 verabschiedeten Shared Mobility Grundsatzbeschluss die Forderung nach einer gesamtstädtischen und angebotsübergreifenden Strategie unterstrichen. Damit jeder das passende Verkehrsmittel für sich wählen kann, um den unterschiedlichen Mobilitätsansprüchen für Familie, Beruf, Alltag und Freizeit am besten zu begegnen.

Flächendeckendes Angebot auch außerhalb der Kernstadt

Als nächster Schritt ist angestrebt, das Angebot flächendeckend auch außerhalb der Kernstadt in einem Netz aus Mobilitätsstationen bereitzustellen. In

München ist rund jeder Vierte bei einem Carsharing Unternehmen angemeldet. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass ein Carsharing-Fahrzeug bis zu 18 private PKW ersetzen kann. So lässt sich nicht nur das Verkehrsaufkommen, sondern auch die Zahl der im öffentlichen Raum geparkten, aber nur selten genutzten, Fahrzeuge reduzieren.

Volle Mobilität genießen

Shared Mobility bietet zusammen mit dem Öffentlichen Verkehr die Möglichkeit, ohne eigenes Auto zu leben und dennoch volle Mobilität zu genießen. Shared Mobility bedeutet dabei nicht Verzicht, es erweitert vielmehr die individuellen Möglichkeiten.

Weitere Informationen im Internet unter www.muenchen.unterwegs.de **DK**

Urban Gardening:

Demogarten in Schweinfurt eröffnet

Urban Gardening Demonstrationsgärten entstehen derzeit in jedem bayerischen Regierungsbezirk. Nach dem Motto „Lust auf Gemüse in der Stadt“ wird in dem vom Bayerischen Landwirtschaftsministerium geförderten Projekt gezeigt, mit welchen Methoden der Anbau von Gemüse und Kräutern auch im städtischen Bereich mit einfachen Mitteln gelingt. Neben dem bestehenden Demogarten in Mittelfranken (Fürth), wurde nun am Olympia-Morata-Gymnasium in Schweinfurt der zweite Schauergarten für Unterfranken eröffnet.

Den Standort in Schweinfurt hat die Bayerische Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG) ganz gezielt ausgewählt: Vor allem Schüler und Studenten aus den angrenzenden Gymnasien und der Fachhochschule sollen auf das Stadtgärtner aufmerksam werden. Außerdem können sich auf der öffentlich zugänglichen Fläche Besucher und Passanten jederzeit über die verschiedenen Anbaumethoden informieren und Inspirationen für den eigenen Garten oder Balkon holen.

Auf kleiner Fläche nachhaltig produzieren

Gezeigt wird, wie man auf kleiner Fläche nachhaltig und ressourcenschonend produzie-

ren kann. Der Demonstrationsgarten Schweinfurt bietet die Möglichkeit, sich über die Themen mobiles Gärtnern, Hochbeet, vertikales Gärtnern und Hydroponik zu informieren. Eine Blühfläche und Nistplätze für Vögel, Igel und Insekten fördern die Biodiversität. Zu sehen ist auch ein Pflanzturm aus Kokosfasermatten. Hier wächst besonders viel Gemüse auf wenig Raum. Beim Gärtnern im Terra-bioponik-System werden Pflanzgefäße mit organischem Substrat ausgestattet. Ein kleiner Wurm-Kompost macht flüssigen organischen Dünger verfügbar und wird im Kreislauf genutzt.

Die Pflanzen, die im Rahmen des Projekts verwendet werden, stammen aus der Produktion der regionalen Gärtnereien im

Umkreis. Bei der Direktsaat in die Hochbeete wird ausschließlich Bio-Saatgut eingesetzt.

Schub für die Stadtentwicklung

„Vor allem junge Menschen und Familien beschäftigen sich wieder zunehmend mit dem Gärtnern“, begründete bei der Eröffnungsfeier LWG-Präsident Andreas Maier die Initiative, das aus den großen Metropolen bekannte Urban Gardening auch in hiesigen Städten populär zu machen. Dass Schweinfurt den Zuschlag erhielt, dafür habe sich vor allem die stellvertretende Landrätin Christine Bender in ihrer Funktion als Landwirtschaftsrätin im Gartenbauzentrum Bayern Nord am Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Kitzingen stark gemacht. Dies vor allem mit Blick auf die Landesgartenschau 2026, die laut Schweinfurts OB Sebastian Remelé „keine reine Blümchenschau wird, sondern einen kräftigen Schub für die Stadtentwicklung auch im Bereich der gärtnerischen Gestaltung geben soll.“

„Wir wollen ein Bewusstsein dafür schaffen, sich wieder mit selbst angebauten Lebensmitteln zu versorgen“, unterstrich das Stadtoberhaupt. Das Projekt soll gleichsam das Bewusstsein für natürliche Gartengestaltung schärfen, wünscht sich Remelé mit Blick auf die oftmals ökologisch sinnfrei angelegten Vorgärten. Schulleiter Thomas Kreuzmann sicherte zu, Urban Gardening ab nächstem Schuljahr in den Unterricht einzubinden. Schließlich versuche man als Umwelt- und Fair-Trade-Schule umweltbewusstes und nachhaltiges Leben zu vermitteln. **DK**



Ökologisches Mähen mit dem neuen Grünpflegekopf ECO 1200 plus. Bilder: Mulag

Ökologische Pflege des Straßenbegleitgrüns

Zur Erhaltung wertvoller biologischer Ressourcen gibt es immer mehr Bestrebungen ausführender Stellen, ein möglichst insekten- und pflanzenschonendes Mähen in der professionellen Straßenunterhaltung umzusetzen. Dabei sind neue Mähkonzepte dringend notwendig, die auf die speziellen Anforderungen einer ökologisch verträglicheren Pflege des Straßenbegleitgrüns ausgerichtet sind. Mit den herkömmlichen mulchenden Schlegelmähwerken ist dieses Anliegen nicht umsetzbar, da der Aufbau der Mähköpfe große prinzipbedingte Nachteile für das Vorhaben mit sich bringt.

Der Straßenunterhaltungsspezialist MULAG hat für den Einsatz im professionellen Straßenbetriebsdienst ein völlig neues Arbeitsgerät mit innovativem Mähkonzept entwickelt. Bei der eingehenden Analyse aller relevanten Aspekte des bisherigen Mähverfahrens, der Luftstromführung im Mähkopfgehäuse, der Schnitthöhe des Mähkopfes und der überrollten Fläche wurden wichtige Erkenntnisse zur Verbesserung eines nachhaltigen Mähbetriebes gesammelt.

Diese kamen bei der Neuentwicklung des Grünpflegekopfes

ECO 1200 plus zum Tragen, um ein möglichst schonendes neues Verfahren zu erhalten.

Der neue MULAG-Grünpflegekopf basiert auf einem Scheibenmähprinzip, das jedoch in seinem Aufbau nicht mit den am Markt verfügbaren Systemen zu vergleichen ist. Im Ergebnis gleicht das Mähverhalten einem Balkenmäher, zusätzlich versehen mit den Vorteilen des freien Schnitts ohne Mulcheffekt.

Ihm ist eine mechanische Abstreifvorrichtung vorgeschaltet, die das rechtzeitige Aufscheuchen von im Gras sitzenden Insekten bewirkt. Durch das Auf-

nehmen des Mähgutes mittels optimierter Luftführung und weitestgehend geschlossenem Gehäuseboden gelangen deutlich weniger Lebewesen in den Mähkopf. Die direkten Angriffsflächen des Schneidwerkes wurden um circa den Faktor 50 minimiert und eine stark angehobene Schnitthöhe gewährleistet ökologisch schonenderes Mähen.

Ganz nebenbei entstehen durch das Aufnehmen der sonst als Dünger wirkenden Mahd über ein Radialgebläse in den Mähgutanhängern magere Grünflächen, die eine sehr gute Grundlage für eine nachfolgende blütenreiche Vegetation bilden. Zudem werden Lebewesen nicht durch liegendegebliebenes Material abgedeckt. Der minimale Bodenkontakt des Grünpflegekopfes aufgrund neu konstruierter Tastrollen schützt am Boden lebende Tiere.

Durch das neue MULAG-Mähkonzept werden die Anforderungen an einen ökologischen Straßenbetriebsdienst in einen praxisnahen und effizienten Prozess überführt, der einen entscheidenden Beitrag bei der Insekten- und pflanzenschonenden Pflege des Straßenbegleitgrüns leistet. Eine hohe Wirtschaftlichkeit ist gewährleistet durch Ausmähen, Aufnahme und Abtransport des Mähgutes in einer Durchfahrt.

Weitere Informationen: www.mulag.de/eco



Dank der optionalen Wechsellenkung VarioPilot® können Fahrer von GVA Trees das Lenkrad des Unimog während der Grünflächenpflege auf die linke Seite verschieben. So haben sie direkte Sicht auf ihren Arbeitsbereich. Bild: Mercedes Benz

Get Cumbria Buzzing

Unermüdet pflegt ein Unimog Geräteträger in Nordengland Grünflächen als Lebensraum für Wildbienen.

Get Cumbria Buzzing – bringen wir Cumbria zum Summen! Das haben sich die Aktivisten des Cumbria Wildlife Trust zum Ziel gesetzt. In der Grafschaft im Norden Englands sind nach Auskunft der Naturschützer rund 30 Bienenarten vom Aussterben bedroht. Gemeinsam mit Highways England, dem staatseigenen Unternehmen, das für den Betrieb, die Instandhaltung und den Ausbau der englischen Autobahnen und Hauptverkehrsstraßen zuständig ist, engagiert sich der Cumbria Wildlife Trust daher für die Konservierung von Wildbiotopen am Rande von Autobahnen. Zu den mit der Grünpflege beauftragten Firmen gehört auch Green Valley Arborists Ltd. (GVA Trees), wo ein Unimog U 530 Maßstäbe setzt.

Dank der optionalen Wechsellenkung VarioPilot® können Fahrer von GVA Trees das Lenkrad während der Grünflächenpflege auf die linke Seite verschieben. So haben sie direkte Sicht auf ihren Arbeitsbereich.

Wertvoller Beitrag zum Schutz der Pflanzen- und Tierwelt

„Bestäuber wie Bienen, Hummeln, Schwebfliegen, Schmetterlinge und Motten sind wichtiger Bestandteil unserer Ökosysteme“, erklären die Experten des Wildlife Trust auf ihrer Website. „Sie bestäuben mehr als 80 % unserer blühenden Pflanzen, liefern so ein Drittel unserer Nahrung und tragen jährlich etwa 690 Millionen Pfund zur britischen Wirtschaft bei.“

Weil Lebensraum in unberührter Natur knapp wird, kümmert sich der Wildlife Trust um andere Lösungen. Eine davon ist die Bepflanzung von Autobahn-Randstreifen mit Blumenarten, die sorgfältig ausgewählt werden, um Insekten Nahrung und Schutz zu bieten. Lohnunternehmer wie GVA Trees setzen Ideen wie diese schließlich in die Tat um. Besonders im Frühjahr und Sommer sind sie

mit der Grünpflege beschäftigt. Eine nicht ganz einfache Aufgabe angesichts des Einsatzortes. Denn die unbefestigten Randstreifen müssen angelegt und gepflegt werden, während der Verkehr auf den Highways weiter rollt. Die Sicherheit der Arbeiter muss dabei jederzeit gewährleistet sein. GVA Trees hat sich dafür einen Profit mit an Bord geholt: einen neuen Unimog U 530.

Konfigurierbar für jeden Bedarf

Das Unternehmen von Geschäftsführer Ian Whitaker erledigt mit dem neuen allradgetriebenen Unimog verschiedenste Aufgaben in ganz Nordengland – von der Instandhaltung bis zur Einrichtung neuer Blumenkorridore. Dabei wird Gras geschnitten und eingesammelt, dann wird der Boden für die Bepflanzung mit Wildblumenkörnern vertikutiert.

Damit die Grünpflege-Fachkräfte ihren Arbeitsbereich auch aus dem Unimog heraus immer bestens im Blick haben, hat sich GVA Trees für die Zusatzausstattung VarioPilot® entschieden. Dieses System ermöglicht es dem Fahrer, das Lenkrad und

die Instrumententafel einfach auf die linke Seite der Kabine zu verschieben. So ist eine direkte Sicht auf den Fahrbahnrand möglich. Für die normale Straßenfahrt auf dem Rückweg lässt sich das Lenkrad dann einfach wieder nach rechts verlagern.

Beeindruckende Geländegängigkeit

Power bringt der neue Unimog U 530 in jedem Fall auf die Straße. Das Modell wird von einem 7,7-Liter-Sechszylindermotor mit einer Leistung von 220 kW (299 PS) und einem Drehmoment von 1.200 Nm angetrieben. Dank seines Gesamtzuggewichts von 36 t kann der Mercedes-Benz Truck problemlos auch schwer beladene Anhänger ziehen. Sein voll synchronisiertes, elektropneumatisches Getriebe verfügt über acht Vorwärts- und sechs Rückwärtsgänge, die optional erhältlichen Arbeits- bzw. Kriechganggruppen bieten jeweils weitere acht Vorwärts- und acht Rückwärtsgänge.

Permanenter Allradantrieb, große Bodfreiheit und die weiterentwickelten Portalachsen mit Differenzialsperren und extremer Knicklenkung tragen zu der beeindruckenden Geländegängigkeit des Unimog bei. GVA Trees hat auch die optional erhältliche Reifendruckregelanlage TireControl plus einbauen lassen. Diese Technologie ermöglicht es dem Fahrer, schnell und einfach den Reifendruck zu senken, ohne das Fahrerhaus zu verlassen. Damit können Bodenschäden, besonders bei weichem Untergrund, minimiert werden. **□**



Sie haben gemeinsam die Strategie 2030 des Zentrums Wald-Forst-Holz Weihenstephan entwickelt und unterzeichnet: (v.l.) Study Program Director Prof. Dr. K. Richter (TUM), Vizepräsident Prof. Dr. C. Lorz, (HSWT), Leiter des Zentrums Prof. Dr. V. Zahner (HSWT), Präsident O. Schmidt (LWF), Referatsleiter S. Timm (StMELF) und Geschäftsführer H. Förster. Bild: C. Josten, ZWFH

Forstzentrum für die Zukunft gerüstet

Die Strategie 2030 des Zentrums Wald-Forst-Holz Weihenstephan wurde unterzeichnet

Sie gilt für die nächsten zehn Jahre und benennt die wichtigsten, gemeinsamen Zukunftsthemen und Handlungsfelder für die drei Partner im Zentrum – den Fachbereich Forstwissenschaft und Ressourcenmanagement der TU München (TUM), die Fakultät Wald und Forstwirtschaft der Hochschule Weihenstephan Triesdorf (HSWT) sowie die Bayerische Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF).

„Mit der Strategie 2030 stellen wir die Weichen für die Arbeit im Forstzentrum, um in der Ausbildung der jungen Forstleute und der Forschung für die großen Herausforderungen wie Verlust der Biodiversität und den Klimawandel gerüstet zu sein“, sagt Professor Volker Zahner von der HSWT, Leiter des Zentrums.

Wissenschaft für die Praxis

Ob Gesellschaft, Waldbesitzer oder Forstbetriebe – alle sollen gleichermaßen von Forschung

und Lehre profitieren, weshalb die Strategie unter dem Leitgedanken „Wissenschaft für die Praxis“ steht.

Synergieeffekte

Die Verknüpfung von Grundlagenforschung, angewandter Forschung und Wissenstransfer setzt Synergieeffekte frei, die für die Förderung stabiler Waldökosysteme im Klimawandel und der Sicherung des nachwachsenden Rohstoffs Holz für künftige Generationen unabdingbar sind. **□**

Als einmaliger Zusammenschluss dreier forstlicher Institutionen bündelt das Zentrum Forschung, Lehre und Wissenstransfer am Campus Freising-Weihenstephan.

Zentraler Ansprechpartner zu allen Fragen rund um Wald, Forst und Holz

Es ist damit zentraler Ansprechpartner zu allen Fragen rund um den Wald, Forst und Holz. Unterzeichnet wurde die Strategie 2030 von Professor Dr. Klaus Richter, Study Program Director für Forstwissenschaft und Ressourcenmanagement an der TUM. Für die HSWT unterzeichnete Professor Dr. Carsten Lorz, Vizepräsident für Internationales und Diversity. Von Seiten der Bayerischen Forstverwaltung unterzeichneten Präsident Olaf Schmidt für die LWF und für das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ministerialrat Sören Timm, Referatsleiter Waldpädagogik, Wissenstransfer und Internationale Waldbelange. **□**



Größere Feierlichkeiten waren zum Betriebsjubiläum bei Wilhelm Mayer in Gersthofen Corona-bedingt nicht möglich. Trotzdem wollte das erfolgreiche Team seine Leistungsstärke natürlich zeigen. □

Jubiläum in Gersthofen:

25 Jahre Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge

Vor 25 Jahren, im April 1995, eröffnete das Service-Zentrum Gersthofen in einer eigens hierfür erstellten Immobilie. Der Geschäftsbetrieb am Standort Gersthofen startete mit einem schlagkräftigen Service-Team erfahrener und engagierter Mitarbeiter. Zugleich übernahm Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge zusätzlich die Vertriebsverantwortung UNIMOG in Bayerisch-Schwaben.

Neben dem Mercedes-Benz UNIMOG werden am Standort Gersthofen zahlreiche andere Kommunalmaschinen mit kompetentem Service betreut. Neben Fahrzeugen der Hersteller Lindner, Hansa, Bonetti sowie Aebi-Schmidt Kompaktkehrmaschinen werden auch allerlei An- und Aufbaugeräte montiert, gewartet und repariert. Renommierte Hersteller wie Aebi-Schmidt, Mulag, Bucher, Dücker,

EcoTech und Schlang + Reichart sind hier nur eine kleine Auswahl des gesamten Spektrums hochwertiger Kommunaltechnik für den Ganzjahreseinsatz. Auch MB-Tracs werden noch immer gut und gerne betreut.

Reicher Erfahrungsschatz

Langeweile kommt also beim Service-Team Gersthofen keinesfalls auf. Trotz diesem gro-

ßen Spektrum an unterschiedlicher Technik kann jederzeit schnell und unkompliziert geholfen werden, wenn doch mal was nicht mehr richtig funktioniert.

Geleistet werden kann dies nur durch die große Erfahrung in der Niederlassung sowie im gesamten Unternehmen. Die Ursprünge von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge reichen bis zum Jahr 1901, in dem das Unternehmen als Landtechnikfirma gegründet wurde. Seit 1954 ist man autorisierte Unimog-Generalvertretung und gehört zu den ältesten in Deutschland. Und seit 25 Jahren ist Wilhelm May-

er Nutzfahrzeuge durchgängig in Gersthofen aktiv.

Ein starkes Team arbeitet hier an starken Maschinen. Allen voran am Mercedes-Benz Unimog – der großen Leidenschaft aller Mitarbeiter am Standort.

Mit Rat und Tat stehen wir den Kunden der öffentlichen Hand, den Kommunen sowie natürlich den Gewerbetunden aller Branchen und Gewerke jederzeit gerne am Standort Gersthofen zur Verfügung.

Professioneller Service

„In unserem Servicebetrieb Gersthofen finden unsere Kunden professionellen Service vor und kommen daher erfahrungsgemäß gerne in unseren Betrieb. Und wenn die Kunden mal nicht zu uns kommen können, kommen wir mit dem mobilen Service zu Ihnen vor Ort. Oder wir holen das Fahrzeug mit dem Hol-Bring-Service“, erläutert Tim Oßwald, Geschäftsführer von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge, das Leistungsspektrum der Niederlassung.

Das Team Gersthofen, die Niederlassungsleitung sowie die Geschäftsleitung von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge dankt allen Kunden ausdrücklich für 25 Jahre Treue und Vertrauen. Auch für die Zukunft wird bester Service und größtmögliche Unterstützung zugesichert.

Das Service-Team Gersthofen freut sich auf die weitere Zusammenarbeit in Sachen Unimog und Kommunaltechnik. Mindestens für die nächsten 25 Jahre. □



Bild: Unimog

Auch 2020 ist der Unimog Geländewagen des Jahres

Der Unimog ist überall dort, wo sonst keiner hinkommt. Immer wieder sehen das auch die Leser der Fachzeitschrift „Off Road“ und wählten ihn zum 16. Mal in Folge zum besten Geländewagen des Jahres – und zwar in der Kategorie „Sonderfahrzeuge“.

Mit 54,7 Prozent der Leserstimmen belegte der Unimog mit großem Abstand den 1. Platz. Bei Globetrottern erfreut sich der hochgeländegängige Unimog als Basisfahrzeug für Reisen auch abseits asphaltierter Straßen und kann in abgelaadeter Version mit nur 7,49 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht auch mit dem Pkw-Führerschein Klasse 3 gefahren werden.

„Wir freuen uns sehr über diese Auszeichnung, auch wenn wir sie aufgrund der aktuellen Umstände leider nicht persönlich entgegennehmen konnten. Dies ist erneut ein Vertrauensbeweis der Off Road-Leserschaft für unseren Unimog, und dafür bedanken wir uns herzlich. Der Unimog ist auch nach bald 75 Jahren das ultimative Off-Road-Fahrzeug und hält aktuell den Höhenweltrekord für Radfahrzeuge. Viele seiner genialen Features, wie zum Beispiel die doppelte Dreipunktlagerung der Wohnkabine, machen ihn zum idealen Fahrzeug für Expeditionsfahrten abseits asphaltierter Straßen, in schwerem Gelände oder, wie zuletzt unter Beweis gestellt, für Fahrten auf knapp 7000 m Höhe auf den höchsten aktiven Vulkan der Welt“, so Dr. Ralf Forcher, Unimog Vertriebs- und Marketingchef. □

Warnschutz Safe supreme 3:

Schutz und Statement – die richtige Arbeitskleidung macht es möglich

Knien, heben, über Kopf arbeiten, trübes Wetter, schlechte Sicht, Funkenflug etc.: Um der Arbeit mit Freude und der erforderlichen Sicherheit begegnen zu können, stellt jedes Gewerk spezielle Erwartungen an Arbeitskleidung hinsichtlich Schutz, Funktionalität und auch Tragekomfort. Gleichzeitig wirkt eine einheitliche Berufsbekleidung – ggf. mit dem Logo der Kommune oder des Kommunalunternehmens – auch höchst professionell. Mitarbeiter signalisieren so die Zusammengehörigkeit und hinterlassen einen ersten positiven Eindruck bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Doch wie findet man das richtige Outfit für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Ob Sicherheitsschuhe, moderne Arbeits-

schutz-Filiale, der Beuthauser Safe Work Store, im Gewerbepark B11 in Regensburg eröffnet.



Egal ob bei Wind und Wetter, Eis und Schnee oder unter besonderen Hygienevoraussetzungen: Die perfekte Arbeitskleidung ist Voraussetzung für ordentliche Arbeitsergebnisse. Bild: Beuthauser

schutzkleidung, Warnschutz-, Forstschutz- und Zunftkleidung, klassische Businesskleidung und/oder Kopf- und Gesichtsschutz – eine große Auswahl an Arbeitskleidung renommierter Marken sowie eine individuelle Beratung bietet die Firma Reidl in Hutthurm.

Qualität von Beuthauser

Das Haus ist Teil der Beuthauser Unternehmensgruppe, die sich seit nunmehr neun Jahren auf das Thema Arbeitsschutz und Arbeitskleidung spezialisiert hat. Vor einigen Monaten wurde die erste Arbeits-

Die wichtigste Eigenschaft von Warnschutzkleidung gerade im Kommunalbereich ist, dass die Mitarbeiter damit auch bei schlechten Lichtverhältnissen gut wahrgenommen werden.

Reflektoren und grelle Farben sind deshalb bei Arbeiten unter freiem Himmel Pflicht. Wetterfeste Materialien schützen außerdem vor Regen und Wind. Gut angezogen sein und gleichzeitig umfassend geschützt zu werden sind die Zielvorgaben bei Reidl.

„Die Auswahl der geeigneten Arbeitsschutzkleidung richtet sich immer nach der Gefährdungsanalyse des Arbeitsplat-

zes eines jeden Mitarbeiters“, erklärt Katharina Obergroßberger-Weber, Abteilungsleiterin Arbeitsschutz in Hutthurm. „Bewegungsfreiheit, Tragekomfort und die Optik dürfen dabei aber nicht zu kurz kommen.“

Ob Shirts, Hemden und Blusen, Arbeitsschutzbekleidung oder Zubehör wie Mützen und Caps – das komplette Sortiment kann individuell nach Kundenvorgaben bedruckt oder bestickt werden. Dazu stehen den Experten in Hutthurm und Regensburg verschiedenste Verfahren zur Verfügung. Je nach Material der Kleidung, Motiv und optischen Gestaltungswünschen des Kunden wird das geeignete Stick- oder Druckverfahren gewählt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind so von Kopf bis Fuß perfekt im eigenen Corporate Design ausgestattet.

Arbeitsschutzmanagement

Die Firma Reidl bietet zudem ein komplettes Arbeitsschutzmanagement an. Betriebe können hiermit ein komplettes Paket an Aufgaben – von der Beschaffung und Lagerung von Arbeitskleidung bis hin zur Dokumentation (Stichwort „Fürsorge- und Garantienpflicht“) abgeben und so wichtige Ressourcen freisetzen. Über ein ausgeklügeltes Gutscheinsystem erfolgt eine unkomplizierte und reibungslose Abwicklung – individuell auf jeden Mitarbeiter zugeschnitten. Das System ist absolut flexibel, es kann schnell reagiert werden, wenn z.B. neue Mitarbeiter/innen eingestellt werden – und das ganz ohne kostenintensive Lagerhaltung. Klassische Kleiderkammern sind somit ein Fall von gestern.

Informationen: www.safe-work.de/ □



5 Jahre Miete -
5 Jahre Garantie

Garantiert wirtschaftlich.

Unimog EcoRent Plus 5. Das flexible Mietmodell für Kommunen.

Das Mietmodell Unimog EcoRent Plus 5 haben wir speziell auf die Bedürfnisse der öffentlichen Hand zugeschnitten. Weil es den Investitionshaushalt nicht belastet und gekündigt werden kann. On top erhalten Kommunen eine kostenfreie Premium-Anschlussgarantie bis zum Ende der fünfjährigen Laufzeit. Mieten statt kaufen – eine wirtschaftliche und risikofreie Alternative.



Weitere Vorteile unseres Mietmodells für Kommunen erfahren Sie im persönlichen Gespräch bei Ihrer Unimog Generalvertretung. Alle Infos sowie konkrete Beispielrechnungen sind online verfügbar:

mbs.mercedes-benz.com/eco-rent

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Video-Konferenz der KPV Oberfranken mit Innenminister Herrmann:

Akzeptanz für digitale Formate

Für ein paar Teilnehmer war es schon nicht mehr so ungewohnt. Einige hatten schon etwas Erfahrung. Die erste Videokonferenz der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) Oberfranken wurde zu einem schönen Erfolg und schuf nach der Zwangspause wenigstens eine virtuelle Begegnungsmöglichkeit. Innenminister Joachim Herrmann war der Gast des Abends auf den Monitoren.

KPV-Bezirksvorsitzender Karl Philipp Ehrler freute sich über die Mitwirkung des Kommunalministers und moderierte souverän die Konferenz. Eingangs erzählte Ehrler Stellvertreter Wolfgang Förtsch dass eigentlich ein persönlicher Besuch Herrmanns vorgesehen war. Umstände halber musste man sich auf das digitale Format verständigen. Nun gelte es, die Auswirkungen der Pandemie auf die kommunale Politik mit solidarischen Handeln zu meistern: „Ein starkes Bayern braucht starke Kommunen – und umgekehrt!“ Das gelte jetzt mehr denn je.



Video-Kommunikation mit Innenminister Herrmann.

Bild: FF

Der Minister wusste um den Wissensdurst seiner Gesprächspartner an den Mikrofonen über die Zukunft der kommunalen Finanzen in der Krise. Herrmann versicherte den Kommunalvertretern, dass er sie darin auch weiterhin unterstützen werde, wenn es darum ging, ihnen eine zuverlässige finanzielle Basis zu sichern.

Die öffentlichen Verwaltungen gehen hier mit gutem Beispiel voran. Es gelte nun, Personal weiter zu schulen und die



Video-Kommunikation mit Innenminister Herrmann.

Der Minister wusste um den Wissensdurst seiner Gesprächspartner an den Mikrofonen über die Zukunft der kommunalen Finanzen in der Krise. Herrmann versicherte den Kommunalvertretern, dass er sie darin auch weiterhin unterstützen werde, wenn es darum ging, ihnen eine zuverlässige finanzielle Basis zu sichern.

Die kommunalen Steuereinnahmen in 2019 seien gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Prozent gestiegen und betragen 20,5 Milliarden Euro. Die Schätzung im Lichte von Corona sage einen Gewerbesteuerrückgang um fast ein Viertel voraus, beim Einkommenssteueranteil erwarte man ein Minus von ca. 8 Prozent. Man müsse die Entwicklung noch abwarten. Um die drohenden Auswirkungen abzufedern habe der Koalitionsausschuss den Solidarpakt 2020 mit einem Volumen von 130 Milliarden Euro beschlossen.

Der Minister wusste um den Wissensdurst seiner Gesprächspartner an den Mikrofonen über die Zukunft der kommunalen Finanzen in der Krise. Herrmann versicherte den Kommunalvertretern, dass er sie darin auch weiterhin unterstützen werde, wenn es darum ging, ihnen eine zuverlässige finanzielle Basis zu sichern.

Der Minister wusste um den Wissensdurst seiner Gesprächspartner an den Mikrofonen über die Zukunft der kommunalen Finanzen in der Krise. Herrmann versicherte den Kommunalvertretern, dass er sie darin auch weiterhin unterstützen werde, wenn es darum ging, ihnen eine zuverlässige finanzielle Basis zu sichern.

Der Minister wusste um den Wissensdurst seiner Gesprächspartner an den Mikrofonen über die Zukunft der kommunalen Finanzen in der Krise. Herrmann versicherte den Kommunalvertretern, dass er sie darin auch weiterhin unterstützen werde, wenn es darum ging, ihnen eine zuverlässige finanzielle Basis zu sichern.

Der Minister wusste um den Wissensdurst seiner Gesprächspartner an den Mikrofonen über die Zukunft der kommunalen Finanzen in der Krise. Herrmann versicherte den Kommunalvertretern, dass er sie darin auch weiterhin unterstützen werde, wenn es darum ging, ihnen eine zuverlässige finanzielle Basis zu sichern.

Der Minister wusste um den Wissensdurst seiner Gesprächspartner an den Mikrofonen über die Zukunft der kommunalen Finanzen in der Krise. Herrmann versicherte den Kommunalvertretern, dass er sie darin auch weiterhin unterstützen werde, wenn es darum ging, ihnen eine zuverlässige finanzielle Basis zu sichern.

Der Minister wusste um den Wissensdurst seiner Gesprächspartner an den Mikrofonen über die Zukunft der kommunalen Finanzen in der Krise. Herrmann versicherte den Kommunalvertretern, dass er sie darin auch weiterhin unterstützen werde, wenn es darum ging, ihnen eine zuverlässige finanzielle Basis zu sichern.

Der Minister wusste um den Wissensdurst seiner Gesprächspartner an den Mikrofonen über die Zukunft der kommunalen Finanzen in der Krise. Herrmann versicherte den Kommunalvertretern, dass er sie darin auch weiterhin unterstützen werde, wenn es darum ging, ihnen eine zuverlässige finanzielle Basis zu sichern.

Der Minister wusste um den Wissensdurst seiner Gesprächspartner an den Mikrofonen über die Zukunft der kommunalen Finanzen in der Krise. Herrmann versicherte den Kommunalvertretern, dass er sie darin auch weiterhin unterstützen werde, wenn es darum ging, ihnen eine zuverlässige finanzielle Basis zu sichern.

Der Minister wusste um den Wissensdurst seiner Gesprächspartner an den Mikrofonen über die Zukunft der kommunalen Finanzen in der Krise. Herrmann versicherte den Kommunalvertretern, dass er sie darin auch weiterhin unterstützen werde, wenn es darum ging, ihnen eine zuverlässige finanzielle Basis zu sichern.

Der Minister wusste um den Wissensdurst seiner Gesprächspartner an den Mikrofonen über die Zukunft der kommunalen Finanzen in der Krise. Herrmann versicherte den Kommunalvertretern, dass er sie darin auch weiterhin unterstützen werde, wenn es darum ging, ihnen eine zuverlässige finanzielle Basis zu sichern.

Der Minister wusste um den Wissensdurst seiner Gesprächspartner an den Mikrofonen über die Zukunft der kommunalen Finanzen in der Krise. Herrmann versicherte den Kommunalvertretern, dass er sie darin auch weiterhin unterstützen werde, wenn es darum ging, ihnen eine zuverlässige finanzielle Basis zu sichern.

Ausfälle kompensieren

Mit einem pauschalierten Ausgleich sollen die Ausfälle kompensiert werden. Auch die Staatsregierung werde ihren Anteil leisten, verspricht Joachim Herrmann. Man solle bei alledem nicht vergessen, dass sie noch vor dem Ausbruch der Pandemie beschlossen hatte, den kommunalen Finanzausgleich auf ein neues Rekordniveau zu erhöhen. Erstmals werde dabei die 10-Milliarden-Schwelle überschritten.

Rasch habe man auf die Krise reagiert. Dank solider Staatsfinanzen konnte man Erstmaßnahmen treffen, um die Zahlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern. So wurden staatliche Leistungen zeitlich vorgezogen und der Zugriff auf Kassenkredite erleichtert.

Die Zukunftsaufgaben im Straßenbau und ÖPNV dürften auch in der Pandemie nicht außer Acht bleiben. Der Freistaat habe die 2019 auslaufende Bundesförderung vollständig aus Landesmitteln ersetzt. Für den kommunalen Straßenbau und -unterhalt stünden insgesamt 700 Millionen Euro in diesem Jahr bereit. Zu diesen kraftvollen Maßnahmen gehören auch Beihilfen des Bundes und der Länder, um Einnahmeausfälle im

Kommunale Aufgabe:

Neustart des Kulturlebens

Im Rahmen der Tagung „Kultur konkret begründen“ von STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V. in Würzburg sprachen sich knapp 30 Kulturabteilungsleiterinnen und -leiter für eine Stärkung der Kulturarbeit nach der Krise aus und stellten neue Formate vor, um das kulturelle Leben vor Ort erhalten zu können.

„Eine Milliarde Euro für die Kultur im neuen Konjunkturpaket des Bundes sind ein Beleg dafür, dass ihre Relevanz erkannt wird. An den Kommunen selbst wird es jetzt liegen, Kultur vor Ort auch nach Corona zu ermöglichen“, sagt Dr. Christine Fuchs, Leiterin von STADTKULTUR. „Kunst und Kultur bilden das gesellschaftliche Fundament unseres Zusammenlebens. Ihre Vielfältigkeit muss auch nach der Krise erhalten bleiben, in den Städten ebenso wie im ländlichen Raum.“

Beispiele Würzburg und Bobingen

Achim Köneke, Kulturreferent von Würzburg und Vorstandsmitglied des Vereins STADTKULTUR, stellte im Rahmen der Tagung Würzburger Strategien, Maßnahmen und Projekte vor, mit denen die Stadt in Corona-Zeiten unter Einbindung der Stadt- und Landespolitik sowohl Künstlerinnen und Künstler pragmatisch unter-

ÖPNV möglichst einzugrenzen. Über die diskutierte Reform der Notfallversorgung äußerte sich Herrmann eingangs mit einer Klarstellung. Eine stetige Verbesserung in der Behandlung von Notfallpatienten sei auch ihm ein Herzensanliegen.

In der konkreten Gestaltung stöße der Entwurf des Bundesgesundheitsministers aber vielfach auf Ablehnung. Die angeordnete Verschiebung von Befugnissen von den Ländern an den Bund kritisierte er scharf. Auch missfalle ihm, dass die Krankenkassen nur noch die Betriebskosten des Rettungsdienstes übernehmen sollen. Für Bayern brächte das neue Kosten in dreistelliger Millionenhöhe. Der Bund wolle mit einheitlichen Vorgaben wichtige Bereiche der Notfallrettung und der Leitstellen regeln. Zugleich aber soll ein Hauptteil der Finanzierung auf die Länder abgeladen werden. Der Minister unterstrich, er werde sich nachdrücklich für den Erhalt der bewährten Rettungsstrukturen in Bayern einsetzen. Hier verwies er auch darauf, dass sich die Struktur der Krankenhäuser, der kommunalen zumal, in der Krisenbewältigung als leistungsstark erwiesen habe.

Frage- und Diskussionsrunde

Der profunde Vortrag des Ministers bot die Vorlagen für die anschließende Frage- und Diskussionsrunde mit den Teilnehmern der KPV Oberfranken. Vieles war durch die Ausführungen durchaus beantwortet. Aber nun kamen die konkreten Probleme vor Ort auf den Tisch. Fragen der Haushaltsführung, der weiteren Fortführung von Förderprogrammen und vieles mehr, was den Alltag bestimmt. Die Diskutanten fanden in Minister Herrmann einen Gesprächspartner, der sehr aufmerksam ihre Anliegen und Hinweise aufnahm, sich zu konkreter Hilfe anbot. Für den KPV-Bezirksvorsitzenden Karl Philipp Ehrler war die Videokonferenz allemal eine runde Sache. Sein Dank galt Staatsminister Joachim Herrmann für dessen wegweisenden Vortrag und den Organisatoren der Konferenz, CSU-Bezirksgeschäftsführer Reinhold Rott und dem stellvertretenden KPV-Bezirksvorsitzenden Wolfgang Förtsch. Auch das Echo der weiteren Gesprächsteilnehmer fiel positiv aus. **TF**

Gemeindetag Oberpfalz:

Martin Birner ist neuer Vorsitzender

Der Erste Bürgermeister der Stadt Neunburg vorm Wald, Martin Birner, hat den Bezirksvorsitz des Bayerischen Gemeindetages Oberpfalz übernommen. Bei der Sitzung des Bezirksverbandes in Barbing (Landkreis Regensburg) wurde er für die kommenden sechs Jahre ohne Gegenstimme zum Nachfolger von Hugo Bauer, ehemaliger Rathauschef der Gemeinde Wald (Landkreis Cham), gewählt. Als Birners Stellvertreter fungiert künftig Peter Braun, Bürgermeister von Schmidmühlen (Kreis Amberg-Weilburg), der Werner Fischer, ehemaliger Erster Bürgermeister aus Bernhardswald (Landkreis Regensburg) ablöste.

Regierungspräsident Axel Bartelt sprach den Kreisvorsitzenden und Bürgermeistern des Bezirks zunächst ein großes Lob aus. Schließlich hätten sie in den



Martin Birner.

Bild: Jessica Kassner

vergangenen Jahren aus dem Armenhaus Oberpfalz eine prosperierende Region geschaffen. Bezirksstagspräsident Franz Löffler hob die immense Bedeutung der Kommunen im Geflecht der Gebietskörperschaften hervor und betonte: „Jeder, der was werden will, muss zuvor Bürgermeister gewesen sein.“

Warnung vor Vollversorgungsmentalität

Ohne die Mitwirkung einer funktionierenden kommunalen Ebene hätte man gerade die Corona-Krise nicht derart gut bewältigen können, stellte Löffler fest. Er warnte in Zeiten der Krise vor einer „Vollversorgungsmentalität“ der Bürger, weil diese vor allem weniger Eigenverantwortung zur Folge habe. Aus seiner Sicht muss der coronabedingte Gewerbesteueranfall umlagefähig sein. Auch müsse der Einkommensteueranteil im nächsten Jahr wieder auf ein vernünftiges Niveau anwachsen. Falls dies nicht der Fall sein sollte, benötigten die Kommunen weiterhin entsprechende Ausgleichszahlungen vom Staat.

Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags und Abensberger Bürgermeister Dr. Uwe Brandl erwartet mindestens 25 Prozent weniger Mehrwertsteu-

er-Einnahmen für die Kommunen. Er warnte davor, bei den Bürgern den Eindruck zu erwecken, dass der Staat auch weiterhin problemlos für die Finanzierung sämtlicher Bedürfnisse aufkommen könne.

Kritik übte Brandl auch daran, dass im Zuge der Pandemie „Gewerbesteuermilliarden“ wie die Landeshauptstadt München bei Kompensationszahlungen des Staates für Gewerbesteuerfälle bevorzugt würden und mit bis zu 750 Millionen Euro den Löwenanteil abschöpfen. Für die Kommunen bleibe hier nicht mehr genug übrig. Für Ende 2020 prognostizierte der Gemeindetagspräsident „Defizite in ungeahnten Größenordnungen“ für die Kommunen. Vor diesem Hintergrund erscheint es Brandl fraglich, ob Versprechen wie ein verbindlicher Ganztagsbetreuungsplatz in Grundschulen für jeden Schüler ab 2025 aufrechterhalten werden sollten. **DK**

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. **Anzeigen- und Vertrieb:** Monika Steer (verantwortlich) Telefon 08171 / 9307-13 Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020 Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan **Veranstaltungen:** Theresa von Hassel (verantwortlich) Telefon 08171 / 9307-10 **Erscheinungsweise:** 22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben) **Jahresbezugspreis Inland:** Euro 76,10 zzgl. MWSt. **Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:** (Abrechnung über eine Adresse) Euro 38,25 zzgl. MWSt. **Sammelabo ab 10 Zeitungen:** (Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) Euro 27,- zzgl. MWSt. **Kündigung:** zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag **Verlags- und Geschäftsleitung:** Anne-Marie von Hassel Constanze von Hassel Theresa von Hassel **Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:** Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH Postanschrift: Postfach 825, 82533 Geretsried Paketanschrift: Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried Telefon 08171 / 9307-11 Telefax 08171 / 9307-22 eMail: info@gemeindezeitung.de Internet: www.gemeindezeitung.de **Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:** 100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen: Anne-Marie von Hassel Constanze von Hassel Theresa von Hassel **Druck und Auslieferung:** DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Neue Arbeitsformen

Minister Herrmann konnte von vielen positiven Erfahrungen berichten, die durch die neuen Arbeitsweisen generiert wurden. Die Mischformen zwischen Präsenz und Homeoffice sollten auch nach Corona erhalten



Die erste mobile Lotto-Annahmestelle startete in der Oberpfalz. Unser Bild zeigt die Präsidentin von Lotto Bayern, Friederike Sturm gemeinsam mit Vizepräsident Josef Müller. Bild: Lotto Bayern

Lotto Bayern bereichert mobile Nahversorgung

Füracker: Mobile Annahmestelle startet in der Oberpfalz

Ein mobiler Dorfladen versorgt ländliche Regionen ohne Einzelhandelsgeschäfte in der Oberpfalz mit einem attraktiven Lebensmittelangebot. „Das Angebot erfreut sich bei den Bürgerinnen und Bürgern im Steinwald großer Beliebtheit. Mit der ersten Annahmestelle in diesem mobilen Dorfladen kommt nun auch Lotto Bayern zu den Menschen“, so Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Die Staatliche Lotterieverwaltung in Bayern gehört zum Geschäftsbereich des Bayerischen Finanzministeriums. Lotto Bayern bringt sein Angebot an Lotterien und Sportwetten seit 30. Juni 2020 damit in Regionen, in denen keine Annahmestelle im Ort selbst existiert. „Mit der mobilen Annahmestelle bringen wir den Menschen ein Stück Glück und den Traum auf Millionengewinne zurück“, sagte Friederike Sturm, die Präsidentin von Lotto Bayern.

Der staatliche bayerische Glücks- spielanbieter integriert in den

mobilen Dorfladen des kommunalen Zweckverbands Steinwald-Allianz eine Lotto-Annahmestelle, mit der die Teilnahme an den Lotterien und Sportwetten ebenso möglich ist wie die Auszahlung von dabei erzielten Gewinnen. Im Rahmen dieses Pilotprojekts besteht in 31 Orten ohne Einzelhandel die Möglichkeit, Spielaufräge zu platzieren. Die Steinwald-Allianz ist Teil des von der Staatsregierung geförderten Projekts „Digitales Dorf – Bayern digital“ und wurde bereits im Rahmen eines Wettbewerbs ausgezeichnet. ots

Europäische Metropolregion München soll „fair“ werden

Der Verein Europäische Metropolregion München (EMM e.V.), ein Zusammenschluss von Landkreisen und Städten, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, strebt die Zertifizierung als Fairtrade-Metropolregion durch Fairtrade Deutschland (TransFair e.V.) an. Das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. als bayerischer Dachverband der Eine Welt-Akteure unterstützt die Initiative für eine „Faire Metropolregion München“ und freut sich, dass der „Faire Handel“ somit viele weitere Multiplikatoren erreichen kann.

Als wichtiger Schritt auf diesem Weg wurde Ende Juni 2020 in der Geschäftsstelle der Europäischen Metropolregion München offiziell eine Steuerungsgruppe gegründet, die zukünftig nicht nur die Bewerbung vorantreiben soll, sondern den Fairen Handel in Aktivitäten und Veranstaltungen in der Metropolregion einbeziehen möchte.

Damit wird die Europäische Metropolregion München Teil der internationalen Kampagne „Fairtrade-Towns“, an der sich allein in Bayern bereits über 180 Kommunen beteiligen. In der vom Landkreis Donau-Ries bis Altötting und vom Ostallgäu bis

Dingolfing-Landau reichenden Metropolregion München sind selbst bereits über 60 Kommunen und Landkreise als „Fairtrade-Town“ ausgezeichnet.

Vier von fünf Kriterien sind bereits erfüllt

Die Bewerbung wurde auf Initiative des Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. sowie weiterer zivilgesellschaftlicher und kommunaler Akteure an den EMM e.V. herangetragen. Der Steuerungsgruppe gehören u.a. auch der Geschäftsführer des EMM e.V., Wolfgang Wittmann, sowie Dr. Alexander Fonari, Vorstand des

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., an. Dr. Fonari zeigte sich erfreut über die positive Rückmeldung des EMM e.V., die Idee des Fairen Handels in Aktivitäten und Veranstaltungen der Metropolregion München einzubringen.

Als Sprecherinnen der neu gegründeten Steuerungsgruppe wurden Frau Christiane Lüst (Öko & Fair Umweltzentrum Gauting) sowie Frau Vera Groß (EMM e.V.) gewählt.

Die Bewerbung – die die Erfüllung von fünf Kriterien vorsieht – soll bis zum Herbst 2020 auf den Weg gebracht werden. Die Metropolregion München ist bei ihrer Bewerbung mit 4 von 5 erfüllten Kriterien schon sehr weit – gesucht werden zum jetzigen Zeitpunkt noch Hotel- und Gaststättenbetriebe in der Metropolregion, die bereits fair gehandelte Produkte verwenden und sich offiziell listen lassen möchten. □

Kommunaler Energiebericht:

Landkreis Lindau hat viele Hausaufgaben erledigt

Der Landkreis Lindau hat bereits viele Hausaufgaben rund um den Klimaschutz erledigt. Das ist Ergebnis des ersten Energieberichts, den Klimaschutzmanager Steffen Riedel im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Klimaschutz vorstellte.

Auch ein Großteil der Themen aus dem Forderungskatalog, den die Fridays for Future-Bewegung im Landkreis jüngst an die Landkreisverwaltung richtete, wurde in den vergangenen Jahren bereits bearbeitet. „Unser Kreisausschuss hat im Jahr 2013 einstimmig ein Energie- und Klimaschutzkonzept verabschiedet, das 30 Projekte umfasst“, so Landrat Elmar Stegmann. Für deren Umsetzung hat der Landkreis 2015 einen Klimaschutzmanager eingestellt, aber auch schon zuvor waren Umwelt- und Klimaschutz wichtige Landkreisthemen.

In den vergangenen 10 Jahren hat der Landkreis die Energie- und Wasserverbräuche in seinen Liegenschaften entweder gesenkt oder trotz steigender Energiekosten oder Erweiterungen gehalten. Der Stromverbrauch aller Liegenschaften ist um ein Drittel reduziert worden, der restliche Strom wird aus erneuerbaren Energien bezogen.

Neben der Energieversorgung ist aber auch die Energieeinsparung wichtig. Seit 2012 gibt es für landkreiseigene Gebäude beispielsweise „Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen“, welche den Passivhausstandard auch für Bestandsgebäude zur Grundlage haben.

Der Landkreis hat bisher fast alle Schulen energetisch saniert oder teilsaniert, das Berufsschulzentrum in Lindau mit fast 50% Heizenergieanteil bezogen auf alle Landkreisliegenschaften, soll in den kommenden Jahren durch einen Neubau ersetzt werden. Damit wird der größte „Energiefresser“ unter den landkreiseigenen Liegenschaften erneuert. Auch der Wasserverbrauch ist durch verschiedene Maßnahmen um ein Drittel gesunken. Eine Maßnahme ist beispielsweise ein Klimaschutzwettbewerb. „Die Fortschreibung des Nahverkehrsplans ist ebenfalls ein wichtiger Baustein des Klimaschutzes“, erklärte Stegmann. Unter www.landkreis-lindau.de können Bürgerinnen und Bürger mittels Umfrage mithelfen, den ÖPNV noch attraktiver zu machen. □



Shalom und Willkommen in Abensberg

Israels Generalkonsulin Sandra Simovich besuchte den Präsidenten des Bayerischen Gemeindetages sowie des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, in seiner Heimatstadt Abensberg.

Frau Simovich leitet seit August 2017 das Generalkonsulat des Staates Israel für Süddeutschland mit Sitz in München. Mit dabei war Liran Sahar, Berater für bilaterale Beziehungen, ebenfalls vom Generalkonsulat. Der Besuch, der unter strengen Sicherheitsauflagen stattfand, diente der Vertiefung der Beziehungen und dem Austausch aktueller Informationen. Der Staat Israel unterhält seit 2011 ein Generalkonsulat in Bayern, übrigens das einzige in Deutschland. Der Zuständigkeitsbereich umfasst die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Dr. Brandl freute sich sehr und dankte Generalkonsulin Simovich und Herrn Sahar für den Besuch in seiner Heimatstadt.

Finanzspritze für Kunst und Kultur

Bezirk Oberbayern fördert regionale Kultur mit 1,5 Millionen Euro

Fast 1,5 Millionen Euro stellt der Bezirk Oberbayern in diesem Jahr für regionale Kunst und Kultur zur Verfügung. Davon hat der oberbayerische Bezirkstag jetzt ca. 1,36 Millionen Euro bewilligt. Rund 85.000 Euro waren bereits im Mai ausgezahlt worden. Es handelte sich um Zuschüsse unter 2.500 Euro, die Bezirkstagspräsident Josef Mederer frei vergeben darf. Höhere Förderungen konnten wegen der Corona-Beschränkungen erst jetzt durch den Kulturausschuss beschlossen werden.

Von dem Geld profitieren rund 270 Projekte und Initiativen in ganz Oberbayern. In voller Höhe erhalten diese den Zuschuss allerdings nur, wenn die geförderte Veranstaltung stattfindet. Mussten Veranstaltungen wegen der Corona-Beschränkungen abgesagt werden, beteiligt sich der Bezirk Oberbayern gegen Nachweis mit zehn Prozent an den für die Vorbereitung bereits entstandenen Kosten. „Wir hoffen sehr, dass nicht allzu viele Vorhaben betroffen sind. Aber wo es so ist, lassen wir die Vereine und Verbände nicht im Regen stehen“, so Mederer. Abgesagt werden mussten unter anderem das Internationale Musikfest in Kreuth, das Richard-Strauss-Festival in Garmisch-Partenkirchen und die Internationale Jazzwoche Burghausen.

Einige Veranstalter sind in diesem Jahr auch neue Wege gegangen. So fand das Internationale Dokumentarfilmfestival München online statt. Zum Teil werden ausgefallene Veranstaltungen auch nachgeholt, wie

einzelne Termine der Iffeldorfer Meisterkonzerte. Bereits vor den Einschränkungen durch Corona stattfinden konnten beispielsweise das Literaturfestival „Leseglück – Grenzenlos Literatur“ und die inklusive Produktion „Trotz des großen Erfolgs“, des Vereins TamS Theater in München. Zu den geförderten Projekten, die noch stattfinden, gehören die Ausstellung „Frau darf ... 100 Jahre Künstlerinnen an der Akademie“ des Museums Fürstfeldbruck und die Opernfestspiele auf Schloss Amerang.

Die Kulturförderung des Bezirks Oberbayern ist eine freiwillige Leistung. Gefördert werden überregional bedeutsame Projekte in Oberbayern mit maximal zehn Prozent der Gesamtkosten, jedoch nur bis zur Höhe von 15.000 Euro. In diesem Jahr beträgt die höchstmögliche Fördersumme 13.537 Euro, da wegen der Vielzahl der Anträge – insgesamt wurden 266 bewilligt – alle Zuschüsse um 9,75 Prozent gekürzt wurden. □

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Das mit dem Wumms kann man gar nicht oft genug hören – mit Wumms aus der Krise. Schön wäre es, wenn ich an all die fleißigen Leute denke, die als Unternehmer, Selbstständige oder Arbeitnehmer schwer von der coronabedingten Wirtschaftskrise gebeutelt sind.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ist wild entschlossen, alles in der Macht der Kommune stehende zu tun, um die lokale Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Denn eines ist klar: Unsere Gesellschaft ist gespalten zwischen denen, die den Coronaabschwung kaum im Geldbeutel merken und denen, die Einkommenseinbußen haben, die bis an die Existenzgrenze gehen können. Aller-

Zuschüsse, Unterhaltsbeihilfen, Kredite. Aber Hand aufs Herz: Wir alle wollen unseren Lebensunterhalt lieber durch eigene Arbeit erwirtschaften, nicht durch Hilfsprogramme, so notwendig sie auch sind.

Also heißt es kreativ sein. Wir haben – wie in anderen Städten auch – unseren Gastwirten mehr Freischankflächen auf öffentlichem Grund zugestanden als eigentlich erlaubt wäre. Auch Barbetreiber, die das im Leben nie geahnt hätten, haben jetzt ihren Biergarten vor dem Lokal. Nicht dass all das, was sonst im verschwiegene Dunkel passiert wäre, jetzt im fahlen Licht des Mondes offenbar würde, aber jedenfalls gehen wieder Longdrinks und Gintonic über den Tresen.

Auch das Aussprechen gewisser Wahrheiten könnte helfen, unserer städtischen Wirtschaft ein Stück auf die Beine zu helfen. Schließlich hat jüngst eine Studie ergeben, was man sich hätte denken können, nämlich dass die Onlineshops die Umsatzsteuersenkung so gut wie nicht an die Kunden weitergeben. Und das nicht nur beim preisgebundenen Buch, das am 30. Juni und am 1. Juli unabänderliche 22 Euro kostete. Durch die Bank gehen Onlinehändler die Umsatzsteuervorteile nicht weiter, während ich keinen stationären Händler in unserer Stadt kenne, der den Umsatzsteuerrabatt nicht an die Kunden weitergibt. OK, shoppen mit Maske ist unangenehm, lästig und jetzt auch noch heiß, aber mehr denn je gilt es doch jetzt, die Geschäftsleute, die ja auch unsere Nachbarn sind und für die Vitalität und Attraktivität unserer Städte sorgen, zu unterstützen. Wenn man dann noch einen handfesten Preisvorteil hat, umso erfreulicher.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist natürlich wie alle besonders darauf fokussiert, das Infektionsgeschehen in unserer Stadt nicht wieder zu verschlimmern. Dennoch müssen wir alles dafür tun, damit die Wirtschaft nicht weiter abschmiert, Insolvenzen und Arbeitslosigkeit verhindert werden. Denn mit seiner Priorität hatte der frühere amerikanische Präsident Bill Clinton schon Recht: „It's the economy, stupid!“

Die richtigen Prioritäten in schwieriger Zeit

dings, wenn man sieht, was etwa der öffentliche Dienst in der Krise leistet – von den Mitarbeitern im öffentlichen Gesundheitswesen über Polizei- und Sicherheitskräfte bis hin zu Lehrkräften, dem Personal der Ordnungsämter, der Gewerbeaufsicht und vielen anderen wichtigen Bereichen mehr – dann ist es mehr als OK, wenn sie ihr Geld weiter regelmäßig bekommen. Weniger einsichtig ist dies bei den Beziehern von Renten oder anderen Transferleistungen. Hier werden wir als Gesellschaft nicht um die Diskussion herumkommen, ob diesen Gruppen nicht ein Solidarbeitrag zur Krisenbewältigung zumutbar wäre.

Andere brauchen unsere Solidarität. Vom niedergelassenen Arzt über den Rechtsanwalt, vom Kneipier bis zum Gastwirt, vom Physiotherapeuten bis zum Logopäden, vom Friseur bis zum Nagelstudio – alle knabbern noch an den Einbußen während des Lockdown und den Einschränkungen heute. Nicht zu vergleichen aber auch dies mit den Musikern, Theaterleuten, Künstlern vom Brett, Tänzern, die immer noch keine Einnahmen haben, ebenso wie viele freiberufliche Dozenten.

Natürlich ist es gut, dass es sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene eine Reihe von Hilfs- und Unterstützungsprogrammen gibt.

Ihre Sabina



Für Bayern wurde Sonja Ziegler-Teubner von der Bayerischen Blumen Zentrale als Regionalbotschafterin ernannt.

Bild: NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge, Viktor Strasse / offenblen.de

NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge:

Bayerische Regionalbotschafterin kommt aus Parsdorf

Warum das Rad immer neu erfinden? Um bundesweit Best Practices zu erarbeiten, hat das NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge jeweils einen Betrieb in jedem Bundesland ausgewählt, der für ein Jahr den Titel „Regionalbotschafter“ trägt.

Wie läuft die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Bayern? Was sind die regionalen Besonderheiten? Wo gibt es Herausforderungen und wie lassen sich diese meistern? Das sind einige der vielen Fragen, auf die Sonja Ziegler-Teubner, Geschäftsführerin bei der Bayerischen Blumen Zentrale GmbH, ab sofort als Bayerische Regionalbotschafterin im bundesweiten NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge Antworten sucht.

Die Bayerische Blumen Zentrale ist ein Großhandel für Blumen, Pflanzen und Floristenbedarf. Sonja Ziegler-Teubner fasst zusammen: „Die Ausbildungssituation im Großraum

München ist schon seit langem angespannt. Es wird immer schwieriger, die Stellen zu besetzen. Wir arbeiten deshalb schon viele Jahre mit Menschen aus verschiedenen Nationen zusammen. Wenn sie schon bei uns sind, können wir sie auch ausbilden oder beschäftigen.“

Offene Arbeitskultur

Die 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 13 verschiedenen Nationen stehen für die offene und interkulturelle Arbeitskultur des Familienunternehmens. Aktuell erweitern auch vier Geflüchtete das Team.

Mit bundesweit mehr als 2.400 Betrieben ist das NETZ-

WERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge der größte Zusammenschluss von Unternehmen, die Geflüchtete beschäftigen oder ausbilden. Im vergangenen Jahr wurde das Konzept der „Regionalbotschafter“ erstmalig ins Leben gerufen, um aus dem riesigen Erfahrungsschatz der Mitgliedsunternehmen regionale Besonderheiten herauszustellen. So entsteht ein Netzwerk von Experten, das die Erfahrungen in der Region weitergibt. Nach einem Jahr ernennen die Regionalbotschafter Mitte 2021 ihre Nachfolger.

Dr. Sabine Hepperle, Abteilungsleiterin „Mittelstandspolitik“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), begrüßte die neue Runde der Regionalbotschafter: „Ausbildung, Qualifizierung und Arbeit sind ein zentraler Schlüssel für eine erfolgreiche Integration von Geflüchteten. Es ist wichtig und richtig, dass Sie als Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aktiv anpacken und Menschen mit Fluchthintergrund tagtäglich erfolgreich in Ihre Betriebe integrieren.“ Sofie Geisel, Mitglied der Hauptgeschäftsführung im DIHK und Geschäftsführerin der DIHK Service GmbH, ergänzt: „Die Regionalbotschafterinnen und Regionalbotschafter sind unsere Lehrmeister und zeigen uns, wie die Integration von Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung funktioniert und wo man an seine Grenzen stößt. Wie man diese Grenzen aber auch überwinden kann. Sie tragen die Botschaft, dass es nicht nur aus menschlicher Sicht ein Gewinn sein kann, Geflüchtete zu beschäftigen, sondern auch aus wirtschaftlicher.“ www.nuif.de

100 Jahre Coburg bei Bayern

Vor 100 Jahren ist Coburg dem Freistaat Bayern beigetreten. Seit dem 1. Juli 1920 gilt der „Staatsvertrag zwischen den Freistaaten Bayern und Coburg über die Vereinigung Coburgs mit Bayern“. In einer Abstimmung hatten sich die Bürger vor allem aus sicherheitspolitischen Gründen gegen einen Anschluss an Thüringen entschieden.

Zwar sei die Region Coburg über die Herzogtümer eng mit dem entstehenden Thüringen verbunden gewesen, berichtet Alexander Wolz, Leiter des Staatsarchivs in Coburg. Die Benachteiligungen bei der Lebensmittelzuteilung in Kriegszeiten sei bei der Bevölkerung aber im Bewusstsein geblieben. Bayern hingegen

bot Sicherheit und Stabilität. In den Verhandlungen konnte Coburg auch zahlreiche Sonderrechte durchsetzen, die bis heute gültig sind. Neben einem eigenen Landgericht, dem Erhalt der Handels- und Handwerkskammern, der vier Gymnasien und der Coburger Landesstiftung, garantierte der Staatsver-

trag auch den Fortbestand des Landestheaters, des Krankenhauses und eine deutliche Verbesserung der verkehrstechnischen Anbindung.

Zwar fiel wegen der Corona-Krise der geplante Staatsakt aus, jedoch trafen sich Politiker aus Oberfranken zu einer Feierstunde in kleiner Runde. In Vertretung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder empfing die Regierungspräsidentin von Oberfranken, Heidrun Piwernetz, ihre Gäste auf Schloss Ehrenburg. Wie Piwernetz gegenüber dem Bayerischen Rundfunk betonte, sei Coburg „ein starkes Stück Bayern und ein starkes Stück Oberfranken“. Nach 100 gemeinsamen Jahren sei der Beitritt Coburgs zu Bayern eine Win-Win-Situation für beide Seiten. Die Coburger hätten damals klug verhandelt und sich beispielweise mit der Landesstiftung die kulturelle Eigenheit be-

wahrt. Ebenso sei der Freistaat Bayern ein guter Vertragspartner gewesen, der in der Vergangenheit viel investiert habe.

Coburgs Oberbürgermeister Dominik Sauerteig sprach von einer wegweisenden Entscheidung, aus der auch eine Verpflichtung für die Zukunft der Stadt und des Landkreises erwachse und unterstrich das gegenseitige Geben und Nehmen. Der Freistaat unterstütze beispielsweise das Landestheater finanziell, auf der anderen Seite verzeichne Coburg hohe Gewerbesteuererinnahmen, von denen auch der Rest Oberfrankens über die Bezirksumlage profitiere. Dem Verhandlungsgeschick der Coburger Vertreter vor 100 Jahren verdanke man die heutige wirtschaftliche Stärke, die kulturelle Vielfalt und eine besondere regionale Identität.

Aus Anlass der 100-jährigen Zugehörigkeit Coburgs zu Bayern zeigt das Staatsarchiv Coburg eine Ausstellung, die die gemeinsame Geschichte anhand von

Originalquellen aus den Beständen des Staatsarchivs in den Blick nimmt. Dabei soll der Fokus bewusst weggehen von den „Anschlussverhandlungen“ in den Jahren 1919 und 1920, die bereits in früheren Jahren Gegenstand eingehender Analysen gewesen sind. Vielmehr soll sich der Blick weiten auf die gesamte Spannweite der 100 Jahre, in denen Coburg nun ein Teil von Bayern ist.

Die Ausstellung stellt die Frage, wie sich die Erwartungen, die man beim Übergang an Bayern hegte, erfüllt haben. Wie hat sich die Stadt seit dem Übergang an Bayern entwickelt? Und nicht zuletzt: Wie haben sich die Mentalität und das Selbstverständnis der Coburgerinnen und Coburger entwickelt, seitdem sie unter dem bayerischen Dach wohnen?

Diesen Fragen wird sich die Ausstellung auf zweifache Weise nähern. Der Zeitraum von 1920 bis 1945 wird in einem eher chronologischen Zugriff zeigen, wie die Stadt Coburg

in den ersten Jahren nach dem Beitritt zu Bayern sich in den Freistaat hineinentwickelte. Der Zeitraum von Kriegsende bis zur Gegenwart (1945 bis 2020) wird dagegen schwerpunktmäßig in einem systematischen Zugriff die Entwicklung wichtiger Bereiche zeigen, die Leben und Handeln der Coburgerinnen und Coburgern entscheidend geprägt haben und noch prägen. Hierbei sind zu erwähnen: das Leben in unmittelbarer Nachbarschaft zum Eisernen Vorhang, die Entwicklung von Mobilität und Fremdenverkehr, das Leben in der Landwirtschaft, Wiedervereinigung und die jüngsten politischen Entwicklungen.

In gestalterischer Hinsicht orientiert sich die Ausstellung an dem Konzept einer Zeitleiste, die den gesamten Zeitraum der 100 Jahre umfasst. Hierbei können einzelne Schlüsseljahre besonders hervorgehoben werden, um an ausgewählten Stationen besondere Themenbereiche erläutern zu können. **DK**

Vorschau auf GZ 15/16

In unserer Ausgabe Nr. 15/16, die am 30. Juli 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasser · Abwasser
- Kommunalbau
- Ortskernbelebung · Renovierung · Denkmalschutz
- Freizeitanlagen · Tourismus
- Kommunale Museen und Bibliotheken

Abzeichnen

FAHNEN KOCH COBURG
 www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de



Fahren Koch
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23

Bau

ERLUS AG
 Hauptstraße 106
 D-84088 Neufahrn/NB
 T 08773 18-0
 F 08773 18-113
 www.erlus.com



ERLUS
 Qualität aus Deutschland

Das GZ-Netzwerk
 Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
 www.etschel.de



Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
 Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etschel.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
 sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**
 Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.

juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahrenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de



Fahren Koch
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23

FAHNEN KÖSSINGER
 Am Gewerbering 23 · D-84069 Schierling
 Tel: 09451 9313-0 · www.fahren-koessinger.de

Fahren
 Maste
 Roll-Ups
 Bekleidung
 uvm.

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
 seit 1910



Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
 86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbebau

Fertigteilbau in Holz und Beton

Maschinenhallen · Technikräume · Wertstoffhöfe · Mehrzweckhallen · Sporthallen · Kindergärten

Herstellung im eigenen Werk in Massing



Laumer Bautechnik · 84323 Massing · Tel.: 08724/88-0 · www.laumer.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:



Hydraulik Hochdruckreinigung

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS

Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrfähigkeitssysteme

PT-Hydraulik Vertrieb OHG
 Untereggr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
 info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO
 BayDSG
 ext. DSB
 ext. ISB
 ISIS12
 Schulungen
 eLearning

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
 Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de



Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de



Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.



Kommunale IT

www.akdb.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
 Telefon 08171.9307-12
 steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-10
 hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
 Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
 97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW

Kosteneinsparung und Energiewende unter einem Dach

mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von **SEW**® für Ihre Lüftungs- und Klimaanlage (ab 3.000 m³/h Luftleistung)



- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
 Augsburg: Klinikum · Aschaffenburg: Fachhochschule · Bamberg: Klinikum · Bayreuth: Klinikum · Ingolstadt: Saturn Arena · München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck · Murnau: BG Unfallklinik · Regensburg: Universität · Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus · Würzburg: Universität · div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
 Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
 Sitz- und Polstermöbelfabrik
 Industriestraße 26
 D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
 Telefon: 02771/3208-0
 Telefax: 02771/3208-13
 E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
 beratung · planung · vertrieb
 grünware · lichtschlauch · led

deko-jochum

bahnhofstraße 8
 91233 neunkirchen a. sand
 telefon: 09123/99 812 99
 telefax: 09123/99 812 98
 deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **Beckhoff**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!